

Axel Springer Verlag AG, Post 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 10 11
Wichtige Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 20) 304-1 / Anzeigenabteilung Köln (02 20) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 Bfr., Dänemark 8,00 Dkr., Frankreich 6,50 Ffr., Griechenland 100 Gr.
Großbritannien 65 P., Italien 1300 L., Jugoslawien 140,00 Din., Luxemburg 28,00 Fr.
Niederlande 2,00 fl., Norwegen 7,50 Nkr., Österreich 12,00 Sch., Portugal 100 Esc.
Schweiz 6,50 Sfr., Schweden 1,80 Skr., Spanien 125 Ptas., Kanarische Inseln 150 Ptas.

TAGESSCHAU

POLITIK

Andreotti: Die Abkündigung des italienischen Außenministers als Vorsitzender der Europäischen Union der Christdemokraten hat der CSU-Landesgruppenchef Waigel in Bonn gefordert. Der Grund: Andreotti habe mit seinen Äußerungen seine politischen Freunde in der Bundesrepublik "desavouiert". (S. 4)

Arbeitslose: Einen Rückgang der Arbeitslosen in der Bundesrepublik um 50 000 für den Monat September meldet dpa. Ursache sei die übliche Herbstbewegung nach dem Ende der Urlaubszeit.

Wahlprogramm: Überwindung der Arbeitslosigkeit, Umweltschutz, Wahrung der sozialen Gerechtigkeit sowie die Wohnungspolitik sind Schwerpunkte des Programms der Berliner SPD für die Wahl am 10. März. (S. 10)

Zivil-Späh: Mit Hilfe ziviler Lastwagen und Schiffe spähte die Westschweizer in der Bundesrepublik aus, teilte Verteidigungsminister Wörner mit. Moskau hatte eine offizielle Einladung zur Manöverbeobachtung abgelehnt.

Nicaragua: Zum ersten Mal seit der Machtübernahme der Sandinisten hat der Chef der Junta in Managua, Ortega, an einer kirchlichen Feier der Weihe des katholischen Geistlichen Pablo Mith zum Bischof, teilgenommen.

Streik: Die britischen Hafenarbeiter haben ihren seit dem 24. August andauernden Ausstand beendet. Zuletzt hatten nur noch 60 Prozent der Arbeiter an der Aktion zur Unterstützung des Bergarbeiterstreiks teilgenommen.

Sacharow: Der US-Chefdelegierte Goodby bei der Stockholmer KVAE-Konferenz erinnerte gestern an das Schicksal des Bürgerrechtlers Sacharow und dessen Frau Jelena Bonner und erklärte, für die USA seien Menschenrechte, Frieden und Sicherheit untrennbar miteinander verbunden.

Fluchthilfe: Wegen Fluchthilfe wird in Ungarn gegen zwei Deutsche, eine Ungarin und einen Niederländer ermittelt. Sie sollen von Ungarn aus Rumänien und Tschechoslowakei in die Bundesrepublik geschleust haben.

Sowjet-Botschafter: Nach der Ankunft des UdSSR-Botschafters Belongonow gestern in Kairo sind die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern wieder vollständig normalisiert.

Entführung? Als „abund“ bezeichnet die britische Regierung die Behauptung des sowjetischen Journalisten Bitow, 1983 vom britischen Geheimdienst in Venedig entführt worden zu sein. (S. 6)

Rente: Kabinett beschließt Kaufbonus für Katalysator-Autos.

ZITAT DES TAGES

„Wenn es gelänge, im Saarland eine Koalition links von der Mitte zu etablieren, hätte das Auswirkungen auf die ganze Bundesrepublik.“

Saarlands Ministerpräsident Werner Zeyer bei einem Besuch der WELT (S. 5).
FOTO: F. HARTUNG

WIRTSCHAFT

US-Außenhandel: Ein Rekorddefizit von 24,4 Milliarden Dollar weist die Leistungsbilanz im zweiten Quartal 1984 aus. Damit ergibt sich für das erste Halbjahr ein Minussaldo von 44,07 Milliarden Dollar, rund 2,5 Milliarden Dollar mehr als im gesamten Jahr 1983. (S. 11)

Währungstagung: Die USA haben angekündigt, daß sie auf der Jahresversammlung des IWF und der Weltbank in Washington eine Ausweitung der globalen Liquidität durch die Ausgabe neuer Sonderziehungsrechte („Papiergold“) ablehnen werden. (S. 11)

Autoindustrie: Auch im August konnte die Autoproduktion deutlich gesteigert und damit ein weiterer Teil des Verlustes durch den Metallarbeiterstreik wettgemacht werden. Es wurden insgesamt 300 400 Kfz hergestellt - rund 30 000 mehr als im Vergleichsmonat März 1983. (S. 11)

Börse: Hausseartige Kurssteigerungen erlebte der deutsche Aktienmarkt. WELT-Aktienindex 152,6 (150,0). Am Rentenmarkt bröckelten die Kurse teilweise ab. Dollar-Mittelkurs 3,0980 (3,0821). Markt Goldpreis je Feinunze 336,75 (335,25) Dollar.

KULTUR

Wim Wenders: Der Münchener Filmverleger der Autoren will die Verleiherechte für den Wenders-Film „Paris, Texas“ verkaufen, wie aus zuverlässiger Quelle verlautet. Der Verlag verhandelt mit dem Constantin-Filmverleih, mit Tobis und Scitola. (S. 19)

Kritik: Der vom ZDF ausgestrahlte Film „Ich töte, wenn Satan es befiehlt“ ist auf scharfe Kritik der Kirchen gestoßen. Er sei unklar, mißverständlich und überflüssig sowie möglicherweise schädlich für psychisch labile Menschen. (S. 3)

SPORT

Fußball: Franz Beckenbauer, Team-Chef der Nationalmannschaft, hat sein Angebot für ein Sonder-Trainingslager bekanntgegeben. Wieder dabei: Alofs und Hargel. (S. 9)

Schach: In einem seiner schwächsten Spiele der letzten Jahre unterlag Gari Kasparow in der dritten Partie der Weltmeisterschaft gegen Titelverteidiger Anatoli Karpow. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Premiere: Als erster Mensch hat der Amerikaner Joe Kittinger den Atlantik allein in einem Ballon überquert. Der pensionierte Oberst der Air Force, der in Caribou im US-Bundesstaat Maine gestartet war, erreichte nach drei Tagen Biarritz in Südfrankreich.

Konsum-Rekord: Rund 86 Milliarden Mark wurden in der Bundesrepublik im vergangenen Jahr für Alkohol und Tabak ausgegeben. Der Konsum reinen Alkohols lag mit 12,41 Liter pro Einwohner um 1,4 Prozent höher als 1982. Der jährliche Zigarettenverbrauch stieg auf 1930 von 1816 im Vorjahr. (S. 20)

Wetter: Stark bewölkt, vereinzelt Regen. 14 bis 17 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Mitterrands Erfolg in Tschad und der Kontakt mit Radikalen. Von J. Liminski S. 2

Okkultismus: Wenn der Teufel zum Herrn und Meister wird - Fernsehkritik von J. Neander S. 3

Hamburg: Wirtschaftsförderung soll kein Stiefkind mehr sein - Bericht von U. Bahnen S. 5

Frankreich: Fabius - Unser Freiheitsraum ist nicht identisch mit unseren Grenzen S. 6

Forum: Personalien und Leserbrief an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 8

Fernsehen: Günter Kunert erfand Geschichten um den „Blinden Richter“ John Fielding S. 8

Sport: Interview mit VTB-Trainer Benthaus - „Nicht wie die Lämmer auf den Platz gehen“ S. 9

Weltwirtschaft: Liberalisierung wichtigste Zukunftsaufgabe - Probleme, Perspektiven S. 12

Kultur: Ist Khadafi ein Ketzer? - Ein neues deutsches Handbuch des Islam S. 19

Antobahngebühren: Bonn pocht in Bern auf einen Verkehrsvertrag von 1928 S. 28

Steuernachlaß für abgasarme Autos schon Mitte 1985

Koalition folgt FDP-Vorstellungen / Kapitalisierung bleibt noch offen

STEFAN HEYDECK, Bonn
Einen Tag vor der Entscheidung des Bundestags über die Einführung abgasarmer Autos haben sich gestern in einem Spitzengespräch die Koalitionsparteien über noch offene Fragen geeinigt. In der rund dreistündigen Sitzung wurde festgelegt, daß vom 1. Januar 1985 an nur noch Autos mit Katalysatoren zugelassen werden dürfen. Für Fahrzeuge mit mehr als zwei Liter Hubraum soll dies bereits vom 1. Januar 1986 an gelten. Außerdem verständigte sich die Koalition, die unter Leitung von Bundeskanzler Helmut Kohl tagte, darauf, daß Katalysator-Autos auf freiwilliger Basis nicht erst ab 1. Januar 1986, sondern bereits in der zweiten Hälfte 1985 steuerlich begünstigt für den Verkehr zugelassen werden können. Die Vorverlegung auf den 1. Juli nächsten Jahres war insbesondere von der FDP gefordert worden.

Gleichzeitig kamen die Vertreter der Koalitionsparteien überein, die Kraftfahrzeugsteuer für alle Fahrzeuge von 14,40 Mark pro 100 Kubikzentimeter Hubraum auf 16 Mark her-

aufzusetzen. Für Autos, die mit bleifreiem Benzin betrieben und die nach der Einführung des Stufenplans erstmals zugelassen werden, soll die Steuer sogar auf 21,80 Mark angehoben werden.

Die neuen, mit Katalysatoren ausgerüsteten Fahrzeuge sollen je nach Wagengröße zwischen vier und zehn Jahre lang von der Kraftfahrzeugsteuer befreit werden. Noch offen blieb allerdings, ob eine von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann ins Gespräch gebrachte Kapitalisierung der Kraftfahrzeugsteuer - also eine Erstattung der Steuer für fünf Jahre als Kaufanreiz - noch eingeführt wird. Sie ist vom Bund nicht mehr vorgesehen. Allerdings sollen sich in der Frage der Ausgestaltung dieser Steuer die Länder noch verständigen und ihre Entscheidung bis zum 20. Oktober mitteln.

Weiter soll die Mineralölsteuer als zusätzliche flankierende Maßnahme für bleifreies Benzin um zwei Pfennig gesenkt und für herkömmlichen Treibstoff um ebenfalls zwei Pfennig heraufgesetzt werden. Damit wird erreicht, daß das in der Herstellung teu-

re bleifreie Benzin nicht zu einem höheren als das bisherige angeboten werden kann. Ursprünglich sollte die Mineralölsteuer um jeweils einen Pfennig gesenkt beziehungsweise angehoben werden. Zimmermann und Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg wollen heute gemeinsam die Öffentlichkeit über die Regierungsentscheidung unterrichten.

Unterdessen haben sich die Düsseldorf SPD-Regierung und der westfälische CDU-Chef Kurt Biedenkopf gegen den von der CDU/CSU-Bundesratsmehrheit beschlossenen Stufenplan zur Einführung des Katalysator-Autos gestellt. In einem Positionspapier verlangte Biedenkopf die Festsetzung von Abgaswerten zum 1. Januar 1986 als neue umweltfreundliche Standardwerte. Für Autos, die diesen Werten entsprechen, solle die bisherige Steuer weitergezahlt werden. Für Pkw, die diese Daten übersteigen, solle eine wesentlich höhere Steuer bezahlt werden. Die NRW-Regierung forderte, daß von diesem Termin an nur noch abgasarme Neuwagen zugelassen werden dürften.

Blum setzt seinen Entwurf durch

Hinterbliebenenrente: Anrechnungsmodell akzeptiert / Gesetz kommt Anfang Oktober

PETER JENTSCH, Bonn
Die Koalitionsparteien von CDU/CSU und FDP haben sich gestern in getrennten Sitzungen mehrheitlich für das von Bundesarbeitsminister Norbert Blum (CDU) vorgeschlagene Anrechnungsmodell für die Einführung der Hinterbliebenenrente ausgesprochen. Da sich die Koalition inzwischen auch geeinigt hat, daß die Hinterbliebenenrente mit 75 Prozent des durchschnittlichen Einkommens pro Jahr als Rentenanspruch anerkannt werden sollen (WELT vom 6.9.), scheint die von Bundesverfassungsgericht vorgeschriebene Reform termingerecht gelöst werden zu können. Am 3. Oktober will das Kabinett bereits einen Gesetzentwurf verabschieden.

Nach Blums Vorstellungen soll künftig der Hinterbliebenenrente eine eigene Rente von 1000 Mark die Witwe erhält ihre Rente in voller Höhe weiter und 60 Prozent der Rente ihres Mannes als Hinterbliebenenrente. Zusammen erhält sie also 1600 Mark. Ein Witwer erhält monatlich 2000 Mark eigene Rente. Seine Frau bezog

ausgleichend, ist vorgesehen, Erwerbs- oder Erwerbsersatzinkommen des Hinterbliebenen, sofern sie 900 Mark übersteigt, mit 40 Prozent auf die Hinterbliebenenrente anzurechnen. Das heißt, dieser Teil der Hinterbliebenenrente verfällt nicht, er „ruht“. Fällt später einmal Erwerbsinkommen weg, so kann der Anspruch auf die Hinterbliebenenrente wieder geltend gemacht werden.

Schließlich sollen Witwen, die mehrere Hinterbliebenenrenten aus verschiedenen Sicherungssystemen erhalten (z.B. aus der gesetzlichen Rentenversicherung und aus der Beamtenversicherung), diese auch künftig in vollem Umfang nebeneinander erhalten.

Dazu zwei Beispiele:
● Eine Witwe erhält 800 Mark eigene Rente, ihr verstorbener Mann hatte eine Rente von 1000 Mark. Die Witwe erhält ihre Rente in voller Höhe weiter und 60 Prozent der Rente ihres Mannes als Hinterbliebenenrente. Zusammen erhält sie also 1600 Mark.
● Ein Witwer erhält monatlich 2000 Mark eigene Rente. Seine Frau bezog

500 Mark Rente. Nach dem Tod seiner Frau erhält er nur seine eigene Rente weiter, aber keine Hinterbliebenenrente. Denn seine Rente übersteigt die Freigrenze (800 Mark) um 1100 Mark, 40 Prozent davon, also 440 Mark, führen zum Ruhen der Hinterbliebenenrente von 300 Mark.

Tritt die Neuordnung der Hinterbliebenenrente in Kraft, so ändert sich dadurch keine Hinterbliebenenrente, die bereits nach geltendem Recht zugesagt ist oder gezahlt wird. Das neue Recht gilt also erst für Versicherte, die nach Inkrafttreten der Reform verwitwen.

Berücksichtigt werden bei der Hinterbliebenenrente neben Erwerbsinkommen, auch Erwerbsersatzinkommen, also etwa Beamtenpensionen und Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Nicht berücksichtigt werden Einkünfte aus Kapitalvermögen, aus Vermietung oder Verpachtung, Leistungen einer privaten Lebensversicherung, Betriebsrenten und Zusatzversicherungen des öffentlichen Dienstes. Diese Abgrenzungsentscheidung gilt als Fortsetzung Seite 10

Bundesbank gegen Sonderprogramme

Investitionsbereitschaft der Wirtschaft wächst / Die Sparquote ist weiter gesunken

CLAUS DERTINGER, Frankfurt
Mehr Flexibilität bei den Löhnen und Arbeitsbedingungen kann nach Auffassung der Bundesbank dazu beitragen, das Arbeitsplatzangebot auch in weniger produktiven Bereichen der Wirtschaft zu sichern oder zu erweitern. Als einen Schritt auf diesem Weg sieht die Bundesbank in ihrem Monatsbericht die diesjährigen Tarifvereinbarungen an.

Die sich im Zusammenhang mit den neuen tariflichen Arbeitszeitregelungen für einzelne Bereiche abzeichnenden Kostenbelastungen schätzt die Notenbank offenbar als nicht allzu gravierend ein. Sie erwartet jedenfalls, daß die Unternehmen die Zeit nutzen, diesem Kostenanstieg durch Rationalisierung und Modernisierung des Produktionsabbaus zu begegnen. Dies könnte bedeuten, daß die Wirtschaft versuchsweise mit weniger teuren Arbeitskräften auskommen. Ein solcher Hinweis wird im Monatsbericht zwar nicht gegeben, aber auf

diese Konsequenz hat Bundesbank-Vizepräsident Schlesinger kürzlich bei anderer Gelegenheit hingewiesen.

In ihrer Konjunkturanalyse behauptet die Bundesbank als Hauptmotor der Wirtschaftsbewegung das Exportgeschäft hervor; das wesentlich günstiger einzuschätzen sei, als es die Entwicklung in den Monaten Mai bis Juli erkennen lasse. Positiv wertet sie auch die Investitionsbereitschaft der Unternehmen, die nicht nur von der positiven Ertragsentwicklung Impulse erhalten, sondern auch von dem wachsenden Druck, mit der in- und ausländischen Konkurrenz Schritt halten zu müssen und veraltete Produktionsanlagen zu ersetzen.

Konjunkturimpfend wirke seit längerem der Rückgang der Wohnbaubauschätzung, der nach dem Auslaufen staatlicher Vergünstigungen eingetreten sei. Damit sieht sich die Bundesbank in ihrer Auffassung bestätigt, daß staatliche Programme allenfalls kurzfristige Impulse geben können und daß sich eine wirt-

schaftswerte Verstärkung der Nachfrage auf diese Weise nicht erreichen lasse.

Die private Verbrauchsnachfrage, so die Bundesbank, hat sich seit Juli wieder belebt und stützt damit ebenfalls die Konjunktur. Von Mai bis Juli konnte sich das Niveau des privaten Verbrauchs zwar halten, aber nur, weil Einkommensausfälle durch verstärkten Rückgriff auf Ersparnisse ausgeglichen wurden, was zur Folge hatte, daß die Sparquote im zweiten Quartal auf 11,5 Prozent sank und damit auf den niedrigsten Stand seit dem Sommer 1987.

Im Rahmen der privaten Geldvermögensbildung haben die privaten Sparvermögen vor allem in liquiden und relativ niedrig verzinslichen Sparformen weniger Mittel angelegt. Viel Interesse habe dagegen für festverzinsliche Wertpapiere bestanden, in die auch freigewordene Beträge aus Bank-Sparbriefen und Prämienauszahlungen umgeschichtet worden seien.

DER KOMMENTAR

Halbe Klarheit

MANFRED SCHELL

Das Gute am Koalitionsbeschluß zum schadstoffarmen Auto ist, daß jetzt wenigstens die Automobilhersteller, die Verantwortung für viele tausend Arbeitsplätze tragen, klare Zielvorgaben haben. Sie kennen nunmehr die Fristen für das Katalysator-Auto und können ihre technischen und finanziellen Kalkulationen darauf aufbauen. Es war abzusehen, daß spätestens vom 1. Januar 1989 an in der Bundesrepublik Deutschland kein Auto mehr zugelassen wird, das ungeschmälert Auspuffgase in die Luft wirbelt. Hier liegt die Überraschung der gestrigen Entscheidung also nicht.

Unerwartet jedoch hat sich die Koalition - präziser gesagt: haben sich die Minister Stoltenberg und Zimmermann - in einem „Kompromißpapier“ darauf festgelegt, daß diese obligatorische Grenze für die Wagen von der gehobenen Mittelklasse (2 Liter) an schon am 1. Januar 1988 beginnt.

ist weder von einem Kaufanreiz auf die Hand noch von einer vorab ausgezahlten Steuer-rückvergütung die Rede.

Freilich ist hier noch eine Unwägbarkeit vorhanden, die auf der Seite der Bundesländer liegt. Im Bewußtsein, daß die Kraftfahrzeugsteuer eine Länderteuer ist, hat sich die Bundesregierung bereit erklärt, auf Vorschläge der Länder zur Ausgestaltung einzugehen. Dies ist der Punkt, der Kritik auf sich zieht. Zwar haben jetzt die Hersteller der Autos Klarheit, nicht aber die potentiellen Käufer. Insofern bleibt doch wieder etwas in der Schwebe, und das ist unbefriedigend. Schon einmal, vor der Sommerpause, hatte sich die Koalition vertagt.

Die Gefahr ist, daß dieser wichtige Schritt zu mehr Umweltschutz weiter zerredet wird, wenn auch eine große Bereitschaft der Autofahrer festzustellen ist, für den Umweltschutz Opfer zu bringen. Immerhin ist aber die Befreiung von der Kraftfahrzeugsteuer für ein abgasarmes Auto von zunächst 1500 Mark auf 3000 Mark hochgerechnet worden. Trotz des Hin und Her der letzten Wochen müßte sich nunmehr die Vernunft durchsetzen. Man darf sagen, nicht durchgedrungen ist, in dem Kompromißvorschlag

Dollar über die Grenze von 3,10 Mark

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Der Dollar hat gestern erstmals seit Anfang 1973 die Marke von 3,10 Mark übersprungen. Der amtliche Kurs wurde in Frankfurt mit 3,0980 Mark notiert, nach 3,0621 Mark am Montag. Kurz danach kletterte der Greenback weiter bis auf 3,1150 Mark. Neue überzeugende Argumente für den beschleunigten Höhenflug des Dollars gab es nicht. Beachtung fand allerdings am Markt die Prognose von Henry Kaufman, einflussreicher Chefvolkswirt der Broker-Firma Salomon Brothers in New York, daß man auf einen Rückgang des Dollarkurses noch einige Zeit warten müsse.

Nach Meinung von Devisenhändlern ist der Dollar jetzt in eine Phase ausgeprägter Überhitzung eingetreten. Typisch dafür sei, daß alle wirtschaftlichen Fakten und Daten in den USA für den Dollar ausgelegt werden, auch wenn sie, wie das Rekord-Zahlungsbilanzdefizit vom zweiten Quartal, gegen den Dollar sprechen müßten. Die Überhitzung, in der, wie es ein Händler formulierte, Dollars „auf Teufel komm raus“ gehauft werden, ohne daß viel nach Gründen für einen weiteren Anstieg gefragt würde, sei die beste Voraussetzung für eine Umkehr der Dollartendenz, deren Zeitpunkt allerdings niemand voraussagen wagt. Deswegen wird auch zunächst ein weiterer Anstieg nicht ausgeschlossen.

Auch gegenüber anderen Währungen erreichte der Dollar gestern neue Rekordkurse. Aus technischen Gründen fielen allerdings die Steigerungen gegenüber der Mark am stärksten aus.

Umweltschutz: Beweislast liegt beim Beklagten

DW, Karlsruhe

Nicht der durch Umweltschutz Geschädigte muß aufgetretene Schäden beweisen, sondern der Schädiger muß den Nachweis führen, daß er nicht der Verschmutzer ist. Der Bundesgerichtshof hat mit dieser Entscheidung die Beweislast in solchen Verfahren „umgekehrt“ und es damit dem Geschädigten leichter gemacht, erfolgreich Prozesse gegen den Umweltschmutzer zu führen.

Der VI. Zivilsenat des Bundesgerichtshofes entschied die Frage, welchen Beweisansforderungen ein Bürger genügen muß, der den Vorwurf erhebt, sein Kraftfahrzeug sei durch unzulässig hohe Staubauswürfe einer in der Nähe betriebenen Industrieanlage beschädigt worden. Im konkreten Fall hatten mehrere Autobesitzer von einem Betrieb die Erstattung der Aufwendungen für Autoreparaturen verlangt. Sie hatten behauptet, ihre Fahrzeuge seien an Lack und Scheiben durch Auswürfe des Schmelzofens des Betriebes, die die zulässigen Emissionsgrenzwerte überschritten hätten, beschädigt worden.

Die Gerichte der Vorinstanz - an die der Streit zurückverwiesen wurde - vertraten den Standpunkt, die Kläger hätten konkret die schadenstiftenden Vorgänge im Nachbarbetrieb darlegen müssen. Der Bundesgerichtshof: Der Betreiber des Schmelzofens habe zu beweisen, daß die Emissionswerte von ihm eingehalten worden seien und daß er Vorkehrungen getroffen habe, um eine Schädigung der Kläger zu verhindern (Aktenzeichen VI. ZR 223 aus 82).

Zeichen auf gut kölsch.

Gaffel ist die Kölsch-Spezialität, durch die der Anspruch volle Zeichen setzt. Bei diesem Spitzenbier schätzt man den unverwechselbaren Charakter, den angenehmen herben und herrlich erfrischenden Geschmack.

Gaffel-Kölsch ist hell und obersäuerlich, natürlich rein und überaus bekömmlich. Aus der Flasche ebenso wie vom Faß. Eine echte Kölner Traditionsmarke, die besser nicht sein kann.



Die feine Spezialität. Ausgezeichnet im Geschmack.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Wie die Fische

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

liest man, was die Bundesbank zur Wirtschaftslage der Nation anmerkt, so könnte man zu der Meinung kommen: Siehe da, unsere Volkswirtschaft steckt die von den Arbeitskämpfen verursachten Ausfälle lässig weg! Womöglich sagen sich jetzt die Streikstrategen, sie hätten von den Folterwerkzeugen einen viel zu zagen Gebrauch gemacht.

Die Wahrheit ist, daß DGB-Gewerkschaften nach Art der IG Druck und der IG Metall bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit über das kapitalistische System herziehen, dabei jedoch in unserer sozialen Marktwirtschaft munter schwimmen wie die Fische im Wasser. Wieder einmal ist es die Lebenskraft des bösen kapitalistischen Systems, die es den Streik-Gewerkschaften leicht macht, sich aus der Verantwortung für den angerichteten Flurschaden herauszuwinden.

Oder will Steinkühler vielleicht behaupten, er habe den Dollar-Aufschwung vorausgesehen, als er die Streikposaune hies? Jetzt erweist sich, daß der Höhenflug des Dollars den deutschen Export begünstigt und auf diese Weise in unserem Land die Konjunktur ankurbelt. Oder will Hensche glauben machen, er habe in sein Streik-Kalkül als feste Größe eingestellt, daß die Bürger nach durchlittenem Arbeitskampf in ihren Sparstrumpf greifen und so die Inlandsnachfrage kräftig befähigen werden? In der Tat geben die Leute zur Zeit ihr Geld aus; doch wie der Export, so zeugt auch dies nicht von gewerkschaftlicher Weisheit, sondern von der Vitalität unserer Wirtschaftsordnung – trotz der Streik-Macher.

Die Lohnrunde ist noch nicht zu Ende; und ehe die Gewerkschaften falsche Schlüsse ziehen, sollten sie sich zwei Feststellungen der Bundesbank zu Herzen nehmen. Die erste: Die bisherigen Tarifvereinbarungen des Jahres können dann einen Nutzen stiften, wenn sie zu mehr Flexibilität in den Arbeits- und Lohnbedingungen führen. Aber wäre es der IG Metall nicht am liebsten, sie könnte die Flexibilität, die Georg Leber in den Abschluß hineingeschichtet hat, mit gewohnter Gleichmacherei platzen lassen? Die zweite Feststellung: Die Bundesbank geht davon aus, daß die Unternehmen auf Streik und Kostenschuh mit Modernisierung reagieren werden. Sie werden Arbeitsplätze, die zu teuer geworden sind, wegrationalisieren. Sie müssen es tun, wenn sie am Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben wollen. Diejenigen Arbeitnehmer, die es trifft, werden ihre Gewerkschaft fragen, ob es der Sinn des Arbeitskampfes gewesen sei, daß sie den Broterwerb verlieren.

Knüppel und ihre Farbe

Von Enno v. Loewenstern

Frau Noelle-Neumanns Feststellungen über Links- und Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland haben die übliche Reaktion hervorgerufen: weil nun einmal mehr links- als rechtsextremistische Extremisten durch die Republik geistern, jammern einige linksgerichtete Kritiker über eine angebliche „Interessenslage der Auftraggeber“.

Sowas kann durchaus eine Rolle spielen. Als wir vor einigen Jahren eine sogenannte Untersuchung über den Rechtsextremismus vorgelegt bekommen, wo als ein Indikator der Wunsch nach Wiedervereinigung aufgeführt war, da war es wohl klar, aus welcher Ecke und zu welchem Zwecke das wehte.

Bei der Studie des zwar für viele unangenehmen, aber über jeden Verdacht erhabenen Allensbacher Instituts geht es hingegen keinen Anhaltspunkt für Zweifel. Schon gar nicht bei der Feststellung, daß ein großer Teil des linken Gewaltpotentials in die grüne Szene eingetaucht sei. Man erlebt es doch täglich.

Nur: warum ist es überhaupt nötig in diesem sonderbaren Land, so heftig darüber zu streiten, ob die grünen Schläger nun in der Tiefe ihrer Herzen braun oder rot sind? Oh nun die Punker die Linken und die Skinheads die Rechten sind oder umgekehrt? Unter zivilisierten Leuten sollten Antidemokraten grundsätzlich Anathema sein, sollte Gewalt grundsätzlich verworfen werden. Der Skandal ist nicht darin zu suchen, ob sich irgendein Punkskin vor dem Prügel nun braun, rot oder grün angestrichen hat, sondern darin, daß sogenannte Demokraten erst nach dem Anschlag fragen, wenn eine Schlägerhorde gegen den Staat und sein Gesetz losgeht.

Hier liegt freilich nicht nur der Skandal, sondern auch das Problem. Die Leute, die uns einzuordnen suchen, Kommunisten und Nazis seien nicht im Effekt dasselbe, Terror für „links“ sei sensibel, Gewalt sei nicht gleich Gewalt, der Rechtsstaat habe nur gegen Feinde bestimmter Couleur aktiv zu werden – sie schreiben jedesmal Zeter, Mordio und Interessenlage, wenn ihre Handlanger ins Scheinwerferlicht geraten. Sie sind es nämlich, die die Gewalt züchten und hoffähig machen; sie sollte man demoskopisch erforschen.

Botschaft aus der Ferne

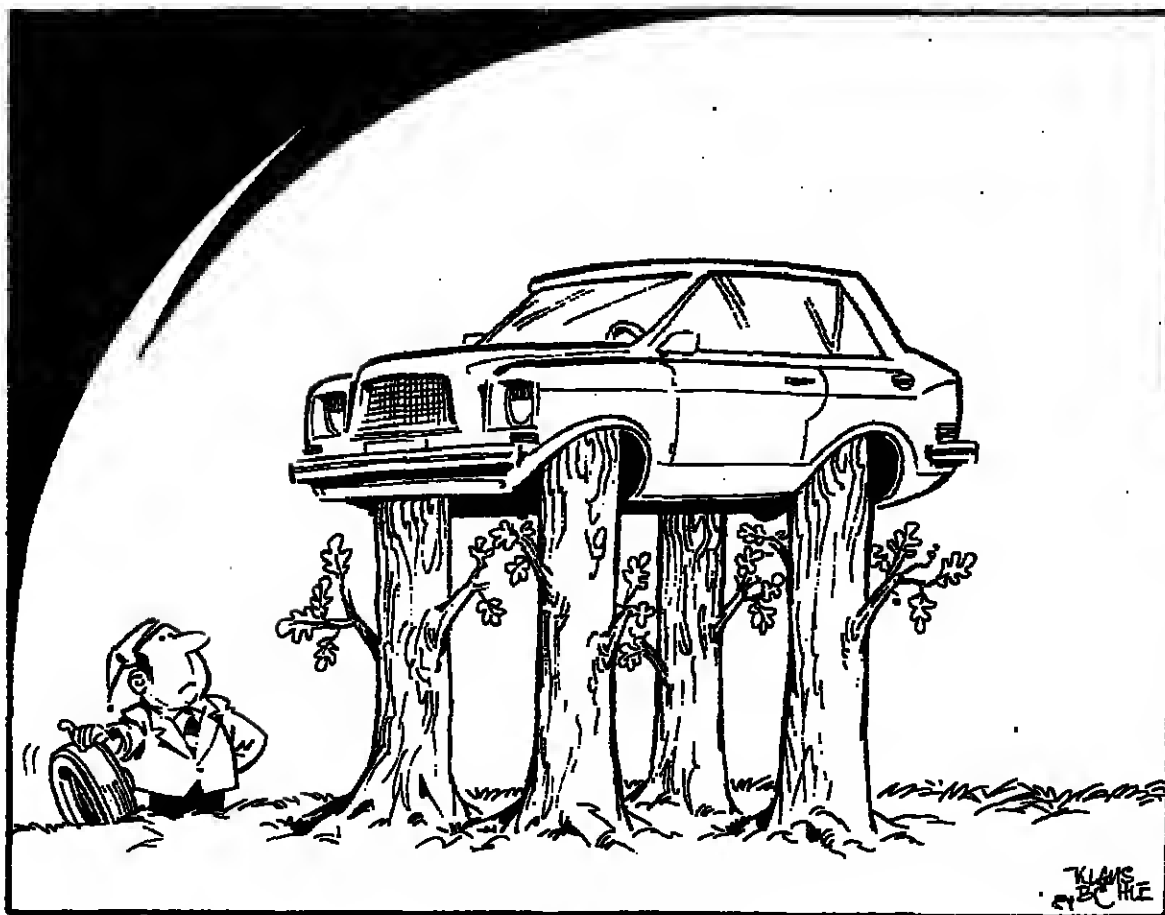
Von Carl Gustaf Ströhm

Daß der polnische Papst sich nur schwer in Schema einordnen läßt – weder in ein „linkes“ noch in ein „rechtes“, ja nicht einmal in ein national-polnisches – hat Johannes Paul II. in Kanada bewiesen. Karol Wojtyla, der nicht weit entfernt von Gallizien und damit vom gemischten polnisch-ukrainischen Siedlungsgebiet geboren wurde, sprach hier besonders die Ukrainer an – ein Volk zwischen Polen und Russen, das unter beiden Nachbarn oft zu leiden hatte und heute noch leidet.

Der polnische Papst betrachtet die in der Sowjetunion verbottene, allenfalls noch in den Katakomben lebende ukrainische unierte Kirche nicht als westliches Anhängsel des Weltkatholizismus, sondern als eine Brücke zur russischen orthodoxen Kirche. Daher auch seine ehrenden Worte für den verstorbenen ukrainischen Kardinal Slipij, den er als „Helden“ feierte und dessen geistiges Vermächtnis – die Schilderung jahrelanger psychischer und physischer Folterungen in sowjetischen Todeslagern – eben in Rom veröffentlicht wurde.

Die sowjetischen Behörden haben eine geplante Reise des polnischen Papstes zu den Katholiken in Litauen zum Kasimir-Gedenkjahr verhindert. Zu den 1300-Jahr-Feiern des kroatischen Katholizismus durfte Johannes Paul gleichfalls nicht hinfahren. Und oh seine Reise in die CSSR anlässlich der 1200-Feier für den Slawen-Apostel Methodios zustande kommt, ist zumindest fraglich.

Über das ferne Kanada und über die Neue Welt verschaffte sich der polnische Papst dennoch Zutritt zu seinen slawischen und nicht-slawischen Gemeinden in Osteuropa und der Sowjetunion. Er sprach von „Solidarität“ – aber auch im Sinne der polnischen Gewerkschaft, und zwar im Sinne eines Bekenntnisses zu Menschenrechten. Damit wird der in Glaubens- und Moralfragen so konservative Papst aus Polen zu einem Revolutionär. Und zu einem Verkünder des christlichen Glaubens in seiner nationalen, volksverbundenen Gestalt.



Geschwindigkeitsbegrenzung

KLAS BÖHE

Andreottis Nachbeter

Von Matthias Walden

Der Staub, den Andreotti verbleibende aufgewirbelt hat, beginnt sich zu legen. Er liegt fingerdick auf nationaler und internationaler politischer Landschaft. Nun muß er mit festem Besen beseitigt werden. Vorher ist dieses Thema nicht abzuschließen.

Das Bedauern des italienischen Christdemokraten, Anlaß zu Mißverständnissen gegeben zu haben, bereinigt nichts. Sein Hinweis auf Südtiroler Irritationen ist abwegig. Mit „Pangermanismus“ kann weder diese italienisch-entmündigte Volksgruppe noch Österreich gemeint gewesen sein. Die Bundesregierung hat energisch und damit angemessen auf den Tiefschlag des vermeintlichen Freundes reagiert. Ministerpräsident Ciriaco De Michelis lindert den Schaden, heißt ihn aber nicht.

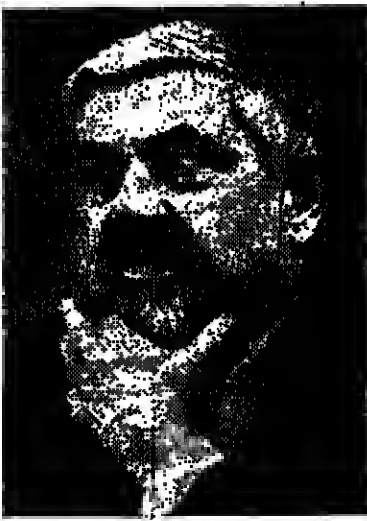
War schon Andreotti böser Wunsch nach einer Fortdauer der deutschen Teilung schlimmer als ein Affront, so muß Horst Ehmkes Kommentar zu dieser Kränkung als Skandal angesehen werden: daß der zynische Italiener „den Mut gehabt habe, einmal offen und ehrlich auszusprechen, was unsere westlichen Verbündeten in der deutschen Frage wirklich denken“, ist verächtlich in des Begriffes doppelter Bedeutung. Otto Schily, der „Grüne“, hat sich nun genau so zu Wort gemeldet. Gleich und gleich gesellt sich gern.

Der nationale Konsensus der SPD verfällt. Hans-Jochen Vogel's Anmerkung, die Andreotti-Affäre zeige einen „Kompetenzverlust deutscher Außenpolitik“, war ebenfalls unter die Gürtellinie gezielt. Gerade angesichts dieser Provokation aus Rom hätte es der Einmütigkeit der Parlamentarier der Bundesrepublik Deutschland bedurft. Daß statt dessen die regierende Koalition gegen das Schienbein getreten würde, hat in Moskau und in Ost-Berlin Begehen ausgelöst, so, wie der Ausspruch des Italieners Entzücken und die Begleitmusik Horst Ehmkes Begeisterung hervorgerufen haben.

Den Schuldigen an der fortdauernden Teilung Deutschlands so in die Hände zu arbeiten, ist verantwortungslos und zerstörerisch. Nur Annemarie Renger hielt sich – wie stets, wenn es ums Ganze geht – wacker und aufrecht. Brandt und Bahr zeigten, wie seit langem ein-

geübt, gekrümmte Rücken. Was Ehmke, der ein wiedervereinigtes Deutschland einst vom Siege des Sozialismus abhängig machte, zu dem Eklat beisteuerte, ist eine üble Denunziation unserer westlichen Verbündeten. Sie haben sich im NATO-Vertrag verpflichtet, sich für das Streben der Deutschen nach Freiheit, Selbstbestimmung und Einheit einzusetzen. Hätte Andreotti nur ausgesprochen, was sie alle denken, dann wären wir mit vertragsuntreuen Heuchlern verbunden, die anders kontrahiert haben und anders reden, als sie denken und wünschen.

Wir haben die drei Westmächte in Berlin als absolut vertragsstreue, aufrichtige und zu ihrem Wort stehende Partner erlebt. Nichts haben sie getan oder unterlassen, was uns den Anlaß oder gar das Recht gäbe, sie für Betrüger zu halten – genau das aber müßten sie sein, wenn Ehmkes schamlose Verdächtigung zuträfe. Unsere Alliierten werden durch solche Beweise rückgratlos Selbstverleugung nicht nur beleidigt, sondern es wird ihnen etwas gänzlich Unzumutbares abverlangt: deutscher zu sein als manche Deutschen. SPD und Grüne sind in der deutschen Frage und in ihren Antworten darauf seit langem heruntergekommen. Schon seit dem Beginn der einst neuen deutschen Ost-Politik der SPD gab es politische Selbstverleumdung.



Die Verbündeten denunziert: Ehmke. FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

Nun wäre es immerhin theoretisch denkbar, daß unsere Verbündeten sich auf unser Streben nach Einheit in Freiheit zwar mit einem Verständnis und durchaus aufrichtig eingelassen und verpflichtet hätten, aber doch nur zähneknirschend und eher mit Furcht als mit Hoffnung. Ein wieder größeres Deutschland im Herzen Europas – können das die anderen wirklich wünschen?

Aber die Größe eines Landes sagt nichts über dessen Qualität. Wären die USA nicht so groß, wie sie sind, dann sähe es schlimmer aus für uns und für viele andere auf der Welt. Die Größe des Sowjet-Reiches ist ungunst für seine und für andere Völker. Aber doch nur, weil es sich um eine aggressive, freiheitsfeindliche, das Recht beugende Diktatur handelt.

Ein wiedervereinigtes Deutschland wäre aber anders geartet. Die staatliche Einheit ist nicht das primäre Motiv, sondern die Freiheit. Gelänge es, die beiden gegensätzlichen Staaten Deutschlands im Sinne von Selbstbestimmung und Recht miteinander zu vereinen, dann wäre die ganze freie Welt gestärkt. Unterstellt man unseren Verbündeten, das zu fürchten, statt es zu wünschen, so unterstellt man ihnen eine Komplizenschaft mit Moskau. Man spricht ihnen zugleich die Treue zu einer weltweit freiheitlichen Politik ab und denunziert sie mit der Verdächtigung, den Fortbestand von Unfreiheit und Unrecht im anderen Teil Deutschlands zu wollen. Sagen wir sie so, dann wäre die Grundlage unserer Gemeinsamkeiten und der Sinn der Allianz zerstört. Könnten sich die Länder der westlichen Welt nicht mehr auf den sie einigenden Freiheitswillen eines jeden von ihnen verlassen, dann wäre ihr Untergang im Triumph des Unrechts vorbestimmt.

Die Verbündeten denunziert: Ehmke. FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

IM GESPRÄCH Ferraris

Ein Freund der Deutschen

Von Evi Keil

Nicht nur Italiens Außenminister Andreotti hat Schlagzeilen gemacht. Ein zweiter Name wurde täglich in den Medien genannt: der des italienischen Botschafters in Bonn, der mehrfach deswegen ins Auswärtige Amt zitiert wurde. Professor Luigi Vittorio Ferraris hat indes mit Besonnenheit und diplomatischem Geschick Wogen geglättet.

Ferraris ist sein Leben lang Deutschland verbunden. Er glaubt freilich, „daß ein Botschafter keine zu große Publizität haben sollte“. Denn: „Diplomatie ist für mich die Kunst, ruhig zu arbeiten, teilweise hinter den Kulissen. Zwischen befreundeten Ländern wird es aber manchmal notwendig, sich aus dem Fenster herauszuzeigen, um Mißverständnisse zu beseitigen.“

Ferraris ist Professor der Staatslehre für Osteuropa am Istituto Universitario Orientale, das die Jesuiten im 18. Jahrhundert in Neapel gründeten. Seit 1953 gehört er dem Auswärtigen Dienst an. Erster Posten: das Generalkonsulat in München. Er wurde Vizekonsul in New Jersey, war auf Posten in der Türkei, in Bulgarien und Venezuela. Von 1967 bis 1969 war er zweiter Mann in Warschau und blieb anschließend zehn Jahre im Außenministerium in Rom, sechs Jahre davon als Leiter der Abteilung für Osteuropa und die KSZE, dann als stellvertretender Leiter der Kulturbotschaft, zuletzt als Chef der Personalabteilung. Im Januar 1980 kam er als Botschafter nach Bonn, „auf meinen Wunschposten“.

Professor Ferraris spricht perfekt deutsch. „Meine Mutter hat mich als Vierjährigen zum Deutschstudium gezwungen.“ In der Tat, der Junge, 1928 in Rom geboren, in Turin aufgewachsen, bekam ein deutsches Kind-erfräulen. Heute lebt Irenas Dierpelt hochbetagt in Oberhausen. „Ich hatte mich natürlich sofort auf die Suche nach ihr gemacht“, sagt der Botschafter.

Während des Krieges gehörte der junge Mann dem italienischen Widerstand gegen den Faschismus an. Der Vater hatte sich bis zum Beginn des



Goethe im Kriege, Botschafter Ferraris. FOTO: CHRISTA KUHN

Faschismus politisch betätigt, sich dann aber der Politik abgewandt. Der Großvater war in der Zeit des Risorgimento, 1815-1870, in die italienischen Einigungsbestrebungen involviert. Das war parallel mit dem Aufbau der Einheit Deutschlands. Deshalb viel leicht liegen mir heute auch die Probleme der Deutschen so sehr am Herzen. Zwischen dem NS-Deutschland und Deutschland habe er immer getrennt, so Luigi Vittorio Ferraris. „1943 hatte ich mir ein Buch mit Goethe-Gedichten gekauft. Durch Zufall fand ich es vor ein paar Tagen in meiner Bibliothek wieder.“ Er fügt hinzu: „Die Gedichte Goethes, das bedeutet doch auch, daß wir, die wir etwas dazu getan haben, um die Demokratie in Europa wieder aufzubauen, keine antideutschen Gefühle hatten. Ich fühle mich in Deutschland sehr zu Hause. Und die Teilung Europas und die Teilung des deutschen Volkes, das sind Probleme, die uns allen am Herzen liegen.“

Er fügt hinzu: Die Worte Andreottis werden dazu führen, auch in unserem Gewissen in Italien einige Aspekte von diesen Problemen ins bessere Licht zu setzen. Die Deutschen sollten Italien nicht nur an Andreotti messen, sondern die ganze Vielfalt des Landes und seiner freundlichen Menschen sehen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

JEDIOT ACHARONOT

Die Zeitung knüpft auf Grund ägyptischer Erklärungen Zweifel am Frieden zwischen Jerusalem und Kairo

Die jüngste Erklärung des neuen ägyptischen Botschafters in Moskau, Bassuni, wonach die Sowjets darauf hoffen könnten, daß Kairo in der Zukunft die Camp-David-Abkommen – und damit den Frieden mit Israel – annulliert, können nicht ignoriert werden. Botschafter geben nicht revolutionäre Erklärungen ab, ohne vorher eine Genehmigung von ihren Vorgesetzten zu haben. Wenn dies also die Stimmung der ägyptischen Führung ist, dann ist das ein Beweis dafür, wie recht diejenigen in Israel hatten, die von Anfang an vor den Absichten Kairs gewarnt hatten. Die neue Jerusalemer Regierung sollte sich darüber Gedanken machen und die Angelegenheit genau prüfen.

DER BUND

Die in Bern erscheinende Zeitung macht Andreotti habe bei seiner Rede nicht nur an Deutschland gedacht

Anzumerken wäre noch, daß es das gute Recht der Deutschen (in West und Ost) ist, sich über die Teilung der Nation Gedanken zu machen und, wenigstens in der Bundesrepublik, auszusprechen, daß diese Teilung schmerzhaft und vielleicht doch nicht der Weisheit letzten Schluß bedeuten müsse. Auch wenn dies, unter der prägenden Erfahrung der beiden Weltkriege, die Auffassung sehr vieler Nichtdeutscher sein mag. Etwa Giulio Andreotti, der uns Zollhäu-

chen am Brennerpaß bangt. Die Geschichte geht ja ohnehin ihre eigenen Wege, an Brenner wird's der Erde

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Das Blatt ist größtenteils ägyptisch, wirkt aber Frankreich über die Details der französisch-ägyptischen Einigung auf

Mitterrand hat sich nicht ohne Geschick und mit allen Ehren aus der Klemme befreit. Der Präsident kann daraus Kapital schlagen. Aber es ist nicht alles so einfach, wie es scheint, und eine gewisse Anzahl von Fragen bleibt offen. Erstens: Womit vergütet Frankreich den libyschen Abzug aus dem Tschad? Dazu müßte man die Details der Verhandlungen und des Abkommens kennen. Auf welche Positionen werden sich die Libyer zurückziehen? Der französische Präsident ist mit Khadafi eine gewisse Wette eingegangen. Die Risiken sind nicht gering, denn es geht um die Zukunft des Tschad, das Kräftegleichgewicht in Afrika und die Glaubwürdigkeit Frankreichs.

SÜDWEST PRESSE

Zum Vorschlag eines Temporelites meint das Blatt:

Doch wie, so muß dagegengetragt werden, denkt man, die Einhaltung neuer Höchstgeschwindigkeiten bundesweit zu überwachen und damit den Erfolg der Maßnahme zu garantieren? Denn es ist ja wohl kaum möglich, alle Autobahnen und Bundesstraßen so zu kontrollieren, daß zumindest ein Großteil der Temporelites ermittelt und zur Verantwortung gezogen werden kann. Und nur in diesem Fall würde der angestrebte Zweck erreicht.

Beide wollten raus – man wird sehen, ob auch beide gehen

Mitterrands Erfolg in Tschad und der Kontakt mit den Radikalen / Von Jürgen Liminski

Eine Konvergenz der Interessen „mache es möglich. Sowohl Frankreich als auch Libyen sehen derzeit wenig Sinn in einer andauernden und kostspieligen Präsenz ihrer Truppen in Tschad. Frankreichs Abzugsabsicht stand immer schon außer Zweifel. Khadafis Motivlage indessen ließ sich mit einer Flurbereinigung im südlichen Nachbarland bisher nicht so recht in Einklang bringen. Sie ist auch nach der überraschenden offiziellen Ankündigung nach all den Erfahrungen mit dem revolutionären Exzentriker schwer zu durchschauen.

Immerhin, die politische Konjunktur im Maghreb und im Vorderen Orient ganz allgemein begünstigt die Vereinbarung. Endgültige Klarheit dürfte man erst gewinnen, wenn, wie vorgesehen, das Abzugsunternehmen bis Mitte November beendet ist und dann möglicherweise immer noch einige libysche Divisionen abziehend auf der Stelle treten. Entscheidend wird auch sein, ob Tripolis den

Aouzou-Streifen im Norden des Landes verläßt, den Khadafi seit 1973 ununterbrochen besetzt hält und quasi als Altbesitz betrachtet. Khadafis Interessenlage sieht heute, cartesianisch gesehen, so aus: 1. Ernste Zahlungsschwierigkeiten (die Öleinnahmen haben sich seit 1979 auf zwölf Milliarden Dollar für 1983 halbiert; auch das US-Embargo wirkt sich aus) raten zu einer flexibleren Haltung gegenüber den Ländern im Westen, insbesondere den Europäern. 2. Die Verbündeten scheitern mit Kreisky 1982 brachten keinen Ausbruch aus der diplomatischen Isolation und selbst nach der Fusion mit Marokko steht Khadafi immer noch auf dem Index der zivilisierten Welt. Das Abkommen mit Frankreich schiebt eine Art Filter vor den grellen Scheinwerfer westlicher Kritik. Khadafi erscheint jetzt für viele Geschäftsleute wieder in einem sanfteren Licht, das manche Ecken und Kanten im Halbdunkel verbirgt. 3. Die tschadischen Einflüsse der Libyer sind seit einigen Monaten intern über die liby-

sche Präsenz in Tschad zerstritten. Rebellenführer Gukumi Weddell verliert seine Hausmacht. In dieser Lage ist es für Khadafi sinnvoller, das alte Tschad-Spiel aus dem Jahre 1981 zu wiederholen: Abzug seiner und aller ausländischen Truppen, Warten auf eine neue Gelegenheit, Annäherungsversuche an die offizielle Regierung zwecks späterer Fusion.

Auch Frankreich kennt dieses Spiel. Man könne jederzeit wieder zurückkommen, falls die Lage dies erfordert, betonte Chaysson vor der Presse. In den Nachbarstaaten Kamerun und Zentralafrika bleiben französische Einheiten stationiert. Auch aus der Elfenbeinküste oder aus Zaire können rasch ein paar hundert Legionäre eingeflogen werden. Ein Scheitern des Abkommens würde Tripolis vollends in die Isolation zurückstoßen. Frankreich jedoch hat bei diesem Unternehmen nichts zu verlieren. Die befreundeten Staatschefs in Afrika wurden beruhigt. Sie werden auch an der Überwachung des Abzugs beteiligt.

Mitterrand kann mit diesem Abkommen vorerst einen diplomatischen Erfolg verbuchen, der sich auch innenpolitisch ausschlagen läßt. Sein Verteidigungsminister Heru freut sich über die umgerechnete eine Million Mark, die er täglich einspart. Der Bürgerkrieg in Tschad ist damit freilich nicht beendet. Er wird nur auf die Wüstenstriche eingegrenzt, in denen ohnehin die Kontrolle der Staatsgewalt nur so weit reicht wie die Gewehre der Regierungstruppen.

Die erstaunliche Aktivität Frankreichs in der nordafrikanischen und nahöstlichen Region jedoch wirft noch andere Fragen auf. Ist die Geheimdiplomatie mit Radikalen vom Schlage Khadafis nicht schon Teil einer umfassenden Initiative im Vorderen Orient? Erfolgreiche Gespräche in Amman mit dem jordanischen König, Unterstützung der radikalen arabischen Staaten bei der libanesischen UNO-Resolution gegen Israel und eine für den November geplante offizielle Visite des französischen Staatspräsidenten in Da-

maskus legen die Vermutung nahe, daß Paris wenigstens teilweise das Vakuum ausfüllen möchte, das durch den Rückzug der Amerikaner aus Libanon und den damit verbundenen Prestigeverlust in der arabischen Welt entstanden ist. Der aufmerksamen französischen Diplomatie ist nicht entgangen, daß die Sowjets seither trotz allen internen Gerangels im Kriege zielstrebig ihre Positionen in Nahost ausbauen.

Der Waffendeal Kuwaits mit den Sowjets, die bevorstehende Reue des jordanischen Königs nach Moskau, der sich neu etablierende internationale Terrorismus haben die Region ins Krisenbewußtsein der Franzosen gehoben. Da man in Paris schon denken kann, mit den Radikalen sprechen und etwas westlichen Einfluß setzen, als die Dinge treiben lassen, das das gut vor allem, mit dem Vakuum, für die traditionellen Einflusssphäre der französischen Diplomatie und die potenziellen Absatzmärkte der französischen Feinindustrie.

Wenn der Teufel zum Herrn und Meister wird

Rund 2000 „Magier des Bösen“ sollen hierzulande geben. In diese okkulte Szene versuchte das ZDF am Dienstag mit dem Film „Ich 1016, wenn Satan es befiehlt...“ hineinzuleuchten, unter heftigen Protesten von Zuschauern. Der Film warf Fragen auf, doch meist die falschen.

Von JOACHIM NEANDER

Vier Beispiele aus Deutschland im Jahre 1984. Eine „Hexe“ im Nordhessischen, die gegen Honorar und auf Bestellung durch die Beschwörung des Satans gegen (abwesende) Dritte die „Todesstrafe“ verhängt und sozusagen auch vollstreckt und zur Erklärung vor der Kamera verkündet: „Ich nehme den Auftrag an, wenn es ein Mensch ist, der wirklich sterben mußte, ich bin ein Anhänger der Todesstrafe...“

Dann die Berliner Yoga- und Selbstverwirklichungsgruppe, die sich als „magische Elite“ versteht, der die „nächste Entwicklungsstufe des Menschen“ gehören soll. Der Hexenmeister in München-Schwabing, der eine nackte junge Hexe mit Blutstropfen weilt und sein Medium in Trance immerhin dazu bringt, einen 1000 Meter entfernten, verhöllten Gegenstand als ein blaues (in Wirklichkeit rotblaues) Auto ohne (in Wirklichkeit mit) Insassen zu identifizieren. Und am Schluß die Mannheimer Gastwirtin, die in Vollmondnacht bei wilder Disco-Musik einen regelrechten Hexensabbat veranstaltet.

Das Ganze, ein abenteuerliches Gemisch aus wirklicher Besessenheit, wirklicher Angst, faulem Zauber, Eitelkeit, kleinbürgerlicher Geldgier, Magie des Übernatürlichen und Magie des elektronischen Mediums, hinter-

läßt am Ende so etwas wie Enttäuschung. Deswegen 6000 Protestbriefe?

Die Idee, sich mit dem Phänomen dieser Satans- und Hexenmagie im ausgehenden 20. Jahrhundert näher und fundierter zu beschäftigen als dies bisher in den Massenmedien passiert war, kam dem ZDF-Mann Alexander Niemetz, einem der beiden Autoren, vor Jahren in England, wo er sich auf die Spur eines dort berühmten „Zaubers“ gesetzt hatte.

Aber das Fernsehen ist ein sehr gefährliches Arbeitsgerät. Es kann Stimmungen nur sehr schwer, Übersinnliches gar nicht vermitteln.

So muß man sich behelfen. Die „Hexe“ Ulla von Bernus, die von sich behauptet, nicht nur von ihren Beschwörungshonoren zu leben, sondern auch von ihrer Fähigkeit, Roulettezahlen vorherzusagen, wird ins Spielcasino von Bad Harzburg begleitet. Aber die vorausgesagten Zahlen fallen nicht, Fleits, Magie oder Hokusokus? Falsche Frage.

Ein Viertel aller Deutschen, so besagen die Umfragen, glaubt an Übersinnliches. Aber – so hätten die Fernsehleute hinzufügen müssen – nicht so sehr an vorhergesagte Roulettezahlen oder Hexenformeln, sondern im Grunde daran, daß auch im 20. Jahrhundert beileibe nicht alles rational beantwortet werden kann, daß da ein Rest bleibt, der für viele eher wächst, als daß er sich verringert. Die Autoren wissen das sehr wohl.

Auch die drei übrigen Tests, mit denen sie die aufgestöberten Hexen und Hexenmeister konfrontieren, sind eher vordergründig. Der Berliner Chefmagier der „Telema“-Gruppe wird (Ende Juli) gefragt, wie der Streit zwischen Herbert von Karajan und den Berliner Philharmonikern ausgehen werde. Er sagt nach den Karten (richtig) die sich anbahnende



Dem Saten ergeben: Eine Magierin zelebriert die „Schwarze Messe“

Versöhnung voraus. Magie oder Glück? Wieder die falsche Frage. Hier hat wohl die richtige Einschätzung der Situation um den Drogen und sein verstimmtes Orchester die Hauptrolle gespielt. Wesentlicher scheint bei dieser Gruppe das Gemeinschaftsgefühl zu sein. Magie als „Wegstrecke“ des Lebens, wohin?

Bei der „Schwarzen Messe“ im Schwabinger Keller sagt der Sprecher: „Die hier dem Teufel huldigen, sie könnten Nachbarn von uns allen sein.“ Verkäuferinnen, Taxifahrer, Arbeitslose, Studenten. Sie scheinen hier das eigentlich Geheimnisvolle zu sein, viel mehr als die Frage, wieso das Mädchen in Hypnose das BMW-Auto, nicht aber die darin sitzende Puppe erkennt.

Aber da müßte man sich näher mit ihnen beschäftigen, nach Biographien, Lebensumständen fragen. Und hier stößt das Fernsehen wieder an Grenzen: der nötigen Diskretion, der Achtung vor der inneren Sphäre

anderer Menschen. So erfährt man nur, daß die „Hexe“ Ulla von Bernus die Tochter eines Totengräbers ist. Mehr als ein Gag?

Offene Fragen ganz anderer Art hinterläßt der vierte Fall. Die Mannheimer Gastwirtin vom „Hexenfest“ versucht ungeklärte Kriminalfälle zu lösen. Den verschwundenen amerikanischen Jungen, auf dessen magische Fährte sie sich vor der Kamera setzt, findet sie zwar nicht. Aber die in der Sendung nur kurz angedeuteten Verbindungen zur Polizei und anderen Dienststellen sind – wie man so hört – offenbar viel konkreter, als dies in dem Film sichtbar wurde.

Es soll in der Bundesrepublik über 2000 sogenannte Hexen oder Magier des Bösen geben. „Und das im Jahre 1984!“ wundert sich in der Sendung der Sprecher. Aber gerade viele aufgedeckte Menschen dieser Zeit sind der Meinung, daß es etwa 1910 viel schwerer gewesen sein muß, an den Teufel zu glauben, als heute.

Das Land der Verheißung – Herausforderung für Pioniere

Der Papst hat auf seiner Kanada-Reise den „wildem“ Nordwesten des Landes besucht. Hier ruhen riesige Bodenschätze, hier berühren sich das vergangene Kanada der Goldgräber und das Kanada der Zukunft. Ein Land der Extreme, ein Land für Abenteurer.

Von F. MEICHNER

Es ist ein Flug in die Zukunft? Oder mehr ein Abstecher in die Vergangenheit? Niemand, der heute Kanadas fernem, „wildem“ Nordwesten besucht, vermag diese Frage auf Anhieb schlüssig zu beantworten. Wohl auch der Papst nicht, der gestern in Fort Simpson die nördlichste Station auf seiner Blitztour durch das Land erreichte, dessen Name sich aus dem Wort „canada“ der Huronen-Indianer ableitet.

Das Wort bedeutet „Siedlung“. Mehr als eine Siedlung mit knapp 1000 Einwohnern ist der Außenposten Fort Simpson am Mackenzie-River noch immer nicht – wenn auch nur eineinhalb Flugstunden von der Hauptstadt der Northwest-Territorien entfernt, deren Name Yellowknife spontan Vorstellungen von Abenteurern zu wecken vermag.

Auf dem Flugplatz von Edmonton, dem Sprungbrett zu den „Territorien“, halten wir vergeblich nach einer Anzeige für unseren Flug nach Yellowknife Ausschau. Auf der Tafel wird Flug PW 561 nach Yellowknife, Norman Wells und Inuvik am Mackenzie-Delta nur pauschal mit „North“ angezeigt. Im Wartesaal versammelt sich in der frühen Morgenstunde eine sehr gemischte Gesellschaft: Indianer, Eskimos, Weiße mit Aktenkoffern und verwegene Gestalten, die einem Wildwestfilm entsprungen zu sein scheinen.

Eine fliegen nach Hause, die anderen sind geschäftlich unterwegs, und wieder andere suchen einfach ihr Glück in der schier endlos erscheinenden Weite des Nordens, dieser selbst in Kanada noch sagenumwobenen „Territorien“, die sich vom 60. Breitengrad bis zum Nordpol, von der Hudson-Bay bis zum nördlichen Eismeer erstrecken. Mit rund zwei Millionen Quadratkilometern umfassen sie über ein Fünftel ganz Kanadas. Das Leben der knapp 50 000 Bewohner steht dort noch ganz unter dem übermächtigen Einfluß der Landschaft.

Über ungezählten Seen und riesigen Wäldern, deren Laub jetzt im Herbst vom gelben Zitronengelb über ein saftiges Gold bis ins leuchtende Rot variiert, über Gebirgen, Taiga und nördlicher Tundra liegt die Atmosphäre menschenferner Unendlichkeit, die von erdrückender Wucht und doch auch von erregender Faszination ist.

In der Verlorenheit der nur 63 Siedlungen dieser scheinbar Unendlichkeit – Siedlungen, von denen manche nicht einmal einhundert Menschen beherbergen – wird weit mehr als anderswo in ganz Nordamerika noch das spürbar, was einst amerikanischer Pioniergeist bedeutete: die ungehinderte Entfaltung des einzelnen, der elementare Freiheitsdrang, die Goldgräber-Mentalität, die nicht nur durch übermäßigen Alkoholgenuss erzeugte Neigung zu schneller Gewalttätigkeit, aber auch

die spontane Gastfreundschaft und der harte Überlebenswille, den die Weißen von den hier noch vorwiegend beheimateten Indianern und Eskimos gelernt haben.

Das alles ist noch irgendwie lebendig geblieben Vergangenheit in den Northwest Territories. In der Goldgräberstadt Yellowknife, deren Name schon dazu angetan erscheint, dem aus der südlichen Zivilisation eingeflogenen Touristen eine Gänsehaut zu verursachen, werden nach wie vor zwei Goldminen abgebaut. Die brennendsten Probleme sind hier weniger die Wirtschaftskrise als die Wohnungsnot (2000 Menschen leben in Zelten am Stadtrand) und der Alkoholismus. Über den Außenposten am mittleren Mackenzie-River wiederum liegt noch immer ein Schimmer jener Nordwest-Romantik der Jahrhundertwende, als die „Big Three of the North“ – die „Hudson's-Bay Company“, die „Mounties“ der „Royal Canadian Mounted Police“ und die Missionare – den „Fortschritt“ in ihrer jeweiligen Sicht vorantrieben. Und in den Siedlungen an der Beaufortsee gar ist das „go native“, das sich Angehörigen der Härte und Geschicklichkeit der Eingeborenen, das den Pelzjägern einst selbstverständlich war.

Fort Simpson wurde auf ausdrücklichen Wunsch Johannes Pauls II. in das Reiseprogramm eingebaut. Es ist den Indianern und Eskimos gewidmet, Kanadas „Dene“ und „Inuit“, wie sie sich lieber genannt werden, denn die Bezeichnung „Indianer“ beruht schließlich nur auf dem Irrtum von Kolumbus, der meinte, nicht einen neuen Kontinent, sondern den Seeweg nach Indien entdeckt zu haben, und das Wort „Eskimo“ mit dem die „Dene“ einen „Inuit“ titulierten, bedeutet „Rohfleischesser“. In der jeweiligen Eingeborenenprache stehen „Dene“ und „Inuit“ für das gleiche: für „Volk“.

Diese Völker waren seit eh und je Grenzvölker. Indianer, Eskimos und Weiße standen hier immer auf Vorposten – sei es gegen die Elemente, sei es im Kampf gegeneinander. Heute sehen sie sich an eine „neue Grenze“ gestellt, an die Grenze zur kanadischen Zukunft.

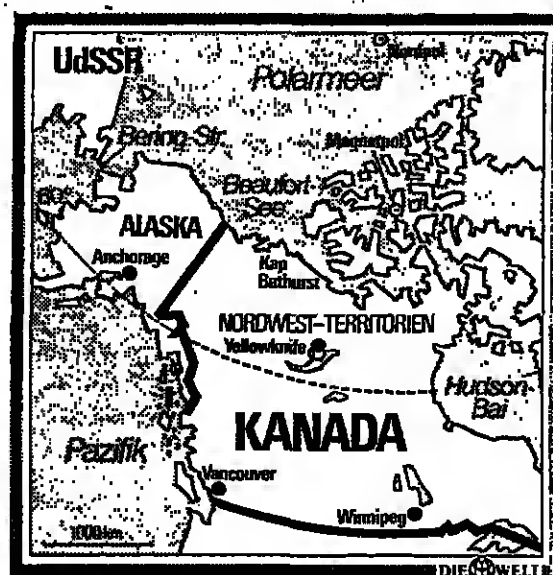
Zukunftsverheißungen gibt allen der Reichtum an Erdöl, Erdgas und Mineralien, die in den Northwest Territories entdeckt wurden und mit deren Abbau begonnen wurde. Von Albertas Hauptstadt Edmonton, dem Tor zum Nord-

Unter ihnen sind Abenteurer und Zivilisationsmüde, fachlich Hochqualifizierte und Ungerlernte. Gemeinsam ist den meisten von ihnen das eine: Die Vitalität der Jugend. Ihr Prototyp ist der robuste „Twoen“ mit ölverschmierten Händen, die Jeansaschen voller Dollarnoten, die er jederzeit auf die Zukunft dieses Neukanada zu setzen bereit ist.

In dieser Aufbruchstimmung, die durch die Wirtschaftskrise 1981/82 wohl nur vorübergehend gedämpft wurde, vollzog sich in den Territories schon während des letzten Jahrzehnts ein Wandel, der nur mit dem der „klassischen“ amerikanischen Pionierzeit vergleichbar scheint. Er produzierte Paradoxa, wie sie eben nur in solchen zivilisatorischen Grenzregionen anzutreffen sind: Eingeborene Jäger haben ihre Iglus verlassen und leben in vorfabrizierten Holzhäusern. Sie fahren mit Motorschlitten oder Lkw zur Jagd, wo sie sich dann wieder ganz auf die von ihren Vätern weitergegebene Geschicklichkeit und auf ihren Jagdinstinkt verlassen müssen. Ihr Leben bleibt bestimmt vom Zug der wilden Rentiere, der Karibu-Wanderherden.

Moderne, aus der Luft versorgte Touristenquartiere stehen in einer mit Markierungszeichen abgesteckten Wildnis. In der Indianer-Siedlung Edzo, bündert Kilometer nordwestlich von Yellowknife, liegen die Flugboote neben den Kanus. Ein Schild mit der Aufschrift „Edzo Air“ weist auf diesen Wasserflugplatz am Großen Sklavensee hin. Von Yellowknife aus fliegen die kleinen Wasserflugzeuge Dutzende von Landestellen dieser Art an. Und in den Gaststätten der „Hauptstadt“ kann man hier die raffinierteste französische Küche, dort noch Gerichte auf der Grundlage von Walroßtran finden.

Geologen schätzen, daß unter der Oberfläche dieses unübersehbaren Landes zwischen 12 und 75 Trillionen Kubikmeter Naturgas und bis zu sechs Milliarden Barrel Erdöl verborgen sind. Die Förderung dieser Schätze wirtschaftlich zu machen, ist die große Herausforderung, von deren Bewältigung es letztlich abhängen wird, ob die Northwest Territories wieder in ihre sagenumwobene Pioniervergangenheit zurückfallen, oder ob sie vom „Now Country“, dem „Land des Heute“, wirklich zum „Next Year Country“, dem „Land der Zukunft“, aufsteigen werden.



Sorgen um die Diskretion des Computers

Die Verwertung personenbezogener Daten in Computern ist mitbestimmungspflichtig. Diese Entscheidung des BAG wirft in Betrieben „Abgrenzungsprobleme“ auf.

Von PETER JENTSCH

Nicht mehr nur Großunternehmen, sondern zunehmend auch Mittel- und Kleinbetriebe führen ihre Personaldateiverarbeitung, zumindest die Lohn- und Gehaltsabrechnung und das sich hieraus ergebende Berichts- und Statistikwesen, mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung aus. Mißgriffe bleiben nicht aus. Personalcomputer speichern etwa Fähigkeiten und Fehler, Leistungen und Laster.

Vor einigen Jahren, als es VW noch schlecht ging, zeigte das Werk, was sich mit einem Personalcomputer alles machen läßt. Damals ließen sich die Personalmanager durch die EDV-Anlage die Namen aller nicht eingetragenen Wehrpflichtigen bei VW ausdrucken. Die Liste erhielt das Kreiswehrersatzamt. Die Betroffenen wurden eingezogen, das Autowerk

mußte weniger Leute entlassen. Nun hat der Erste Senat des Bundesarbeitsgerichts (BAG) die Einführung und Anwendung von technischen Einrichtungen, die dazu bestimmt sind, das Verhalten oder die Leistung von Arbeitnehmern zu überwachen, mitbestimmungspflichtig gemacht (ArbZ 1 ARB 23/82; BAG-Präsident Otto Rudolf Kissel begründete den Richterspruch so: „Der Gesetzgeber hat in der technischen Überwachung von Arbeitnehmern eine größere Gefährdung für das Persönlichkeitsrecht gesehen als bei einer Überwachung mit herkömmlichen Mitteln.“ Und auch die technische Verarbeitung von Verhaltens- und Leistungsdaten führe zu einer solchen Gefährdung. Ihr zu begegnen, sei Sinn des Mitbestimmungsrechts.“ Dies versetzt die Betriebsräte in die Lage mitzentscheiden, ob und gegebenenfalls welche Verhaltens- und Leistungsdaten erhoben und zu welchen Zwecken sie verwendet werden sollen.“

Das Gericht gab mit dieser Entscheidung der Klage des Gesamtbetriebsrates der Rank Xerox GmbH

statt. Dieser hatte ein Mitbestimmungsrecht bei dem Einsatz eines „Techniker-Berichtssystems“ verlangt, in das eine Vielzahl von Leistungs- und personenbezogenen Daten eingetragten werden. Mit Hilfe des computergestützten Systems kann das Unternehmen eine sogenannte „Techniker-Aktivitätsanalyse“ erstellen, die jederzeit darüber Auskunft geben kann, welche Tätigkeiten ein Arbeitnehmer in welchem Zeitraum und mit welchem Ersatzteilverbrauch erledigt hat.

Obwohl Rank Xerox erklärte, die Daten nur zum Zwecke einer optimalen Lagerhaltung und Ersatzteilversorgung verarbeiten zu wollen, sah der Gesamtbetriebsrat die Gefahr einer nahezu lückenlosen Leistungs- und Verhaltenskontrolle. Durch die Kombination von Daten sei es zudem möglich, die Produktivität einzelner Techniker oder Abteilungen miteinander zu vergleichen.

Und genau hier liegt das Problem. Friedhelm Jobs, Richter am Bundesarbeitsgericht, nennt es das „Abgrenzungsproblem“. Problematisch sei, so Jobs, „daß für die Teilbereiche der

Abrechnungs- und Verwaltungsaufgaben Daten verwandt werden, die auch bei der Leistungs- und Verhaltenskontrolle der Arbeitnehmer von Bedeutung sind“. Ursache für die Abgrenzungsschwierigkeit sei das technische Problem, daß man heute mit der Software alles oder je nach Programm, auch gar nichts bewerkstelligen könne.

Nach Auffassung von Jobs „ist ein Personalinformationssystem dann mitbestimmungspflichtig, wenn es aufgrund der vorhandenen Programme Verhaltens- und Leistungsdaten der Arbeitnehmer erfasst und speichert und eine Überwachung einzelner Arbeitnehmer oder einer rechtlich verbundenen Gruppe unmittelbar und aktuell möglich ist“. In diesem Sinne lautet auch das Urteil.

Stellt sich die Frage, wie jetzt einige Einzelgewerkschaften reagieren. Die Mitglieder müssen laut Satzung ein Prozent vom Bruttolohn an die Gewerkschaft abführen. Da aber die Gewerkschaften selbst Personalcomputer benutzen, erfahren sie über Datenaustausch vielerorts auch die Höhe des Lohnes ihrer Mitglieder.

Fabrikant Lohnner produziert mit Maschinen, die ihm nicht gehören. Kann er sich keine eigenen leisten?



Er könnte schon. Aber er setzt sein Geld für Betriebsmittel besser ein. Deshalb rufen wir ihm, die Maschinen zu leasen statt zu kaufen. Das hält den Betrieb liquide, und die Kosten für das Leasing setzt er sofort als Betriebsausgaben ab. Heute produziert er rationaler und insgesamt betrachtet kostengünstiger mit Maschinen, die ihm nicht gehören. Ob Leasing, Sondarkredite, Factoring, aber auch Auslandsgeschäfte... Jedem Unternehmer helfen wir bei der Lösung seiner Probleme. Denn wir bieten zur qualifizierten Beratung den umfassenden Finanzservice aus einer Hand: unser Verbund-Angebot.

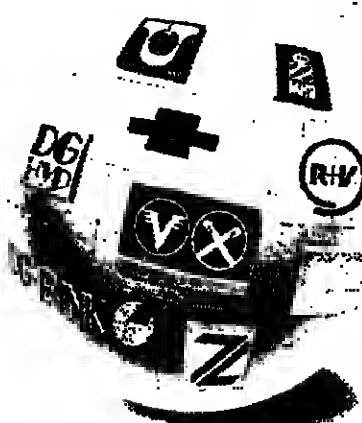
Der Verbund: Alles aus einer Bank.

Der Verbund ist der Zusammenschluß aller Volksbanken und Raiffeisenbanken, ihrer regionalen Zentralbanken, der DG BANK und führender Spezialinstitute der Finanzwirtschaft. Der Verbund hilft Ihnen, Ihre Gelddinge bequem und überschaubar zu erledigen und mehr aus Ihrem Geld zu machen. Und dies überall, denn die Volksbanken und Raiffeisenbanken haben mit 19.667 Bankstellen das größte Banknetz in Deutschland.

Ihre Sache ist unsere Sache.

Volksbanken und Raiffeisenbanken sind genossenschaftlich organisiert. 9,7 Millionen unserer Kunden sind zugleich Bank-Teilhaber und haben Mitspracherecht. Partnerschaft ist unser Prinzip und einer der Gründe, warum wir eine so erfolgreiche Bankengruppe geworden sind.

- DG BANK Deutsche Genossenschaftsbank
- 8 regionale Zentralbanken
- Bausparkasse Schwäbisch Hall
- DG HYP Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank
- DIFA Deutsche Immobilien Fonds AG
- Münchener Hypothekenbank AG
- R + V Versicherung
- Union-Investment-Gesellschaft



V X Volksbanken Raiffeisenbanken

Wir bieten mehr als Geld und Zinsen.

Scheinfirma eine Schleuse für Spionage?

W. KAHL, Karlsruhe

Eine angebliche Technologiefirma mit schwedischem Etikett hat in den vergangenen Jahren für den Ostberliner Geheimdienst in Niedersachsen als Schleuse für illegalen Transfer hochwertiger Sicherheitsgüter aus den USA und der Bundesrepublik Deutschland gedient. Das wurde bei den Ermittlungen gegen einen in der vergangenen Woche in einem hannoverschen Vorort gefaßten Ingenieur festgestellt (WELT vom 17. 9. 1984).

Der unter der Beschuldigung der Spionage festgenommene 65jährige ist schwedischer Staatsbürger deutscher Herkunft. Seine Wohnung hatte er als „Einkaufsbüro“ einer angeblichen schwedischen Firma eingerichtet, ermittelte der Staatsschutz. Als Hauptsitz des Unternehmens wurde auf Briefbögen „Alingsa's“, ein Ort an der schwedischen Westküste bei Göteborg, angegeben. In der Gemeinde existiert jedoch nach Angaben der Sicherheitsbehörden keine Firma, wie sie der Ingenieur in der Bundesrepublik angeblich vertreten hat. Außer Spezialisten des Bundeskriminalamtes untersucht die Steuerfahndung diese Konstruktion einer offensichtlichen Geheimdienstschleuse: Zahlte der Ingenieur Steuern und in welchem Land?

Dem gebürtigen Deutschen mit schwedischem Paß wird vorgeworfen, nicht nur Unterlagen über Rüstungsgüter, die Embargobestimmungen unterliegen, an den „DDR“-Geheimdienst weitergeleitet zu haben. Er soll auch Güter, die unter anderem für Funkanlagen vor allem im militärischen und nachrichtendienstlichen Bereich benötigt werden, in den Ostblock transportiert haben. Lediglich mit einem Briefbogen und dem Aufdruck einer schwedischen Firmenadresse sei es dem mutmaßlichen Firmenvorstand des Staatssicherheitsdienstes gelungen, in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland sogar jene mikroelektronischen Bauelemente zu erhalten, die für Militärs und Geheimdienste im Sowjetblock von großer Bedeutung sind. Sicherheitsexperten zogen aus den Ermittlungen, die noch nicht abgeschlossen sind, bereits den Schluß, gerade dieser Spionagefall könne beweisen, daß es bei den betroffenen Herstellern keine ausreichenden oder nicht genügend beachteten Sicherheitsbestimmungen gebe.

Rasch: Mißverständnis und Fehlinterpretation

„Keine Anerkennung Ost-Berlins als Hauptstadt“

HANS-R. KARUTZ, Berlin

FDP-Landeschef Walter Rasch, zugleich engster Koalitions-Vertrauter des Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen, hat gestern Mißverständnisse und Interpretationen über seine angebliche Forderung nach Anerkennung Ost-Berlins als „DDR“-Hauptstadt aufgeklärt und ausgeräumt. Rasch sprach von einer „Fehlmeldung“ von dpa. Rasch bekannte sich nachdrücklich zum weiterhin gültigen Viermächtestatus für ganz Berlin. Tatsache und von westlicher Seite „nicht zu ändern“, sei hingegen, daß die „DDR“-Ost-Berlin als ihre Hauptstadt „etabliert“ habe.

Der Landes- und Fraktionsvorsitzende, wichtigste Stütze des CDU-Minderheitsensatzes unter Richard von Weizsäcker und Zimmermann der CDU/FDP-Koalition an der Spree, war am Montag in sämtlichen deutschen Medien, wenngleich nicht in der „DDR“, mit der aufsehenerregenden Meldung zitiert worden, er habe zur Anerkennung des Ostteils der Stadt als Hauptstadt der „DDR“ geraten und gefordert, dies als „Realität“ anzuerkennen. Im Gespräch mit der WELT sagte Rasch gestern: „Dies ist eine Fehlinterpretation und ein Mißverständnis. Ich bin doch nicht töricht. Die Statusfragen Berlins beherrsche ich schließlich notfalls im Schlaf.“

Rasch hatte sich, wie die WELT berichtete, am Montag in Bonn im Beisein des Genscher-Vertrauten und FDP-Sprechers Herbert Schmilling zu deutschlandpolitischen Vorstellungen der Berliner FDP geäußert.

Offene deutsche Frage

„Bei dieser Gelegenheit stellte mir ein Journalist die Frage, was ich zum Problem eines Kohl-Besuchs in Ost-Berlin zu sagen hätte. Daraufhin habe ich klar und deutlich erklärt, daß dies nur unter der Voraussetzung möglich sei, daß sich Ost-Berlin und Bonn vorher unmißverständlich darüber einig seien, daß dies zu keinen negativen statusrechtlichen Konsequenzen für Gesamt-Berlin führen dürfte. Wir beanspruchen nach wie vor – und das ist die existentielle Grundlage Berlins und West-Berlins vor allem – daß der Viermächtestatus der Stadt unangestastet fortbesteht.“ Nur deshalb kön-

nen „wir mit Recht von der offenen deutschen Frage sprechen“.

Rasch faßte seine Position auf Rückfrage der WELT nochmals zusammen, nachdem seine Korrektur der dpa-Meldung wegen des Wahlkampf-Engagements des FDP-Politikers im westfälischen Paderborn offenbar nicht ausreichend durchgedrungen war:

1. Ich habe festgestellt, daß die DDR aus ihrer Sicht Ost-Berlin als Hauptstadt etabliert hat. Das ist nicht schön, aber wir können daran nichts ändern. Ich habe ferner darauf hingewiesen, daß die Bundesrepublik von Bonn aus und die DDR von Ost-Berlin aus regiert wird. Das sind Fakten. Zudem haben die westlichen Alliierten auf dem Gebiet des Ostsektors Botschaften eingerichtet, allerdings mit dem Zusatz, bei der DDR, nicht Berlin. Die westlichen Botschaften verkehren mit dem DDR-Ministerrat, und sie schicken dazu keine Briefauten.

Haltung der Berliner FDP

2. Aus meinen Worten ist nicht im geringsten zu schließen, ich hätte eine Anerkennung oder Akzeptierung Ost-Berlins als Hauptstadt der DDR gefordert.

3. Ich habe mich ausdrücklich gegen die Anerkennung einer eigenen DDR-Staatsbürgerschaft ausgesprochen, weil der Verzicht auf die eine deutsche Staatsbürgerschaft die Frage nach dem Status der West-Berliner herausfordern würde.

4. Ich habe lapenrein die Haltung der Berliner FDP zu diesen Fragen wiedergegeben.

Noch am Montag nachmittag hatte Senatssprecher Winfried Fest nach Rücksprache mit Diepgen – er selbst nahm nicht Stellung – die Rasch-Meldung ohne Prüfung des tatsächlichen Kerns kritisch kommentiert: „Einer, der in der Deutschlandpolitik so sehr an praktischen Lösungen orientieren als am Versuch, klare Rechtspositionen zu diskutieren.“ Bürgermeister Heinrich Lummer (CDU) warnte auch nach Aufklärung der Mißverständnisse auf Anfrage der WELT: „Es ist jetzt die denkbar schlechteste Situation, über Statusfragen Berlins zu reden.“

Verliert Andreotti Parteiamt?

CSU dringt auf Ablösung als Vorsitzender der Europäischen Christdemokraten

DW, Bonn

Die Auseinandersetzung um den italienischen Außenminister Andreotti hat sich nach dessen „Klarstellungen“ zur deutschen Frage auf eine andere Ebene verlagert: Die CSU-Landesgruppe im Bundestag hält es für nicht mehr tragbar, daß Andreotti Vorsitzender der Europäischen Union der Christdemokraten (EUCD) bleibt. Theo Waigel, Landesgruppenchef, forderte gestern öffentlich die Ablösung des Italieners von seinem europäischen Parteiamt.

Waigel nannte Andreotti einen Vertreter des „historischen Kompromisses“; deshalb verwundere es auch nicht, daß er ausgerechnet vor einem kommunistischen Forum mit seinen umstrittenen Bemerkungen über das Ziel der deutschen Wiedervereinigung politische Freunde und Bündnispartner desavouiert habe. Als erfreulich, für Andreotti allerdings beschämend, nannte der CSU-Politiker die Reaktionen der Außenminister Dänemarks und Großbritanniens, die sich durch klare Stellungnahmen zum deutschen Wiedervereinigungsgebot von ihrem italienischen Amtskollegen distanzieren hätten.

Kai-Uwe von Hassel, früherer Bundestagspräsident und stellvertretender

Vorsitzender der EUCD, äußerte ebenfalls Zweifel daran, ob Andreotti im Führungsamt noch tragbar sei. Bei einer Begegnung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU und evangelikalen Journalisten nannte es von Hassel unerträglich, daß Andreotti beispielsweise dem Grünen Abgeordneten Schily Stichworte für seine gegen die Präambel des Grundge-

Bei der Begegnung Genschers mit Andreotti am Montag in Brüssel hat der Italiener seine Version „mit keinem Wort“ erwähnt, wie aus der Umgebung des Bundesaußenministers verlautete.

Andreottis Erklärung, er habe mit seinem Pan-Germanismus-Vorwurf ausschließlich jüngste Ereignisse in Tirol gemeint, wurde von der österreichischen Regierung mit einem Fragezeichen versehen. Außenminister Leopold Gratz sprach von einem „verunglückten, aber menschlich verständlichen Versuch, gegenüber Bonn eine Rechtfertigung zu finden“. Er, Gratz, halte das „für einen Vorwand und nicht für das, was der italienische Außenminister wirklich denkt“.

SEITE 2: Andreotti's Nachbeter

setzes gerichtete Kampagne geliefert habe.

Ungeachtet der Erklärung Andreottis, er habe das langfristige Ziel einer deutschen Wiedervereinigung nicht in Frage stellen wollen, blieben auch bei der Bundesregierung erhebliche Vorbehalte gegen den italienischen Christdemokraten bestehen. Rätsel galt insbesondere die Bemerkung Andreottis während seines Saudi-Arabien-Besuchs auf, er habe ähnliche Äußerungen wie die jetzt heftig kritisierten unter anderem während der EG-Außenministerversammlung in Dublin getan, ohne daß ihm widersprochen worden sei. Bundesaußenminister Genscher hatte eine solche Darstellung von Anfang an bestritten.

„Für Bonn eine Stunde der Wahrheit“

hrk, Berlin

In einem von Erich Honecker selbst autorisierten und mit dem in diesem Falle üblichen Kürzel „A. Z.“ gekennzeichneten Kommentar richtete die SED-Spitze gestern schwere Attacken gegen Bundeskanzler Helmut Kohl. Die Reaktion der „aufgeschreckten Bonner Mannschaft“ auf die Äußerungen Andreottis sei für alle, „die sich einen gesunden Menschenverstand bewahrt haben, geradezu skandalös“. Die jüngst bekundete „nahtlose Übereinstimmung in den Auffassungen eines Herrn Dregger und des Bundeskanzlers Kohl“ seien schuld daran, daß „Selbstverständlichkeiten“ wie die Genscher Forderungen der „DDR“ noch nicht verwirklicht und damit unterlassen worden seien, „den Frieden sicherer zu machen“.

In dem mit „Stunde der Wahrheit“ überschriebenen Kommentar im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ heißt es weiter: Andreottis Feststellungen hätten offenbar „jene

in Bonn ins Herz getroffen, die sich bisher noch nicht von überlebten Schlagwörtern trennen konnten, die sich zur Zeit des kalten Krieges und der Geburtsstunde der Bundesrepublik Deutschland die Obhutspflicht für alle Deutschen anmaßen“.

Zugleich macht der von der Agitprop-Abteilung im Zentralkomitee verfaßte Kommentar deutlich, daß Ost-Berlin seine deutschlandpolitischen Forderungen künftig nachdrücklicher ins Spiel bringen will. Denn die von Andreotti aufgeworfenen Fragen seien von „eminenter Bedeutung gerade auch für die Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD“. Die unüberhörbare Warnung an Bonn aus der SED-Führungsstelle lautet:

„Man kann nicht für gute Beziehungen zur DDR sein und gleichzeitig in Aufregung geraten, wenn man hört, daß Regierungen anderer Völker dafür sind, daß es zwei deutsche Staaten gibt, daß vernünftige Bezie-

hungen zwischen ihnen dem Frieden in Europa nutzen. Für Bonn ist es die Stunde der Wahrheit.“ Erstmals sprechen die SED-Autoren auch wieder davon, die „Anerkennung“ der Realitäten sei die „Voraussetzung“ für einen Dialog.

Wie sehr die Ost-Berliner Führung zustimmende Äußerungen zu Andreotti durch Politiker in der Bundesrepublik genießt, illustrierte gestern das SED-Blatt. Auf der Titelseite wurden die Äußerungen von Egon Bahr („Drei von vier Forderungen der DDR akzeptieren“) und Otto Schily („Präambel des Grundgesetzes ändern“) abgedruckt.

Bei einem Essen für seinen bulgarischen Amtskollegen Grischka Filipow verwies der „DDR“-Ministerratvorsitzende Willi Stoph auf die weiter vorhandene Gesprächsbereitschaft Ost-Berlins. Zur Politik der friedlichen Koexistenz und des „konstruktiven Dialogs“ gebe es gerade in der zugespitzten internationalen Lage „keine vernünftige Alternative“.

Nabelschau im deutschen Bundestag

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die 520 Abgeordneten des Bundestages wollen sich heute fünf Stunden lang ausschließlich mit sich selbst befassen. Es soll um die Verbesserung ihrer Arbeit und der Präsentation des Parlaments gehen. Denn viele Volksvertreter sind unter anderem mit dem Ablauf der Debatten unzufrieden, und in der Bevölkerung wird immer wieder teilweise mit scharfer Kritik auf die häufig leeren Bänke im Plenum hingewiesen. So mußte sich der Bundestag schon zweimal in diesem Jahr für beschlußfähig erklären.

„Arbeitszeit“ der Sitzung, so Barzel, soll es sein, daß möglichst viele Parlamentarier zu Wort kommen und keiner länger als zehn Minuten spricht. Um ernsthafte Anregungen zu sammeln und einen Star zwischen den Regierungsparteien und der Opposition zu vermeiden, wird es keinen Koalitionsschwung geben. Barzel: „Es soll jeder sein Blümchen pflanzen.“ Deshalb wird er die Sitzung auch nicht vom Präsidentensessel aus eröffnen, sondern als erster von seinem Abgeordnetenplatz aus das Wort ergreifen. Während der Debatte sollen alle Vorschläge aufgeführt werden. Sie werden danach der Parlamentsspitze und dem zuständigen Ausschuß oder einer noch zu bildenden Sonderkommission zur Realisierung überwiesen.

Zu den schon bekannten wichtigsten Änderungswünschen gehört, daß ein Drittel der Debattezeit künftig „freier“ Rednern (also nicht für von den Fraktionen benannte Sprecher) zur Verfügung stehen und sogenannte Kurzbeiträge vorgezogen werden sollen. Außerdem soll mit Bundesregierung und Bundestag vereinbart werden, daß diese von ihrem nach der Verfassung zustehenden Recht, jederzeit das Wort ergreifen zu können, sparsamer Gebrauch machen. Darüber hinaus soll die Regierung nach Kabinettsitzungen die Möglichkeit erhalten, das Parlament im Plenum direkt über Entscheidungen zu unterrichten.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365.00 per annum. Distributed by Cernan Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood Cliffs, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



Im Zeichen des Tigers steht internationale Handelsfinanzierung auf festen Füßen.

Der Tiger ist das Symbol von Malayan Banking, Malaysias größter Bankengruppe. Wir besitzen die Stärke und Größe für die reibungslose Abwicklung internationaler Handelsfinanzierung. Mit der Durchführung großer staatlicher Finanzierungsgeschäfte haben wir uns einen Namen gemacht. Das gibt uns die Erfahrung und die Möglichkeiten, Ihnen einen erstklassigen Außenhandelservice zu bieten – Dokumen-

INGESAMT ÜBER 6,6 MILLIARDEN U.S.\$ AKTIVA
ÜBER 180 ZWEIGSTELLEN IN MALAYSIA UND IM AUSLAND
ÜBER 1,5 MILLIONEN KONTOINHABER
DIE GRÖSSTE BANKENGRUPPE IN MALAYSIA
SIE UMFASST GESCHÄFTS- UND MERCHANTBANKEN, FINANZIERUNGS-, LEASING- UND VERSICHERUNGSGESELLSCHAFTEN

MALAYAN BANKING BERHAD
Malaysias größte Bankengruppe

tenakkreditive und Inkassi, Wechselgeschäfte und Garantien. Unsere Außenhandelspezialisten haben ständig Kontakt zu den wichtigsten internationalen Handelszentren, zu einem weitreichenden Netz von Filialen in Hongkong, London, Hamburg und Korrespondenzbanken in aller Welt.

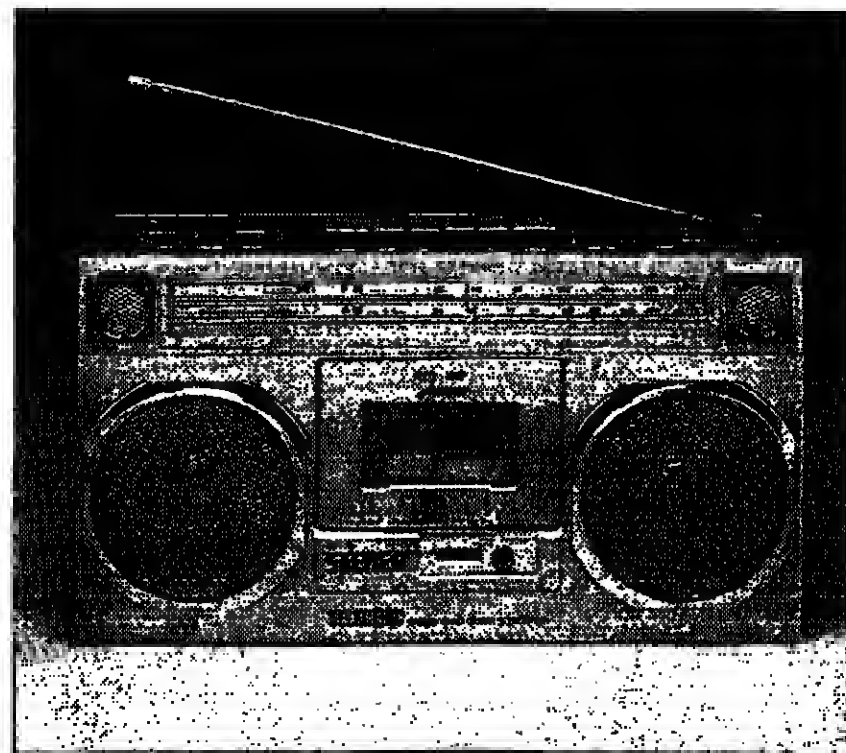
Wir sagen Ihnen gern, wie wir Ihre Wünsche erfüllen können. Bitte sprechen Sie mit uns.

Malayan Banking Berhad - Niederlassung Hamburg
Ballindamm 13 - 2000 Hamburg 1
Telefon: (0 40) 30 80 02-0 - Telex: 2 13 049
Geschäftsleitung: Dr. jur. E. A. Bleibbaum - Kurt B. Stahl

Das WELT-Angebot:

Eine attraktive Dankeschön-Prämie,

wenn Sie der WELT einen neuen Abonnenten vermitteln.



Stereo-Radio-Recorder

MW und UKW, Stereo/Mono-Schalter, Recorder mit Bandzählwerk, 2 eingebaute Mikrophone, Netz- und Batteriebetrieb, Kopfhörerbuchse

Sie erhalten diese attraktive Prämie, wenn Sie der WELT einen neuen Abonnenten vermitteln. Sprechen Sie mit Ihren Freunden und Bekannten über die WELT, über ihre Aktualität, ihre Vielseitigkeit, ihre weltweite Sicht. Sicherlich werden Sie den einen oder anderen für die WELT gewinnen.

Hinweise für den Vermittler: Wenn Sie der WELT einen neuen Abonnenten vermitteln, können Sie unter zahlreichen Prämien wählen. Unsere Vertriebsabteilung informiert Sie gern über alle Einzelheiten. Für Eigenbestellungen, Werbung von Ehepartnern oder in wirtschaftlicher Gemeinschaft lebenden Personen sowie für verbriefte Studenten, Schüler- und Bundeswehr-Abonnements kann keine Prämie gewährt werden.

Hinweis für den neuen Abonnenten: Der monatliche Bezugspreis der WELT beträgt DM 25,60 (Ausland 35,00; Luftpostversand auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen. Sie haben das Recht, Ihre Abonnements-Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum gerechnet) schriftlich zu widerrufen bei:

DIE WELT

UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36, Telefon: 347-45 56

An: DIE WELT, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bestellschein

Ich habe für die WELT einen neuen Abonnenten gewonnen:

Bitte schicken Sie mir als Prämie

☐ den Stereo-Radio-Recorder

☐ Bitte schicken Sie mir Ihren Katalog, damit ich mir eine Prämie aussuchen kann

Name des Vermittlers: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Datum: _____

Unterschrift des Vermittlers: _____

Ich erhalte die Prämie, sobald das erste Bezugsheft für dieses neue Abonnement eingegangen ist.

Ich bin der neue WELT-Abonnent.

Bitte liefern Sie mir die WELT zum nächstmöglichen Termin für mindestens 24 Monate. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 25,60 (Ausland 35,00; Luftpostversand auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name des neuen Abonnenten: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Datum: _____

Unterschrift des neuen Abonnenten: _____

Ich war in den letzten 6 Monaten nicht Abonnent der WELT.

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum gerechnet) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift des neuen Abonnenten: _____

Wirtschaftsförderung soll kein Stiefkind mehr sein

Von UWE BAHNSEN

Als Bürgermeister Klaus von Dohnanyi kürzlich gefragt wurde, wann er denn wohl mit sichtbaren Erfolgen bei der „Stärkung des Wirtschaftsstandortes Hamburg“ rechnen, meinte der Regierungskonzeptionschef mit bemutetem Optimismus: „Die gibt es schon“ und verwies sogleich auf das „Beispiel“ eines großen Möbelunternehmens, das aus Kalkül in die Hansestadt umziehen wolle. Selbstbewusst beschied der Bürgermeister den Fragesteller: „Hamburg siedelt jedes Jahr eine ganze Reihe neuer Unternehmen an.“

Dohnanyis Antwort hatte ein parlamentarisches Nachspiel. Der CDU-Bürgerrechtsabgeordnete Ove Franz wollte vom Senat wissen,



Landesbericht
Hamburg

wann das bewußte Möbelhaus seinen „Standortwechsel“ beschloss habe, und wie die Wanderungsbilanz der Firmen von und nach Hamburg aussehe. Die Antwort der Rathausregierung liegt inzwischen vor und läßt Dohnanyi nicht sonderlich gut aussehen: Ob die Möbelmanager in Kalkül ihren Zelte abbrechen und auf hamburgischem Territorium wieder aufschlagen, steht dahin, denn noch verhandelt man. Und was die Bilanz der „Betriebs- und Arbeitsplatzverlagerungen von und nach Hamburg“ angeht, so sind die Zahlen für den Bürgermeister und seine Senatsrunde alles andere als erhellend: Es entscheiden sich mehr Firmen gegen als für die Hansestadt – in den drei Jahren von 1981 bis 1983 exakt 315 im Gegensatz zu 2436 Arbeitsplätzen. Demgegenüber siedelten sich nur 163 Firmen mit 693 Arbeitsplätzen in Hamburg an.

Für den Senat, aber auch für die Handelskammer und die Gewerkschaften sind diese Zahlen so bitter, weil sie die schlechende Ausdehnung der Wirtschaftsmetropole Hamburg belegen, die seit vielen Jahren stattfindet. Jetzt endlich hat sich der Senat, dem Beispiel anderer Bundesländer folgend, zur Gründung einer privatrechtlich organisierten Wirtschaftsförderungsgesellschaft aufgerufen, die am 1. November ihre Tätigkeit aufnehmen soll – eine GmbH, an der die Stadt mit 31 Prozent beteiligt ist. Weitere 20 Prozent hält die Hamburgische Landesbank. Gesellschafter sind überdies die Handelskammer, die Handwerkskammer und mehrere Banken und Sparkassen mit vorwiegend regionalem Zuschnitt, die zwar untereinander konkurrieren, aber im Hinblick auf Wirtschaftsförderung in Hamburg unisono die Auffassung vertreten: So wie bisher, geht es nicht weiter.

Gegen solche Kritik, die mit mancherlei Beispielen belegt werden kann, suchte sich die Rathausregierung diese Tage in einer Mitteilung an die Bürgerschaft mit dem eher matten Hinweis zu verteidigen, „auch bisher“ habe der Senat „mit Nachdruck Wirtschaftsförderung betrieben“, man könne „auf bedeutende Erfolge zurückblicken“, und das sei „für andere Großstädte beispielgebend“ gewesen.

Abhilfe soll nun die neue Gesellschaft schaffen, die einen Finanzbedarf von jährlich rund vier Millionen Mark haben wird. Als Geschäftsführer möchte die Stadt „eine hochrangige Persönlichkeit aus der Wirtschaft mit Erfahrungen im produzierenden Bereich“ gewinnen. Auch die engeren Mitarbeiter dieses Managers wünscht sich der Senat aus der Wirtschaft, und zwar „mit langjährigen Erfahrungen in Unternehmensleitungen“.

Das wird auch dringend nötig sein, denn das Feld, das es zu beackern gilt, ist steinig. Der Senat selbst ist sich über die „restriktiv wirkenden Probleme“ völlig im klaren: Die Konkurrenzsituation zwischen Industrie- und Gewerbebetrieben einerseits, Wohnbedürfnissen und Grünanlagen andererseits; das gestiegene Umweltbewußtsein und die erhöhten Umweltschutzanforderungen; höhere Nebenkosten für Ver- und Entsorgung und höhere Gewerbesteuer im Vergleich zum Umland.

Das gilt für jeden Ballungsraum; die Antworten freilich, die bislang speziell Hamburg auf diese Fragen und Herausforderungen gegeben hat, waren gewiß geeignet, unternehmerische Entscheidungen zugunsten der Stadt eher zu demotivieren.

„Rot-Grün – ein Verhängnis für die Saar“

Ministerpräsident Werner Zeyer zu Gast bei der WELT / Lob für die FDP, aber keine Leihstimmen

GEORG BAUER, Bonn

Der Realitätsinn seiner Landsleute ist nach Meinung des saarländischen Ministerpräsidenten sein größtes Kapital. „Ich halte es für höchst unwahrscheinlich“, so erklärte Werner Zeyer angesichts der kommenden Landtagswahl am 10. März bei einem Besuch in der WELT-Redaktion, „daß sich die Saarländer eine Koalition links von der Mitte wünschen.“ Und, um die Politik seines Gegners im Kampf um das Amt des Ministerpräsidenten, des Oberbürgermeisters von Saarbrücken, Oskar Lafontaine, gleich festzumachen, fuhr Zeyer fort: Wenn Jo Leinen und Otto Schily für Ministerposten in einem Kabinett Lafontaine ins Gespräch gebracht werden, weiß man, welchen Kurs Lafontaine steuern wird.

Eine rot-grün gefärbte Politik aber, so ließ der 55jährige Landesvater durchblicken, wäre ein Verhängnis für die arg gebeutelte Wirtschaft des kleinen Bundeslandes der südwestlichsten Ecke der Bundesrepublik Deutschland.

Als Beispiel verwies Zeyer auf Saarbrücken, wo seit den jüngsten Kommunalwahlen im Juni die Grünen das „Zünglein an der Waage“ seien. Der im Zuge des Saarausbaus für die Wirtschaft dringend benötigte Hafen in der viertgrößten Stadt des Saarlandes, für dessen Bau sich die SPD

einst stark gemacht hat, werde nun nach dem Einzug der Grünen in Kreistag und Stadtrat verzögert. Zeyer: „Hier versuchen wir, die SPD zum Schwur zu bringen.“ Es zeige sich, daß sich das anbahne, was sich in Hessen bereits ablesen ließe.

Hart attackierte der Ministerpräsident seinen Herausforderer, als er eine Charakterstudie Lafontaines entwarf. Dieser sei, so sagte Zeyer, im Grunde seines Herzens ein Demagoge, dem jedes Mittel recht sei, die Stimmung bei den Leuten zu entfachen. Mit Blick auf den früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt, der besonders in sicherheitspolitischen Fragen mehr als einmal die beßende Kritik eines Lafontaines zu spüren bekommen hatte, erklärte der Ministerpräsident, Lafontaine habe sich ohne Rücksicht beispielsweise auf Kosten der eigenen Parteifreundschaft im übrigen glaube er nicht, daß sein Gegenspieler das Stehvermögen habe, „das man in der Politik braucht, um in schwierigen Zeiten Dinge durchzusetzen“.

Lobende Worte fand Zeyer hingegen für seinen Koalitionspartner FDP. Die um parlamentarische Überleben kämpfenden Freidemokraten sollen von der CDU allerdings keine Leihstimmen erhalten. Zeyer: „Die FDP muß sich als Kraft selbst durchsetzen können.“ Gleichzeitig

ließ er wissen, daß die FDP-Wähler im Saarland mehr als 80 Prozent konservativ-liberal seien, und man daher nicht ausschließen könne, daß potentielle CDU-Wähler zum Koalitionspartner abwanderten.

Im übrigen sei er aber davon überzeugt, daß die FDP dank der guten Figur, die der neue Wirtschaftsminister Horst Rehberger im Kabinett mache und dank der soliden Arbeit, die Rosemarie Scheuren in ihrem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung leiste, die Fünf-Prozent-Hürde schaffen würde.

Wenn auch nicht rosarot, so malte der Ministerpräsident die Zukunft seines größten Sorgenkindes, des Stahlkonzerns Arbed Saar, doch in hoffnungsfrohen Farben. Noch einmal versicherte er, daß ohne die Rettungsaktionen von Bund und Land durch Subventionen und Bürgschaften in einer Höhe von mehr als drei Milliarden Mark das Saarland vor dem Ruin gestanden hätte. Doch seien dank der Sanierungsmaßnahmen mittlerweile Voraussetzungen geschaffen, die eine reelle Chance böten, in absehbarer Zeit schwarze Zahlen zu schreiben.

Im übrigen aber bemühe man sich mit Unterstützung des Bundes, der in den kommenden drei Jahren eine Strukturförderung in Höhe von 300 Millionen Mark leisten will, den mittelstän-

dischen Bereich an der Saar zu verbessern, um den Personalabbau in der Stahlindustrie aufzufangen. Erfolge seien bereits sichtbar. Hätte in den 50er Jahren noch mehr als jeder zweite Saarländer in der Montanindustrie gearbeitet, so sei der Anteil der Beschäftigten im Handwerk heute höher als der Anteil der Beschäftigten in der Eisen- und Stahlindustrie sowie im Bergbau. Allein für die weggefallenen Arbeitsplätze bei den Saarbergwerken, die in den vergangenen 20 Jahren ihre Belegschaft von 65 000 um mehr als 40 000 heruntergefahren haben, hätte Ersatz beschafft werden müssen. Unter anderem bemühe man sich durch eine Gewichtsverlagerung an der zur Zeit noch geisteswissenschaftlich ausgerichteten Universität von Saarbrücken auf den naturwissenschaftlichen Bereich und durch ein sogenanntes Industrieflächen-Recycling um einen Aufbruch der moostunkurrierten saarländischen Wirtschaft.

Hilfe im Wahlkampf wird Zeyer aus Bonn erhalten. Getreu nach dem Motto „Bund und Land – Hand in Hand“ hat Bundeskanzler Helmut Kohl seinen Freund Wahlkampfhilfe versprochen. Schließlich hätte, so sieht es wohl auch der Bundeskanzler, eine gewählte Regierung links von der Mitte Auswirkungen auf die gesamte Bundesrepublik.

Kooperation mit Bulgarien geht weiter

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Trotz der Besuchsabgabe des bulgarischen Staats- und Parteichefs Todor Schiwkow fand gestern planmäßig die achte Tagung der deutsch-bulgarischen Gemischten Kommission für wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit statt. Die bulgarische Delegation wurde dabei von Außenhandelsminister Christo Christov geleitet. Bundeswirtschaftsminister Bangemann erklärte, der Bundesregierung liege angesichts der verschlechterten Ost-West-Beziehungen mehr denn je daran, „die in Handel und wirtschaftlicher Kooperation wirksamen positiven Elemente des Interessenausgleichs und vertieften Dialogs für eine auf Kontinuität und Berechenbarkeit gegründete Gestaltung der Gesamtbeziehungen nutzbar zu machen“.

Seit 1982 hat sich der Handel zwischen Bulgarien und der Bundesrepublik auf rund 1,7 Milliarden Mark stabilisiert. Das Defizit Bulgariens von mehr als 800 Millionen werde teilweise durch Einnahmen aus dem Tourismus und aus Transportleistungen ausgeglichen. Die Zahl der industriellen Kooperationsvereinbarungen ist auf 80 gestiegen.

„Rogers angetan von Rüstungsplanung“

dpa, Greifling

NATO-Oberbefehlshaber Bernard Rogers ist von der Rüstungsplanung der Bundeswehr „sehr angetan“. Nach einer Zusammenkunft mit Rogers in Greifling teilte Bundesverteidigungsminister Wörner mit, er habe den US-General über die Grundzüge der Planungen für die künftige waffentechnische Ausstattung der deutschen Streitkräfte eingehend ins Bild gesetzt. Über Einzelheiten, wie die Bundeswehr die Personalprobleme im nächsten Jahrzehnt bewältigen werde, habe er Rogers noch nichts Näheres mitteilen können, weil die Entscheidungen darüber erst Anfang Oktober fallen werden. Wörner wies darauf hin, Rogers sei auch schon von Generalinspekteur Wolfgang Altenburg über die Bundeswehrpläne unterrichtet worden. Besonders habe er sich mit dem NATO-Oberbefehlshaber auch darüber unterhalten, was die NATO zur Stärkung der konventionellen Kampfkraft im nächsten Jahrzehnt benötige.

„SPD in Bayern ist nicht zeitgemäß organisiert“

Rothemund: Die drei Bezirke sollten in einem Landesbezirk aufgehen / „Wieder einmal tobt ein Hausstreit“

PETER SCHMALZ, München

„Bayerns Sozialdemokraten haben wieder einmal ein Thema“, schreibt der Nürnberger SPD-Bundestagsabgeordnete Egon Lutz im Pressedienst der bayerischen SPD-Bundesparlamentarier. Doch was wie eine Erfolgsmeldung klingt, erfüllt den fränkischen Politiker nach eigenem Eingeständnis „mit Seufzen“, denn: „Wieder einmal tobt ein Hausstreit.“ Der Vorwurf von Lutz an seine Genossen zwischen Hof und Garmisch: Anstatt im Ringen mit dem politischen Gegner Profil zu gewinnen und sich „wieder in die große politische Debatte einzuschalten“, quält sich der Landesverband neuerdings mit einer internen Kontroverse über die Parteiorganisation. Lutz-Kollege Ludwig Stiegler rügt die Debatte sogar als „überflüssig wie ein Kropf“.

Ausgelöst wurde der Hauskrach durch einen fünfseitigen Brief des bayerischen SPD-Landesvorsitzen-

den Helmut Rothemund an alle Funktionäre und 120 000 Mitglieder der Bayern-SPD, in dem er feststellt, die Sozialdemokratie im Freistaat sei nicht mehr zeitgemäß organisiert, und zugleich eine tiefgreifende Reform vorschlägt: Die drei Parteibezirke Franken, Südbayern und Niederbayern/Oberpfalz werden aufgelöst, der Landesverband fungiert künftig als politisch schlagkräftiger Landesbezirk, die Unterbezirke werden räumlich den sieben bayerischen Regierungsbezirken angepaßt, und alle Landkreise und kreisfreien Städte erhalten SPD-Kreis- und Stadtverbände.

Die SPD dürfe nicht zu einer Honoratiorenpartei verkümmern, begründet Rothemund seinen Vorstoß, aus dem er sich ebenso eine Konzentration der finanziellen und personellen Kräfte vor Ort wie eine höhere politische Aktionsmöglichkeit des Landesbezirks verspricht.

Überraschung löste Rothemunds Vorschlag weniger durch den Inhalt als durch die Tatsache aus, daß sich überhaupt wieder einmal ein führender Sozialdemokrat an dieses Thema wagt, das Befürwortern bisher nur Blessuren eingebracht hat. Schon 1971 hatte der damalige Landesvorsitzende Volkmar Gabert mit Unterstützung seines damals bereits designierten Nachfolgers Hans-Jochen Vogel den Versuch unternommen, die Parteigliederungen neu zu strukturieren. Gabert zeigte sich damals ungenügend über die mangelhafte Kompetenz des Landesvorstands, der von sich aus nicht einmal ein Parteiausschlußverfahren beantragen kann. Die Initiative scheiterte am energischen Widerstand des fränkischen „Bezirksfürsten“ Bruno Friedrich, der unüberwindbaren Beistand durch seinen politischen Ziehvater Herbert Wehner erhalten hatte.

Wehner ist inzwischen von der poli-

tischen Bühne abgetreten, und Friedrich hat sich – gesundheitlich angeschlagen – aufs politische Altenteil nach Straßburg zurückgezogen. Doch Rothemunds Brief mobilisierte ihn erneut: „Mit größter Entschiedenheit“ wies er den Vorschlag des SPD-Landeschefs zurück und warf ihm vor, er habe damit in der bayerischen SPD „den größten innerparteilichen Konflikt nach dem Kriege ausgelöst“. Unterstützt wurde Friedrich dabei vor allem von Bundestagsabgeordneten wie Lutz und Stiegler, was Reformbefürworter damit begründen, daß Bundestagsmandate bisher vor allem in den drei Bezirksvorständen ausgehandelt werden.

Rothemund hielt dagegen, die Frage der Organisationsstruktur könne sich „nicht an persönlichen Interessen einzelner orientieren“, und setzte selbst ein persönliches Signal: Er werde nur noch bis 1987 Landesvorsitzender bleiben.

In zwei Tagen verdienen unsere Sparer so viel, wie die Deutschen letztes Jahr für ihre Surfausrüstungen bezahlten.

Windsurfing entwickelte sich in den vergangenen Jahren zusehends zu einem Breitensport. Über 700.000 Aktive gehen auf Seen, Kiesgruben, Flüssen und an den Küsten ihrem Hobby nach. Allein für Surfbords und Zubehör gaben die Deutschen im letzten Jahr rund 135 Mio. DM aus.

So viel verdienen unsere Sparer in knapp zwei Tagen. Denn die erfolgreichsten Wertpapiere Deutschlands bringen Tag für Tag 75 Millionen Mark Zinserträge.

Geld sollte Geld verdienen, und zwar so viel wie möglich. Pfandbriefe und Kommunalobligationen sind dazu ideal.

Denn: Sie bieten Ihnen hohe, in der Regel die jeweils höchsten Zinsen.

Sie können die für Sie passende Laufzeit aussuchen. Und Ihre Papiere von heute auf morgen zum Tageskurs verkaufen oder beliehen lassen. Ihre Bank oder Sparkasse übernimmt das für Sie.

Pfandbriefe und Kommunalobligationen werden von Hypothekenbanken, Landesbanken und anderen öffentlichen Banken ausgegeben. Sie sind nach den speziellen Vorschriften des Hypothekendarlehensgesetzes und des öffentlichen Pfandbriefgesetzes durch Hypotheken und Darlehen an die öffentliche Hand gedeckt. Es gibt sie übrigens bereits seit 1769. Wir verdanken sie dem Alten Fritz.

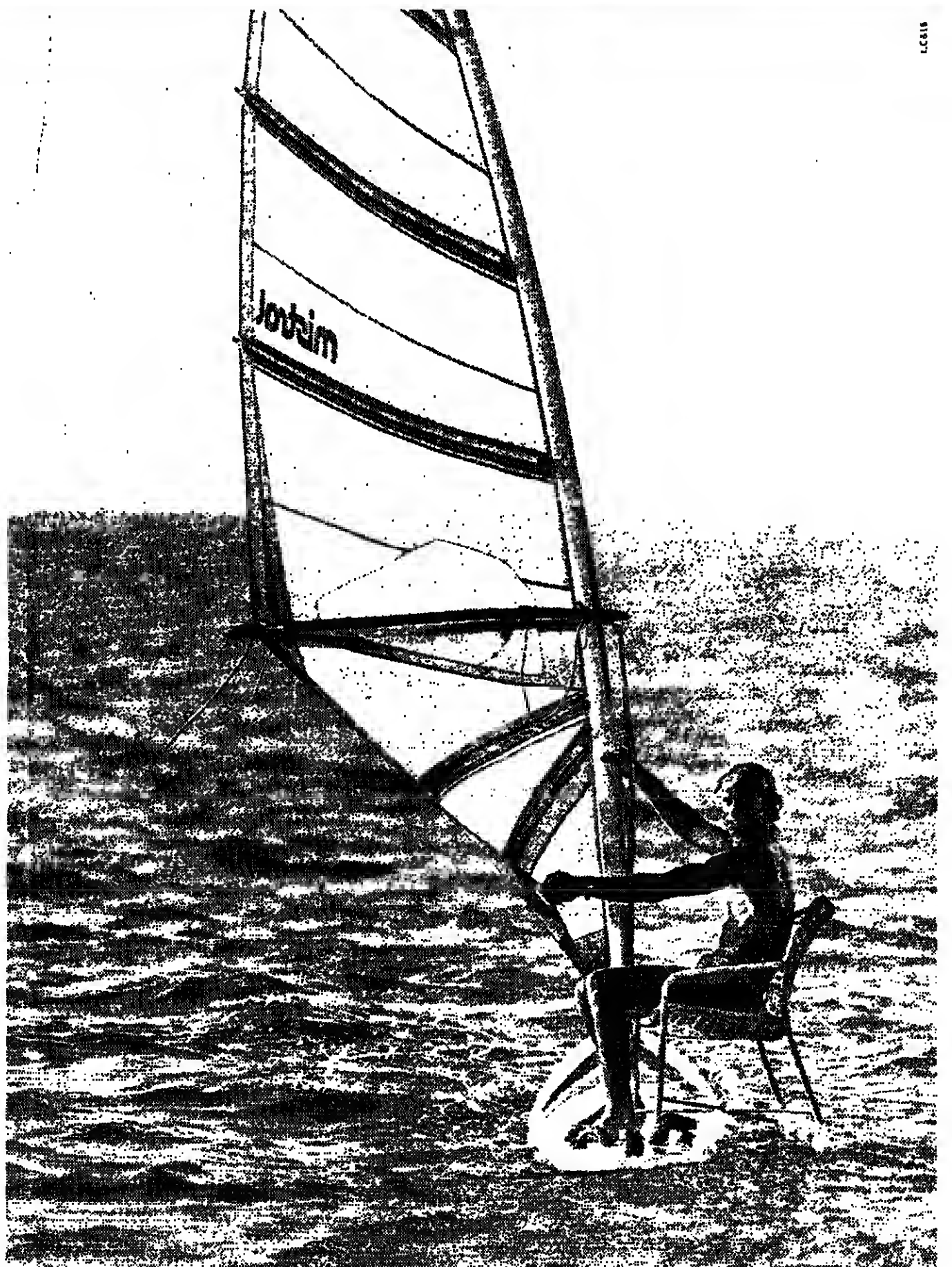
Banken, Versicherungen und Industriefirmen wissen das natürlich. Sie kauften im letzten Jahr für mehr als 90 Milliarden Mark. Und was für die Profis richtig ist, ist auch gut für den Privatanleger.

Und noch eins: Legen Sie Ihre Pfandbriefzinsen wieder in Pfandbriefen an, damit Ihr Geld noch mehr Geld verdient.

Bei allen Banken und Sparkassen.



Vertraute Sicherheit.
Pfandbriefe und
Kommunalobligationen



Die Teepausen der Briten stoppten bei Arnheim den Vormarsch der Alliierten

Von C. GRAF BROCKDORFF

Die Sonne schien heiß über den Niederlanden vor vierzig Jahren. Es war ein ungewöhnlich warmer Spätsommer mit strahlenden Tagen und dunstigen Nächten. Am 17. September hielten die westalliierten Truppen unter General Eisenhower zu einem Schlag gegen das Deutsche Reich aus, der die Beendigung des Krieges in wenigen Wochen zu versprechen schien. 100 Kilometer hinter der deutschen Front setzten die Briten und Amerikaner drei Luftlandedivisionen bei Arnheim und Nimwegen in den Niederlanden ab. Es war das größte Luftlandeunternehmen der Kriegsgeschichte und blieb es auch bis zum heutigen Tag. Das Ziel war eindeutig: Mit der Wagnahme der Brücke über den Niederrhein bei Arnheim sollte den Alliierten das Tor nach Deutschland aufgetan werden. Die Sowjets verhielten sich damals noch an der Weichsel. Der Augenblick war historisch.

Der Erfolg der Operation hing davon ab, daß es gelingen würde, das britische 30. Korps unter Generalleutnant Brian Horrocks blitzschnell von Belgien heranzuführen, um die bei Arnheim und südlich davon gelandeten Fallschirmjäger zu ersetzen. Dafür gab es nur eine einzige, oft von Sumpfen gesäumte Straße, die über nicht weniger als fünf Brücken von Eindhoven nach Norden führte. Darin lag das hohe Risiko des Scheiterns, das Feldmarschall Montgomery bei der Entwicklung seines im Kern brillanten Plans eingegangen war.

Erich von Manstein, der deutsche Feldmarschall, war in anderen Lagen ähnliche Risiken eingegangen. Hohe Risiken müsse man tragen, wenn man wisse, daß man sie meistern könne, sagte er. Montgomery konnte sie nicht meistern. Wie sich bald zeigte, hatte er eine ihm bekannte Schwäche der britischen Armee der damaligen Zeit nicht in Rechnung gestellt: Das britische Heer war methodisch, neigte zu gründlicher aber langsamer Generalstabsvorbereitung und zeigte wenig Sinn für Dynamik und schnelle Entschlüsse. An diesem Mangel scheiterte die Operation „Market Garden“, die vermutlich den Krieg sechs Monate früher beendet und möglicherweise der Nachwelt eine andere politische Karte Europas überlassen hätte.

Zermürbende Gefechte

Die britische 1. Fallschirmdivision sprang bei Arnheim fast auf den Gefechtsstand der deutschen Heeresgruppe B unter Feldmarschall Model. Dieser war ein Panzermann, der sich den Ruf erworben hatte, nie etwas anbrennen zu lassen. Er selbst organisierte sofort den Widerstand. In Arnheim wurden die britischen Fallschirmjäger in blutige und zermürbende Gefechte verwickelt, erreichten jedoch nichts. Erfolgreicher waren die 82. und 101. amerikanischen Luftlandedivisionen. Innen war es gegliedert, alle wichtigen Brücken auf der Straße nach Eindhoven in die Hand zu

bekommen. Sie auf die Brücke bei Son. Wenige Meter vor den nahenden Fallschirmjägern wurde sie von den Deutschen gesprengt.

Es sollte die Briten 36 Stunden kosten, eine Bailey-Kriegsbrücke nach vorne zu bringen und die Gardepanzer wieder in Bewegung zu setzen. Kaum war das geschehen, hielten die Deutschen am 19. September zu einem Stoß auf diese empfindliche Stelle aus. Die soeben per Eisenbahn aus dem Osten herangeführte Panzerbrigade 107 unter Oberstleutnant Freiherr von Maltzahn griff die Son-Brücke über den Wilhelm-Kanal an. Die Besatzungen der deutschen „Panther“-Kampfpanzer trauten ihren Augen nicht, als sie auf der Parallelstraße 400 Meter entfernt, die Briten auf ihren Panzern sitzen sahen, rauchend und Tee trinkend. Dort hatte man erst wieder einmal eine Pause gemacht, so wie es Oberstleutnant Reuben Tucker von der amerikanischen 82. Luftlandedivision in Cornelius Ryan's Buch über die Schlacht beschreibt: „The British stopped for tea“.

Alles umsonst

Maltzahn „Panther“ näherten sich in abenteuerlicher Fahrt auf der schmalen Kanalböschung bis auf 150 Meter der Brücke, dann wurde der erste Panzer abgeschossen. Aber nicht von den Briten, die in der Sonne dösteten, sondern von den beherzten amerikanischen Fallschirmjägern. Ihr Divisionskommandeur, Generalmajor Maxwell Taylor, nach dem Kriege US-Kommandant von Berlin, griff sich seinen Divisionsstabschef und stoppte den deutschen Angriff. Der hinter dem abgeschossenen Panzer auf der Kanalböschung stehende nächste „Panther“ konnte nur noch mit Mühe an seinem Vormarsch vorbei das nördliche Lager der Kriegsbrücke zerschleßen.

Wieder waren viele kostbare Stunden zerronnen, ohne daß den Fallschirmjägern bei Arnheim Einsatz gebracht worden wäre. Zwei Tage später griff die Panzerbrigade 107 wenig weiter nördlich den Ort Veghel an. Direkt an der Straße zwischen Eindhoven und Arnheim. Das Gefecht in Ostgärten und Wäldern dauerte von morgens bis abends, nördlich Veghel wurde die Straße erneut von den Deutschen eingenommen. Der Vormarsch des 30. Korps stand still. Am Abend sammelten die Deutschen von den Drehhähnen ihrer Panzer die Äpfel, die ihnen durch das offene Turmluk gefallen waren.

Nach neun Tagen sah Montgomery das Unternehmen auf. In dieser Zeit hatten die Alliierten 17 000 Tote und Verwundete zu beklagen, die Deutschen 2500 Tote und etwa 7000 Verwundete. Die Alliierten hatten am ersten Tag ihrer Luftlandung 4700 Flugzeuge eingesetzt, darunter mehr als 2000 Maschinen für den Lufttransport. Das britische 30. Korps führte über 20 000 Räder und Kettenfahrzeuge ins Gefecht. Es war alles umsonst. (SAD)

Mlynar warnt vor Explosionen im Ostblock

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Einen Ansturm unterdrückter sozialer Interessen gegen die erstarrte politische Struktur des „realen Sozialismus“ – das sieht Zdenek Mlynar, während des Prager Frühlings 1968 ZK-Sekretär und enger Mitarbeiter von Alexander Dubcek, in naher Zukunft für die osteuropäischen Staaten und die Sowjetunion voraus. Mlynar, der später der Bürgerrechtsbewegung „Charta 77“ beitrug und sich inzwischen im Westen als Politikologe einen Namen machte, erklärt in einer Studie unter dem Titel „Die sowjetischen Systeme nach Brezhnev“, eine wirkliche Auflösung der Widersprüche in den Ostblock-Gesellschaften sei erst dann möglich, wenn die politische Struktur sich in Richtung auf einen Pluralismus hin wandle. Die Formen dieses künftigen osteuropäischen Pluralismus würden anders sein als jene des Westens. Die sowjetischen Systeme hätten sich, so Mlynar, in den 70er Jahren konsolidiert, weil es ihnen gelungen sei, das Machtssystem der totalen Kontrolle des gesellschaftlichen Lebens mit dem Eintritt in das Konsumstadium der Industriegesellschaften zu kombinieren.

Zur gegenwärtigen Situation in den Ländern des Ostblocks schreibt Mlynar, der politische Massenterror sei durch eine systematische politisch-polizeiliche Überwachung der Gesellschaft ersetzt worden. Diese Methode ersticke kritische und oppositionelle Tendenzen im Keim. Unmittelbare Repression und Einkerkelung richte sich nur noch gegen eine kleine Gruppe von Menschen. Dies schaffe eine Atmosphäre, die für die Formierung unterschiedlicher sozialer Interessen günstiger sei als in der Stalin-Ära.

Mlynar konstatiert eine wachsende „Privatisierung“ der Menschen. Sie geben keine neuen Positionen in der französischen Sicherheitspolitik, versicherte Frankreichs Premierminister Laurent Fabius in seiner Eigenschaft als Verantwortlicher für die nationale Verteidigung Frankreichs dem deutschen Nachrichtenmagazin „Spiegel“. Die Redakteure des Blattes hatten, wie Gretchen im „Faust“, die immer wieder bohrende Frage der Deutschen nach der Solidarität der Franzosen an ihrer Seite im Falle eines Angriffes aus dem Osten gestellt, vermutlich hoffend, der neue Mann im Palais Matignon könne anderen Sinnes als seine Vorgänger sein. Dasselbe sagte Fabius am Montag morgen vor den hochkarätigen Hörern des Pariser „Institut für Hohe Studien der nationalen Verteidigung“ in einer alten neuen Regierungsschleife auferlegten Pflichtübung: Frankreichs Verteidigung bleibe national und unabhängig, denn, so Fabius, „was unser nationales Territorium und unsere vitalen Interessen angeht, kann und muß Frankreich nur auf sich selbst bauen“.

Fabius sagte dies im Vorfeld einer bemerkenswerten deutsch-französischen Solidaritäts-Aktion und sentimentalen Aussöhnungsfeier, und das gibt seinen Äußerungen einen besonderen Anstrich. Am Donnerstag und Freitag dieser Woche üben zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg deutsche und französische Einheiten, eng miteinander verflochten, auf

Englands streikende Kumpel hoffen auf einen kalten Winter

Keine Lösung des Konflikts in Sicht / Scargills Bergarbeiter-Front steht

FRITZ WIRTH, London

Seit 28 Wochen streiken nun die britischen Bergarbeiter und niemand, weder die Beteiligten noch die Ausgelieferten dieses längsten und härtesten Arbeitskampfes der britischen Nachkriegszeit, ist auch nur um ein Stück weiser. Die letzten Friedensverhandlungen brachen am Wochenende ergebnislos zusammen. Die Lösung des Konflikts scheint so fern wie am ersten Tag. Die Fronten sind eher noch härter geworden.

Der Anlaß des Streiks ist die Absicht der nationalen Kohlebehörde, 20 unwirtschaftlich gewordene Zecken zu schließen. Alle Schlichtungsversuche zwischen der Kohlebehörde und der Bergarbeitergewerkschaft scheiterten bisher an der Interpretation der Vokabel „unwirtschaftlich“.

Ersatzwort gesucht

Die Bergleute sind nicht bereit, diese Vokabel zu akzeptieren. Für sie ist die Unwirtschaftlichkeit einer Zeche kein Kriterium zur Schließung, sondern eher Anlaß zu verstärkten Investitionen, mit denen diese Zecken wieder wirtschaftlich gemacht werden sollten.

Die Kohlebehörde ist der Meinung, daß diese unwirtschaftlich gewordenen Zecken für die britische Kohleindustrie eine unakzeptable Belastung geworden sind auf dem Wege zu einer rentablen Kohleförderung. Die Kohlebehörde hat in den bisherigen Verhandlungsrunden für das Wort „unwirtschaftlich“ Ersatzvokabeln angeboten, ohne jedoch in der Sache Konzessionen zu machen. Sie wird dabei von der Regierung Thatcher unterstützt.

Seit dem Wochenende versucht die unabhängige Schlichtungsbehörde „Acas“ die festgefahrenen Fronten aufzubrechen. Ob es gelingen wird, ist höchst fraglich. Beide Seiten haben sich zwar zu Gesprächen mit „Acas“ bereitgestellt, haben jedoch zugleich wissen lassen, daß sie einen möglichen Schiedsspruch nicht akzeptieren würden.

Die Bergleute erlitten am Montag einen Rückschlag, als neun Gewerkschaften, deren Mitglieder die Kraftwerke bedienen, ausnandergingen, ohne konkrete Kampfmaßnahmen zur Unterstützung der Bergarbeiter zu beschließen. Sie haben sich lediglich zu Gesprächen mit der Bergarbeitergewerkschaft unter Leitung des britischen Gewerkschaftsdachverbandes TUC bereitgestellt. Obwohl Bergarbeiterchef Arthur Scargill dies öffentlich als einen Erfolg feierte, muß diese Zurückhaltung und mangelnde Solidarität unter seinen Gewerkschaftskollegen für ihn eine Enttäuschung sein.

Der einzige Trost für Scargill: Seine eigene Streikfront ist relativ stabil. Die von der Kohlebehörde erwartete wachsende Flut streikender Bergleute zurück zur Arbeit hat nicht stattgefunden. Im Augenblick sind von insgesamt 174 Zecken nur 42 in Betrieb.

Das ist die gleiche Zahl wie vor sechs Monaten.

Scargill und seine streikenden Bergleute setzen nun auf einen möglichst frühzeitig einsetzenden scharfen Winter, der die Kohlevorräte bei den Kraftwerken rapide schmelzen läßt. Wann dieser Krisenpunkt erreicht wird, ist unstrittig. Unabhängige Beobachter meinen, daß er im Dezember kommen wird. Energieminister Peter Walker dagegen behauptet, daß die Vorräte mindestens noch bis Februar reichen.

Bisher 2000 Verletzte

Die bisherige Bilanz dieses Streiks ist deprimierend. Der Produktionsausfall seit Oktober 1982, als die Bergleute mit einem Überstundenstopp starteten, der dann im März dieses Jahres in den gegenwärtigen Streik mündete, beträgt 44,7 Millionen Tonnen. Der Lohnausfall der streikenden Kumpel für diesen Zeitraum wird auf 4000 Pfund (etwa 15 000 DM) pro Person veranschlagt. Der Einsatz von 7000 Polizisten, die seit März dieses Jahres die arbeitswilligen Bergleute vor Attacken ihrer streikenden Kumpel schützen, hat den Steuerzahler bisher 120 Millionen Pfund (rund 460 Millionen D-Mark) gekostet. Insgesamt wurden bei diesen Konfrontationen mit der Polizei vor den Zechentoren 5000 Bergleute vorübergehend verhaftet. Außerdem gab es auf beiden Seiten bisher 2000 Verletzte.

Gemeinsames Manöver bei Verdun

Fabius: Frankreichs Freiheitsraum ist nicht identisch mit Frankreichs Grenzen

A. GRAF KAGENECK, Paris

Es gebe keine neuen Positionen in der französischen Sicherheitspolitik, versicherte Frankreichs Premierminister Laurent Fabius in seiner Eigenschaft als Verantwortlicher für die nationale Verteidigung Frankreichs dem deutschen Nachrichtenmagazin „Spiegel“. Die Redakteure des Blattes hatten, wie Gretchen im „Faust“, die immer wieder bohrende Frage der Deutschen nach der Solidarität der Franzosen an ihrer Seite im Falle eines Angriffes aus dem Osten gestellt, vermutlich hoffend, der neue Mann im Palais Matignon könne anderen Sinnes als seine Vorgänger sein. Dasselbe sagte Fabius am Montag morgen vor den hochkarätigen Hörern des Pariser „Institut für Hohe Studien der nationalen Verteidigung“ in einer alten neuen Regierungsschleife auferlegten Pflichtübung: Frankreichs Verteidigung bleibe national und unabhängig, denn, so Fabius, „was unser nationales Territorium und unsere vitalen Interessen angeht, kann und muß Frankreich nur auf sich selbst bauen“.

Fabius sagte dies im Vorfeld einer bemerkenswerten deutsch-französischen Solidaritäts-Aktion und sentimentalen Aussöhnungsfeier, und das gibt seinen Äußerungen einen besonderen Anstrich. Am Donnerstag und Freitag dieser Woche üben zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg deutsche und französische Einheiten, eng miteinander verflochten, auf

französischem Boden die gemeinsame konventionelle Abwehr eines Angriffs aus dem Osten. Und zwar auf geschichtsträchtigem Boden, in der lothringischen Ebene östlich der Hügellinie von Verdun, da, wo einst die Väter der Panzermänner und Panzergranadiere im Kampf Mann gegen Mann Ströme von Blut vergossen. Diesmal „kämpfen“ Deutsche und Franzosen Schulter an Schulter gegen einen gemeinsamen Feind.

Das ganze Manöver soll, so wollen es die Planer in Paris und Bonn, weniger die längst geübte Zusammenarbeit auf Kompanie- und Bataillonebene drillen als der Bevölkerung an Maas und Mosel zeigen, wie grundlegend der Wandel im Verhältnis der beiden Völker eingetreten ist. Das ganze mündet übrigens in einer feierlichen gemeinsamen Totenehrung auf den Schlachtfeldern von Vaux und Douaumont vor François Mitterrand und Helmut Kohl.

In der dünnen Luft der politischen Strategie aber heilt es bei den von Charles de Gaulle vor 25 Jahren gesetzten Maximen für die Sicherheit Frankreichs. „Eine überwiegende Anzahl von Franzosen gleich welcher politischen Familie akzeptiert das fundamentale Konzept der atomaren Abschreckung“, sagte Laurent Fabius seinen Hörern. Atomare Abschreckung lasse sich nun einmal nicht teilen, müsse national sein, könne nur von einem Mann, dem Präsidenten der Republik, entschieden werden, könne nur Frankreich schützen

und nicht als „atomare Garantie“ auf jemand anderen ausgedehnt werden. Das, so Fabius, müßte die NATO für die Deutschen besorgen.

Der Regierungschef sprach in Paris aber auch von der „Solidarität mit unseren Alliierten“, dem „zweiten Bein unserer Sicherheit“, denn „Unabhängigkeit ohne Konzessionen“ und „Solidarität mit den Alliierten“ seien komplementär. Von der Kohäsion der Atlantischen Allianz hänge die Sicherheit Europas, also auch Frankreichs, ab. Frankreich habe die Allianz nie verlassen, betonte Fabius, und brauche deshalb auch nicht in sie „zurückzukehren“ (in Wahrheit nahm die Gaule sein Land 1966 aus dem integrierten Militärapparat des Bündnisses heraus, in den es de facto nie zurückkehrte). Aber Fabius hatte ein besonderes Wort für den deutsch-französischen „strategischen Dialog“. Er bezeichnete ihn als „historisch“. Und er erwähnte, wie vor ihm wiederholt sein Verteidigungsminister Heranu, die Aufstellung einer „schnellen Eingreiftruppe“ in Ostfrankreich sowie die Neugliederung des 3. Armee-Korps in Nordafrika (zusammen etwa 100 000 Mann) als Zeichen für den Willen Frankreichs, an der Seite der Alliierten und Freunde „die vitalen Interessen Frankreichs“ auch jenseits der Grenzen des Landes zu verteidigen. Fabius sprach vom „Freiheitsraum“ Frankreichs, der in seiner Vorstellung offenbar nicht identisch ist mit den Grenzen des nationalen Territoriums.

Bitow tritt in Moskau als „Held“ auf

FRIED H. NEUMANN, Moskau

Der aufrechte Sowjetmensch Oleg Bitow, von westlichen Geheimdiensten vor einem Jahr brutal aus Italien nach England verschleppt, ist als Zeitreisender ganz normal nach Moskau zurückgekehrt. Vor drei Wochen kaufte er sich in London ein Ticket und flog in die geliebte Heimat zurück. Listig war es ihm nämlich gelungen, das Vertrauen seiner Entführer und Drangsalierer zu gewinnen, so durch mehrere Verleumdungen, die ihn als Verräter an der Sowjetunion erscheinen ließen.

Keine Gewaltandrohungen, keine noch so ausgefeilten Druckmittel sind in der Lage, einen sowjetischen Menschen auf die Knie zu zwingen, trümpfte der Held dieser abenteuerlichen Erzählungen gestern in Moskau vor der Presse auf. Der wortgewandte 52-jährige Journalist Bitow hielt sich dabei sicherheitshalber an einen zehnzeiligen Text, den er Wort für Wort rasch herunterlas. Mit bitterer Anklage in der Stimme und entschlossen um einen souveränen Eindruck bemüht, schilderte er sich als Kriegsgefangenen eines unerklärlichen Krieges westlicher Geheimdienste gegen die Sowjetunion.

Die Wochenzeitung des sowjetischen Schriftstellerverbandes, „Literaturnaja Gazeta“, hatte ihren Abteilungsleiter für Auslandskultur im September vorigen Jahres zu den Filmfestspielen nach Venedig reisen lassen. Dort sei er eines Nachts mit einem „furchterlichen Schlag ins Genick“ überfallen und durch „psychotrope Spritzen“ tagelang halb bewußlos gehalten worden. Erst nach einer Woche will das Opfer in einem Hotel bei London wieder zu Verstand gekommen sein, hat aber vorher seine Peiniger, das Alltags-Flugzeug und einen falschen britischen Paß klar erkannt, der ihn als David Lock ausgab. Man bedenke: „Locked“ heißt der „Eingesperrte“.

Bitow bezeichnete die Erklärung, mit der er seine Flucht in den Westen begründete, als „ein Machwerk, das vollständig vom britischen Geheimdienst stammte“. Offener Widerstand sei so wenig in Frage gekommen wie Kapitulation: „Ich tat so, als sei ich zur Zusammenarbeit bereit.“ Ein solches Doppelspiel garantiere keineswegs den Erfolg, „hat aber, wie Sie sehen, manchmal ein glückliches Ende“.

Von diesem Glück schien Oleg Bitow nicht übermäßig erfüllt zu sein, obwohl er es als vollen Unmut zurückwies. daß er weder freiwillig noch allein zurückgekehrt sein könnte. Die Einladung, mit der er Frau und Kinder zu sich nach England holen wollte, versuchte er als raffinierte Kriegslist auszugeben: Er habe gewußt, daß er längs in Moskau sein werde, bevor eine Familienzusammenführung möglich wäre.

Es bleibt ihm noch zu erklären, warum er sich so lange im Westen aufhielt, obwohl er nach eigenem Eingeständnis volle Bewegungsfreiheit genöß. Darüber wird er in einem Buch und in der „Literaturnaja Gazeta“ das Richtige sagen. Seine zahlreichen kritischen Äußerungen über die Kulturpolitik der Sowjetunion, mit denen er im Westen seinen Absprung begründet hatte, sprechen eine andere Sprache.

Aktiver als die Marktführer es mögen:

In aller Welt gibt es heute erfolgreiche Elektronikfirmen. Trotzdem entfallen 50% unseres Halbleiterumsatzes auf den Export.

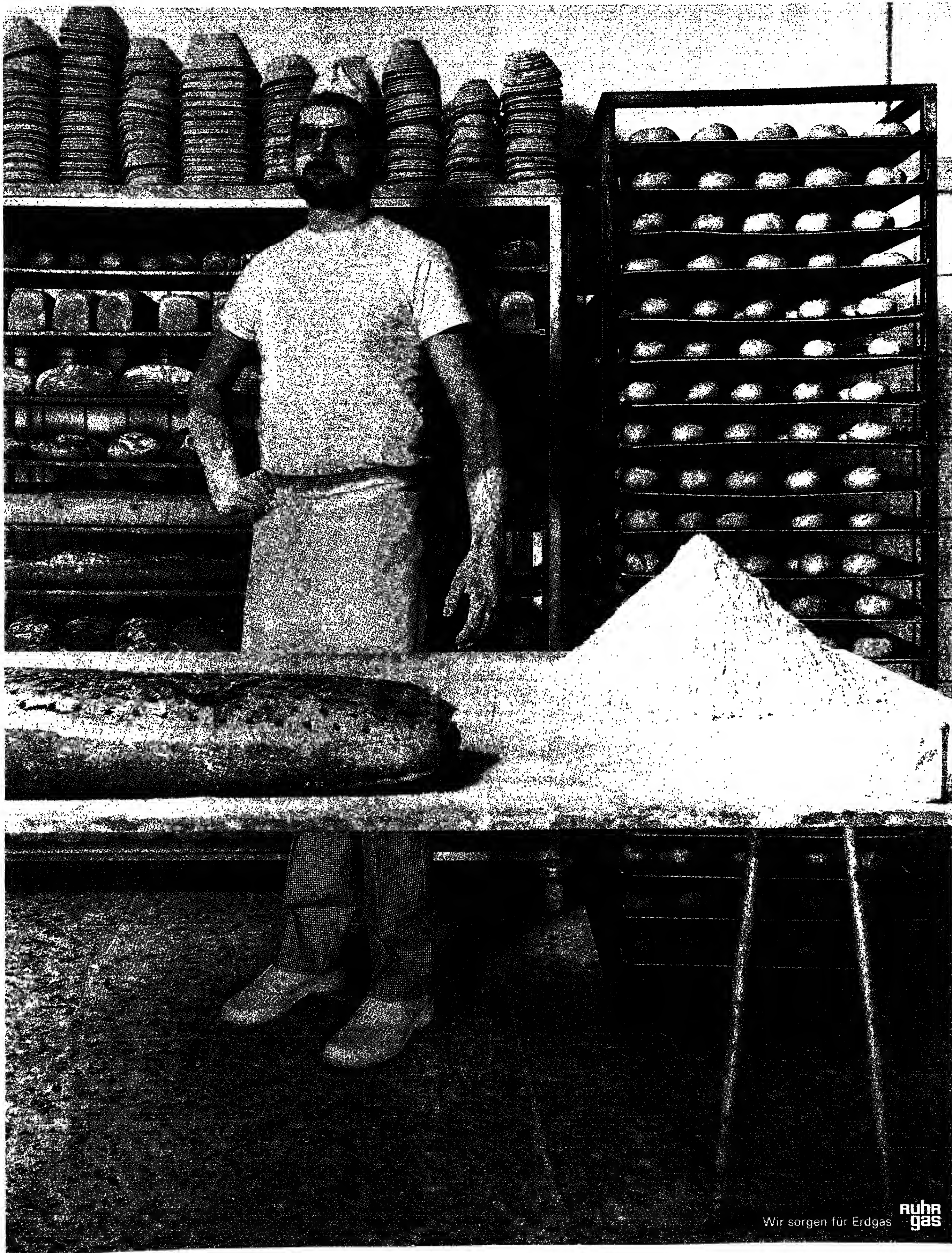
TELEFUNKEN electronic ist ein Tochterunternehmen von AEG-TELEFUNKEN und der United Technologies Corporation (UTC). Diese Kooperation gewährt unserem Unternehmen jederzeit Zugriff auf das bestehende weltweite Know-how der beiden Muttergesellschaften. Zu unserer Produktpalette gehören Optoelektronische Bauelemente, Transistoren, Dioden, Integrierte Schaltungen, Mikrocomputer, Baugruppen, Schichtschaltungen und Folientastfelder. Wir informieren Sie gerne ausführlich. Fordern Sie unsere 16seitige Firmenbrochure an.



TELEFUNKEN electronic
Creative Technologien

مکمل ۱۵۰۰

Karl-Heinz Eicker, Bäckermeister in Essen, sagt heute allen Bäckern, warum er seine Brötchen mit Erdgas backt. Seine Telefonnummer ist 02 01/34 16 24.



Wir sorgen für Erdgas **RUHR gas**

Oder schreiben Sie an RUHRGAS AG, Postfach 10 32 52, 4300 Essen. Dann bekommen Sie die Broschüre „Humane Arbeitswelt, humaner Arbeitsplatz“.

Günter Kunert erfand Geschichten um den „Blinden Richter“ John Fielding

Dreitausend Stimmen im Ohr

Da sitzen sie in gemütlicher Runde am Kamin, trinken Portwein, schmauchen die Pfeife und reden und diskutieren mit ideenreichen Gehirnen und fühlen sich rundum wohl in Englands „Augusteischen Zeitalter“, jener Zeitspanne von etwa 1680 bis 1750, in dem die englische Literatur zum ersten Mal seit Shakespeare wieder eine große Blütezeit erlebte. Henry Fielding gehört zu illustren Schar der Kritiker und Essayisten Samuel Johnson, sein Biograph James Boswell, der Maler William Hogarth und David Garrick, der nicht nur der berühmteste Schauspieler seiner Zeit war, sondern auch der eitelste.

Der Mittelpunkt dieses Künstlerzirkels aber ist Sir John Fielding, Halbbruder des Dichters und seines Zeichens Richter. Obwohl er das englische Justizwesen maßgeblich beeinflusst hat (er erfand den Steckbrief und richtete die erste Verbrechenkartei in der Kriminalgeschichte ein), ist über sein Leben so gut wie nichts bekannt. Selbst der „Encyclopaedia Britannica“ ist er ganze sieben Zeilen wert.

Um die Mitte des 18. Jahrhunderts trat Sir John sein Richteramt in der Londoner Bow Street an; Raub, Mord, Vergewaltigung und Bandenkriminalität waren damals an der Tagesordnung. Da die 150 Polizisten für ganz London dem Verbrechen hilflos gegenüberstanden, waren harte Strafen das einzige Abschreckungsmittel. Fast täglich wurden Todesurteile vollstreckt, und glücklich konnte der Dieb sein, der „nur“ nach Australien verbannt wurde.

Sir John setzte sich nun bei der Regierung dafür ein, daß die Zahl derjenigen, die mit der Verbrechenbekämpfung betraut waren, erhöht wurde – mit Erfolg. Noch eine andere Eigenschaft kennzeichnete Richter

Fielding. Er hatte mit 19 Jahren sein Augenlicht verloren, wodurch vor allem sein Gehör zu außergewöhnlichen Aufgabebefähigung wurde: Rund 3000 Londoner Missetäter konnte er allein an ihrer Stimme erkennen.

Sir John Fielding ist Mittelpunkt einer 13teiligen Vorabend-Serie, die das Westdeutsche Werbefernsehen in Zusammenarbeit mit der „Windrose“ in Hamburg produziert hat. Sie wird zeitversetzt in allen Regionalprogrammen zu sehen sein. 25 Londoner Kriminalfälle wurden aus zeitgenössischen Kriminalakten herausgesucht und Günter Kunert zur Auswahl gestellt. Er pickte sich dreizehn heraus und verfertigte daraus die Drehbücher.

„Das sind natürlich keine Fälle, mit denen sich Fielding tatsächlich be-

schäftigte“, erklärt Claus Hubalek, Produzent der Serie „Der blinde Richter“. „Uns ging es vielmehr um zeittypische Geschichten, die einen Eindruck von seiner Arbeit vermitteln.“ Deshalb nahm man es auch mit der Historie nicht allzu genau. Denn der 1740 geborene James Boswell beispielsweise, der sich im Club, wo die Herren den neuesten Fällen lauschten, angeregt mit Henry Fielding unterhält, war bei dessen Tod im Jahre 1754 gerade vierzehn Jahre alt!

Das juristische Sittengemälde aus dem 18. Jahrhundert jedenfalls ist rundum gelungen. Die Fälle sind zwar, verglichen mit den Kriminalgeschichten, wie sie der „Tatort“- und „Derrick“-verwöhnte Zuschauer kennt, eher simpel gestrickt und leicht durchschaubar. Aber es war auch gar nicht beabsichtigt, „Thriller“ aus dem 18. Jahrhundert zu präsentieren.

Es geht um kleine Taschendiebe, Geldfälscher, Jugendbanden und unpektakuläre Mordfälle. Prominentester Angeklagter ist übrigens Casanova, der sich wegen einer angeblichen Vergewaltigung vor Sir John verantworten muß. Auch diesen Fall löst der blinde Richter souverän mit Spurenelementen von jenem detektivischen Sherlock Holmes anderthalb Jahrhunderte später zur Perfektion entwickelte und mit dessen Hilfe er aus dem verwirrenden Irrgärten herauszufinden wußte.

Als Glücksfall darf die Besetzung der Titelrolle mit Franz-Josef Steffens angesehen werden. Der Hamburger Schauspieler sprang kurzfristig ein für Hans-Christian Blech, als dieser vor Drehbeginn erkrankte. Steffens, der dem Produzenten als Dorf-

richter Adam am Altonaer Theater auftrat, ist ein idealer Richter, auch wenn er nicht verschlagen und auf den eigenen Vorteil bedacht ist, wie Kleist den Rechtsverdreher darstellt.

Eine imposante Erscheinung, ist er als Sir John besonnen und gutig, nicht ohne Humor und von leiser Ironie, wenn sich ein schlitzohriger Schurke reden offensichtlich aus der Anklage reden will, von verstecktem, aber um so schärferem Zynismus, wenn er mit aufgeblähtem Adel zu tun hat, für den „die kleinen Leute“ schon aufgrund ihrer Herkunft Gesind sind. Etwas Besseres, als vor diesem Richter zu stehen, kann keinem Angeklagten passieren.

Etwas Besseres, als diese Rolle zu erhalten, konnte auch Steffens nicht passieren. Es ist keinesfalls ausgeschlossen, daß ihm dieser Sir John zu einer Fernsehkarriere verhilft. RAINER NOLDEN

KRITIK

Eine offene Wunde

Hatte der italienische Außenminister Andreotti mit seinem unfremde Wunsch, daß es für immer bei zwei deutschen Staaten bleiben solle, nur gesagt, was unsere Nachbarn in Ost und West in Wahrheit allesamt denken? Dieser Frage hatte Kontraste (ARD) nachgehen wollen, mit Berichten aus Frankreich, den USA, der Sowjetunion und Polen von der Diskussion über deutsche Frage und Wiedervereinigung in diesen Ländern. Das Fazit: wenig erfreuliche Klischees wurden aufgewärmt. Da ging das Gespenst „alter Angst“ vor Großdeutschland um, da war von Neutralisierungstendenzen, von der

Aufweichung der NATO die Rede und von Revanchismus und Grenzkorrektur.

Die selbstgestellte Frage wurde nicht beantwortet. Gut unter den vier Reportagen war allenfalls der Beitrag aus Frankreich. Der Versuch, die Vielfalt der Diskussion über die deutsche Frage bei unseren Nachbarn – so selten sie dort stattfindet – darzustellen, gelang. Bestechend vor allem die klare Einordnung des ehemaligen Außenministers Jean Francois Ponceat, daß alle politischen Kräfte mit Ausnahme der Kommunisten die deutsche Teilung als eine „offene Wunde“ sehen, mit der sich das

deutsche Volk nie abfinden werde. Was aus den USA und aus dem Ostblock berichtete wurde, flachte dagegen ab. Ein Chefredakteur, mag er auch das Ohr von Präsident Reagan haben, repräsentiert nicht das gesamte Meinungsspektrum. Und die Befragung von Passanten auf der Moskauer Gorki-Straße war wenig erhellend.

Auch der Versuch, zum Schluß eine Bilanz vorzunehmen, geriet daneben. Die Wiedervereinigung ist mehr als nur „ein Traum, den sich niemand nehmen kann“. Sie ist klarer Auftrag des Grundgesetzes. Und diese Einordnung fehlte in der Sendung. gba



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesskizzen
10.25 Eine Art von Zorn
12.00 Unschau

16.00 Tagesschau
16.10 Wanderungen durch die DDR
Die Schicksale Schweiz

16.55 Dokuspekt
Ein guter Lehrer (1)

17.00 Tagesschau
Danz. Regionalprogramme

20.00 Tagesschau
20.15 Holmat
Chronik in elf Teilen von Edgar Reitz

2. Kapitel: Die Mitte der Welt – 1929-1933

21.00 Breispunkt
Zu schnell, zu radikal?
Krebsoperationen an Frauen

Jedes Jahr erkranken 20.000 Frauen an Brustkrebs. Es ist die häufigste Krebserkrankung bei Frauen. Aber jede zweite kann gerettet werden – durch Krebsvorsorge oder um den hohen Preis einer Totalamputation. Fortschrittliche Gynäkologen beschäftigen sich seit Jahren mit Alternativen zur radikalen Operation. Bei Frühentdeckung von Brustkrebs gelingt nämlich oft schon ein eingetragener Eingriff.

22.00 Tagesschau
22.05 „Ich habe nie gesagt...“
Mit Matthias Riehling

23.45 Auf dem Weg zum Paradies
Reportage aus Kolumbien: Gottes-
dienst des Kolumbus auf die Spur.

Von der Front im Sümpfgelbiet bis zur heiligen Stadt Gnom hat sich das Land mit der Revolution eingerichtet. Die Macht der Mullahs ist stärker denn je, die Opposition ausgeschaltet, und Khomeini redet immer noch vom Export seiner islamischen Revolution. Jetzt sollen sich innerhalb der Regierung in Teheran die Leute durchsetzen, die ihr Land wieder mehr zum Westen öffnen wollen.

0.15 Tagesschau

12.10 Report
12.55 Tagesschau
13.00 Tagesschau

16.00 heute
16.04 Neues aus Ultraschall
Der einsame Hof

16.55 Nicky's Trickparade
17.00 heute / Aus den Ländern

17.15 Tele-illustrate
Zu Gast: Das französische Jazz-
Trio „Catherine-Escoude-Lock-
wood“

18.00 Der lange Treck
Die Sklavensänger

19.00 heute
19.20 No, sewat
Musik und Gäste bei Thomas Gottschalk

20.15 ZDF Magazin
Wiedervereinigung Deutschlands
im Gespräch – Interview mit dem
CSU-Abgeordneten Hans Graf
Huy / Wohngeld für Rentner un-
zureichend / Luthrosen im Privat-
besitz? / US-Botschafterin Jeanne
Kirkpatrick über Washingtons Poli-
tik in Mittelamerika
Moderation: Gerhard Löffenthal

21.00 Die 2
Der Geheimnis von Groenleaves
Lord Sinclair steht vor einem Rä-
tsel. Irigend jemand hat sein Her-
renhaus renoviert! Als er noch er-
fährt, daß ein Couleux für ihn ge-
sucht wird, geht er mit Danny Wil-
de dem Rätsel auf die Spur.

21.45 heute-Journal
22.05 Mitwochslotte – 7 aus 38
Spiel 77

22.10 Die rote Jungfrau
Die kommunistische Mystikerin Si-
mone Weil starb im Alter von 34
Jahren im Londoner Exil an „einer
Art Selbstmord“. Georg Stefan
Troller versucht in seinem Film auf-
zudecken, welche Ursachen der
Freitod der Kommunistin hatte.

22.55 Sport aktuell
Fußball-Europapokal
0.20 heute

III.

WEST

18.00 Telekolleg
18.30 Sonettstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau

20.15 Mitwache in Düsseldorf
Informationen und Unterhaltung

21.05 off-off
Freizeit und Fitness

Ein Mann der Tat
Amerikanischer Spielfilm (1945)
Mit Errol Flynn u. c.
Regie: David Butler

23.55 Letzte Nachrichten

NORD/HESSEN

Gemeinschaftsprogramm:
18.00 Sonettstraße
18.30 Deutsche Poppenbläser
Bielefelder Puppenpuppe

19.00 Neue Medien, neue Märkte, neue
Macht (3)

19.05 Foto als Hobby
Der Umgang mit dem Foto (2)

20.00 Tagesschau

20.15 extra drei
Trinkbares Benzin – Deutscher Er-
findergeist in Nicaragua / Rota-
tion – Alptrium für grüne Promi-
nenten / Die Rasse lohnt sich – Weh-
dienst und Berlin-Status

21.00 Berlin um 1900 (5)
Lebensgeschichten

21.45 Regisseur sehen den Krieg
Die Schlacht um San Pietro, USA
1944
Es werde Licht, USA 1945
Von John Huston

SÜDWEST

18.00 Sonettstraße
18.30 Telekolleg zum Kennenlernen
Nur für Baden-Württemberg:

19.00 Abendchau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendchau
Nur für das Saarland:

19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten

19.30 Das kühne Allein sein...
20.15 Uhren und Zeiten

21.00 Dorell in der Sonne
Amerikanischer Spielfilm (1946)
Mit Jennifer Jones, Gregory Peck,
Joseph Cotton u. c.
Regie: King Vidor

23.05 Theater-Talk
Mit dem Schauspieler Hilmar Tho-
te und Hildegard Eichholz

BAYERN

12.15 Bilderbogen der Abendschau
18.45 Sonettstraße
19.00 Jubiläum-Rätsel

19.20 Christiane Wandersbrunn
19.30 Das oberbayerische Lied und der
Klein Postl

20.50 Zeitpunkt
21.55 Sendeschiff
21.59 Schöngedächtnis

22.05 Die Schrecken des Krieges
23.00 Z. E. N.

23.05 Die Kunst der Geste
23.50 Sendeschiff
23.55 Gute Nacht, Sender!

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Hoffnung auf Harmonie

Sehr geehrte Herren,

In Ihrer Ausgabe vom 25./26. August bringen Sie auf Seite 1 eine alle wirklichen Freunde des Berliner Philharmonischen Orchesters mit beglückter Hoffnung erfüllende Nachricht: „Versöhnen sich Karajan und die Philharmoniker“, um auf Seite 2 einen geradezu das Gegenteil prophezierenden Artikel „Abschiedssymphonie“ folgen zu lassen.

Gegen Zielrichtung und Inhalt dieses Beitrages von Reinhard Beuth, der Ihrer bisherigen und insbesondere der Berichterstattung von Klaus Geitel widerspricht, muß im wohlverstandenen Interesse des Orchesters selbst – aber auch des Anspruchs von Berlin und seines Senates – mit großem Nachdruck Verwahrung eingelegt werden.

Es mögen an der Spree von allen Beteiligten Fehler, Unterlassungen und Überreaktionen in dieser für Berlin als Kulturmétropole geradezu schicksalhaften Auseinandersetzung gemacht worden sein, auch sind sicherlich beide Streitpartner – wie dies etwa bei Ehezwistigkeiten leider immer wieder vorkommt – keineswegs immer sehr zart oder liebevoll miteinander umgegangen. Aber wie es eben auch in einer Ehe zwischen kraftvollen Partnern geschieht, ist die Schärfe der Auseinandersetzung auch hier zugleich Ausdruck der beiderseitigen Zueignung und Abhängigkeit.

Der jetzige Appell des Herrn Beuth, just in einem Augenblick, wo eine Wiederveröhnung möglich scheint, gleich der Haltung eines Scheidungsanwaltes, dem es mehr auf das Gewinn seines Prozesses – hier also der Innehaltung von Satz, Statut und Gesetz – ankommt als auf eine sachlich-friedliche Lösung und Versöhnung.

Ich will auf einige Unwichtigkeiten oder auch Voreiligkeiten in der kras-

seitigen Stellungnahme (um nicht Parteinahme zu sagen!) hier nicht eingehen. Noch ist aber – Gott sei Dank! – trotz mancher betrüblichen Ankündigungen, Drohungen und Kindereien nichts unüberwindlich Endgültiges geschehen, das die – von Intendant Stresmann hingebungsvoll erstrebte – Wiederherstellung der Ehe Karajan/Philharmoniker verunmöglichend würde. Es ist bei naturgemäß besonders gefühlsbetonten Musikern ein solches Ziel wenig dienlich, das gewiß noch zarte Pflänzlein keimender Vernunft und Bereitschaft zu neuer Zusammenarbeit dem Seziermesser senatorialer Juristerei aussetzen. Dies um so weniger, als doch jener Senat (welcher Couleux auch immer!) seit langen Jahren im Bereich Musik- und Theaterwesen gewißlich keine immer nur glückliche, glückhafte oder auch nur gute Rolle gespielt hat.

Das Orchester hat sich aus wohlverstandenen Gründen das Institut des lebenslangen Chefdirigenten, sprich „künstlerischen Leiters“, geschaffen. Auch dieser bewährten, alten Tradition gilt es jetzt bei allen Entscheidungen gerecht zu werden. Sie wurde ja eben getroffen, um zu verhindern, daß Störungen und Konflikte – gleich welchen Grades – zu Scheidungen führen, Scheidungen, wie sie die Laufbahn des von Herrn Beuth empfohlenen Lorin Maazel und vor allem sein jüngerer Fortgang von Wien kennzeichnen.

Die Wiederherstellung oder besser gesagt die Befriedung der Ehe zwischen Herbert von Karajan und „seinen“ Philharmonikern sollte das wichtigste Anliegen aller sein, denen das Kultulleben Berlins und das Ansehen dieser Stadt in der gesamten Welt am Herzen liegen.

Dr. F. Friedensburg,
Freiburg-Münzingen

Aufstand 1944

„Slowaken-Aufstand gegen die Deutschen“, WELT vom 4. September

Sehr geehrte Chefredaktion,
Herrn C. G. Ströhm gebührt ein aufrichtiger Dank, daß er sich Mühe machte, den „Slowaken-Aufstand gegen die Deutschen“ vor 40 Jahren kurz und treffend zu skizzieren und dabei die Schuldigen, nämlich die slowakischen Kommunisten als Initiator dieses an sich – militärisch gesehen – sinnlosen Putsches, beim Namen zu nennen. Schade, daß der Autor des Artikels nicht erwähnte, daß der Kommunisten-Aufstand in der Slowakei sich nicht nur gegen den Einfluß der Nazi-Deutschen wehrte, sondern direkt gegen das Fortbestehen der Slowakischen Republik als souveräner Staat in Zentral-Europa richtete.

Es ist unglaublich und unverständlich, aber dennoch wahr, daß die slowakischen Kommunisten, zu denen schon damals Dr. Gustav Husak in führender Position gehörte, zu Verrätern an der Slowakischen Republik und somit zu Verrätern an der nationalen Souveränität des slowakischen Volkes wurden. Denn die Kommunisten haben nicht die Freiheit oder die Befreiung den Slowaken gebracht, sondern die Unfreiheit und die nationale Versklavung. Das Reden der Kommunisten von der Freiheit entpuppte sich sofort als Unterjochung durch die tschechische Fremdherrschaft, die „Befreiung“ der Slowakei wurde zu einem tschechischen Protektorat.

Dennach bilden die slowakischen Kommunisten wohl die einzige KP in der ganzen Welt, die den Verrat an der nationalen Unabhängigkeit, also dem slowakischen Staat, als solchen gutheißt und das politische Leben unter dem fremden Staatsgebilde, der „Tschecho-Slowakei“, als „Befreiung“ des slowakischen Volkes von Einflüssen des Dritten Reiches lobt.

Mit freundlichen Grüßen
Valentino Berko,
München 2

Privat billiger

„Privatisierung“, WELT vom 11. September

Wenn's ans Eingekerkerte geht, dann zeigt man seine Krallen. Als es bei der Veba im Gehäls kriselte, da wurde schnell nach der Privatisierung gerufen. Lag dies etwa daran, daß die Sozialliberalen am Ruder waren? Ich glaube es nicht. Vielmehr ist hier das Besitzstandsdenken noch im Vordergrund.

Wenn über die Verschuldung gesprochen wird, werden uns andere Länder vorgehalten, denen es schlechter geht. Geht es um die Arbeitslosen, dann muß wieder ein Land in die Alibi-Funktion springen. Wir sind aber nicht bereit, in das Land zu schauen, wo durch die Privatisierung der Bürger in den Genuß kommt, nicht nur preiswert zu fliegen, sondern auch preiswert zu telefonieren und mittels anderer Techniken billiger zu kommunizieren wie in Amerika. Durch die vielen privaten Luftfahrtgesellschaften und die da-

Wort des Tages

„Die Kluft zwischen den Generationen wird nie vollständig geschlossen werden. Aber sie muß überbrückt werden. Denn die Brücke zwischen den Generationen ist für die Nation in der Gegenwart von entscheidender Bedeutung; mehr noch, sie bildet die Brücke zu unserer eigenen Zukunft und damit in ganz wesentlicher Hinsicht zum Sinne unseres Lebens.“

Robert F. Kennedy; amerikan. Politiker (1925-1964)

durch straffere Organisation ist das Fliegen bald billiger als bei uns in Deutschland die Eisenbahn. Das Autotelefon in den Staaten kostet, auch als tragbare Ausrüstung, 28 Dollar. In Deutschland DM 240,-. Grundkosten für das Fernsehen gibt es in den Staaten überhaupt nicht, ebenso beim Fernschreiber.

Diese Beispiele könnten beliebig fortgesetzt werden. Auch die Bundesregierung muß sich der Gesellschafts-entwicklung innerhalb einer freien sozialen Marktordeung beugen und sich mit der Privatisierung aller staatlichen Unternehmungen befassen und sie einleiten.

Mit freundlichen Grüßen
C. Weidlich,
Berlin

Nur Vorwand

„Auch Schwabow kommt nicht“, WELT vom 18. September

Die Bulgaren behaupten, sie könnten nicht nach Bonn kommen, weil die Bundesrepublik amerikanische Waffen aufgestellt habe. Aber die Verabredung, daß die Bulgaren nach Bonn kommen, fand ja zu einem Zeitpunkt statt, als die Waffen längst stationiert waren.

Curt Riess,
Zürich

Mit Kaffeesatz

Zwei Wälder regieren Schicksale a Bonn“, WELT vom 12. September

Um Gottes willen, bringen Sie unsere doch zum Realismus verpflichteten Politiker nicht mit „Astrologie“ in Verbindung, sonst verliert es sie, in Bonn künftig womöglich aus dem „Kaffeesatz“ zu regieren.

Mit freundlichen Grüßen
Edgar Schmid,
Pforzheim

Rechtsstaat?

„DRG-Banking: Bitte vorsorglich“, WELT vom 11. August 1984

Die Entscheidung der Braunschweiger Stadtverwaltung ist ein Skandal, aber leider kein Einzelfall. Derartige Fehlentscheidungen werden seit Jahren immer wieder, und dies in fast allen Bundesländern (egal von welcher Partei regiert), von Beamten getroffen, deren eigentliche Aufgabe es ist, nach dem Haftungs-
hilfsgesetz (HHG) zu helfen. Einzige Ausnahme ist seit Jahren Berlin, wo man in der Regel schnelle und korrekte Entscheidungen wahrnehmen kann. Wenn die zuständigen Beamten in den Ländern dieses Haftungs-
hilfsgesetz selbst nicht verstehen, aber es handhaben müssen, so sollte ihnen eine Hilfe gewährt werden, indem man diesen Personenkreis wenigstens zeitweilig auf einen Platz der Realitäten in Deutschland versetzt. Einige Monate Nachhilfe in der Nähe von Mauer-Münsterfeldern-Schlachtdraht und noch vorhanden Todesautomaten würde sicher einer demokratischen Rechts- und Moralkultur nützlich sein.

Eine Verbindungsabnahme vom Bund (BMD) zur Landesbehörde ist wirklich nicht mehr als ... keine Meinung sagen? (Welche?) Die bundesweit tätigen Organisations- und Verbände, welche ehemalige politische Flüchtlinge betreuen, treffen sich in größeren Abständen, seit Jahren mit dem Bundesinnenministerium (BMD). Eine Tagung ohne Klagen habe ich selbst noch nie erlebt. Die Flüchtlingsverwaltungen der Länder treffen sich jährlich mehrfach mit dem federführenden BMD. Hier wird in der Regel darüber nachgedacht, wie man das rechtsgütige Gesetz auf unterster Ebene unterlaufen und möglichst zumunsten der Flüchtlingschenden, am Rande einer Gesetzesänderung, umfunktionieren kann.

Menschen, welche im anderen Teil Deutschlands politisch verfolgt, Jahre ihres Lebens Opfer von Willkür wurden und hinter Zuchthausmauern leben müssen, werden hier im freien und demokratischen Rechtsstaat oft genug dazu gezwungen, ihr Recht erst vor einem Gericht zu suchen, obwohl es ein rechtsgütiges Haftungs-
hilfsgesetz gibt.

Eberhard Götsch
Internationale Gesellschaft für Menschenrechte
Darmstadt

dent Wilfried Hasselmann wird die Preise am 17. November im Funkhaus Hannover des Norddeutschen Rundfunks übergeben. Mit dem „Kulturpreis Schlesien“ würdigt das Land Niedersachsen seit 1977 jährlich hervorragende Werke der Literatur, der bildenden Kunst und der Musik.

Axel Sveha erhält den Bremer Förderpreis für Literatur. Die Auszeichnung in Höhe von 5000 DM soll am 11. Oktober verliehen werden. Den Preis erhält Sveha für seinen Roman „Spurensuche“. Die Jury, die heißt es in einer Mitteilung des Bremer Senats für Kunst, „zeigte sich beeindruckt von der Kämmererei, mit der aus Skizzen und Vorlesungen des vergangenen Jahres ein Roman vollendet wurde, der in wesentlichen Teilen eine überzeugende abgeschlossene Leistung darstellt.“ „Sveha“ intensiver Arbeit an Stoff und Form des Textes.“ „Der Preis der Meinung, daß die Entwicklung des Autors zu einem großen, berechneten, Sveha, 1953, arbeitet gegenwärtig an seinem zweiten Roman. Er lebt in



Eduard (Rbdlger Weigang) hat in Berlin seine Frau Lucie (Karin Ronsow) kennengelernt (Heimat – ARD, 20.15 Uhr) FOTO: TELEBUN

SCHACH

Kasparow so schwach wie lange nicht

Die vielen Verletzten machen Helmut Rotherhus ratlos. Ist vielleicht falsch trainiert worden? Der Trainer: „Kein Kommentar.“ FOTO: WERD

Die Antwort hierauf finden Sie in Trivial Pursuit – dem neuen Parker-Spiel. Wie eine Epidemie breitet es sich in Deutschland aus. Überall sieht man Gruppen kichernder Erwachsener, in deren Leben es eine neue Sensation gibt: Trivial Pursuit, 6000 absolut triviale, nutzlose Fragen und überraschende Antworten aus 6 Wissensgebieten. Entdecken auch Sie Trivial Pursuit. So ansteckend wie das Lachen selbst.

PARKER

Trivial Pursuit™

Das unglaubliche Spielvergnügen.



 © Copyright 1984 Horn Abbott International Limited.
Im Horn Abbott Spielzeugwerk von Horn Abbott International Limited, Eigentümer des Warenzeichens
"Trivial Pursuit", hergestellt und vertrieben von CPG Products, in Deutschland von General ABG, Inc.,
Deutsche Zweigabteilung, 6054 Rodgau 3, Deutschland, Made in France.

Koalition akzeptiert Blüms Entwurf

Fortsetzung von Seite 1

verfassungsgemäß. Nach dem Urteil von Experten ist das Modell der Hinterbliebenenrente mit Freibetrag weniger verwaltungsaufwendig als das einst von der SPD vertretene Teilhabemodell. Dieses Modell, das die sozial-liberale Koalition nie als Gesetzentwurf präsentiert, weil sie sich über den Teilhabesatz nicht einigen konnte, sah vor, beim Tod eines Ehepartners beide Anwartschaften der Altersversorgung zusammenzulegen und von dieser Summe dem Hinterbliebenen einen bestimmten Teilhabesatz zu zahlen. Nachteil: Je höher dieser Satz, um so kostspieliger ist es für die Rentenversicherung, je niedriger er ist, um so mehr sind vor allem erwerbstätige Frauen gegenüber geltendem Recht benachteiligt. So wäre erst ein Teilhabesatz von 65 Prozent kostenneutral, es würden aber zwei Drittel der erwerbstätigen Frauen gegenüber geltendem Recht schlechter gestellt.

Im übrigen wird bei dem Modell des Bundesarbeitsministers der Freibetrag von anfänglich 900 Mark dynamisch an die allgemeine Bemessungsgrundlage gekoppelt; er steigt damit genauso wie die Renten. Hinterbliebene mit eigenen Rentenansprüchen, die einmal unter der Freigrenze liegen, bleiben also immer darunter.

Blüm ist es im übrigen auch gelungen, den einzig wirklichen Nachteil seiner Lösung auszuräumen und die Situation jener Witwen zu verbessern, die wegen der Erziehung ihrer Kinder keine eigenen Rentenansprüche erworben haben und nach dem Tode ihres Mannes nur 60 Prozent Witwenrente erhalten. Die Fraktionen haben deshalb auch der Einführung des Babyjahrs zugestimmt. Es sieht pro Kind ein mit 75 Prozent des Durchschnittseinkommens bewertet Versicherungsjahr vor. Dieses Erziehungsjahr würde nach gegenwärtigem Stand für jedes Kind eine Rentensteigerung von monatlich 24 Mark bedeuten.

Wie verlautet, wurde in den gestrigen Fraktionsgesprächen auch eine mögliche Erhöhung der Beiträge für die Rentenversicherung erörtert, und zwar um zwei Zehntel Prozentpunkte von bisher 18,5 auf 18,7 Prozent. Für die Beitragszahler soll diese Erhöhung kostenneutral gestaltet werden.

Berliner SPD fordert neue Transit-Übergänge

Apel erwägt Treffen mit Honecker / Wahlprogramm vorgelegt

hrk. Berlin
Die Berliner Sozialdemokraten wollen unter ihrem Spitzenkandidaten für das Amt des Senatschefs, Hans Apel, Berlin als „Leuchtturm“ in Richtung Osteuropa und der „DDR“ herausstellen. Wenn es nicht gelinge, Berlins Funktion auf diese Weise darzustellen, werde die Stadt vor „Problemen“ stehen, sagte Apel gestern bei der Vorstellung des SPD-Wahlprogramms. Am 28. September will Apel sein Wahlkampf-Team präsentieren. Mit Anke Martiny-Plotz (Schulwesen) befindet sich in dem vorgesehenen Sextett lediglich ein Import aus Bonn.

Nach den Worten Apels bestreitet die Berliner SPD (1981 unter Jans-Jochen Vogel: 38,4 Prozent) ihren Wahlkampf für den 10. März 1985 mit den Schwerpunkten Arbeitsplatz, Umwelt- und Sozialpolitik. „Berlin besitzt im Wettkampf der Systeme eine besondere Funktion“, betonte Apel gestern. Das Programm akzeptiert das noch immer vorhandene typische Berlin-Profil der SPD heraus:

„Gestützt auf das Vertrauen der Berliner haben wir Sozialdemokraten seit dem Krieg die Freiheit unserer Stadt gesichert. Mit Ernst Reuter und Franz Neumann haben wir Dohungen und äußeren Druck überstanden, in enger Zusammenarbeit und tsigefühter Freundschaft mit unseren westlichen Schutzmächten, die auch heute die Grundlagen unserer Sicherheit garantieren.“ Mit Willy Brandt habe die SPD die Entspannungspolitik entwickelt, „und gegen den härtesten Widerstand der CDU durchgesetzt“. Die Berliner SPD appelliere an beide Weltmächte, gestützt auf die konkreten Entspannungserfahrungen mit dem geteilten Berlin, einen neuen Versuch weltweiter Kooperation zu wagen.“

„Berlin nicht übergehen“

In der Deutschlandpolitik dürfe Berlin „nicht übergangen“ werden, heißt es weiter in dem Papier. Kritisch merkt die SPD das Bonner Versäumnis an, bei den Gesprächen von Staatsminister Jenninger in Ost-Berlin auch für die Berliner verbesserte Reise- und Besuchsregelungen „durchzusetzen“.

Ich sieben Punkten benennt die SPD einige Themen, die zu „Vibes-

serungen für die Menschen in Ost und West“ führen sollen:

- Schrittweiser Abbau aller Hemmnisse, die die Kontakte zwischen den Deutschen in Ost und West behindern.
- Abschluss eines Umweltschutzabkommens.
- Vergünstigungen für Berliner Produzenten, die in die „DDR“ liefern.
- Abbau von Feindbildern, gemeinsames Programm für die „Friedenssicherung“.
- Geregelter Beziehungen zwischen Bundestag und Volkskammer.
- Schaffung neuer Transitübergänge an der Stadtgrenze, Abschluss eines Luftverkehrsabkommens, Züge mit Intercity-Qualität zwischen Berlin und dem übrigen Bundesgebiet.
- Gemeinsame Überlegungen für die 750-Jahr-Feder Berlins im Jahre 1987.

Bölling in der Mannschaft

Apel weigerte sich gestern, sein Wahlkampfteam zu benennen, das er am 28. September im Rathaus Schöneberg präsentieren will. Inzwischen ist es kein Geheimnis mehr, daß diesem Sextett auch drei Politikerinnen angehören werden. Lediglich die bayerische Bundestagsabgeordnete Anke Martiny-Plotz, Ehefrau des SPD-Bundeschäftsführers, ist neben Apel der einzige Bonner Import.

Der Apel-Mannschaft gehören außerdem der in Berlin lebende ehemalige Regierungssprecher von Helmut Schmidt und Ständige Vertreter in Ost-Berlin, Klaus Bölling, der Berliner SPD-Vorsitzende Peter Ulrich, SPD-Fraktionsgeschäftsführer Gerhard Schneider sowie die Sozialstadträtin in einer CDU-Hochburg, Ingrid Stahmer, und die zum rechten SPD-Flügel zählende Betriebsrätin von SEL, Marga Wollschläger, an.

SPD-Kandidat Apel trifft im Verlauf der kommenden Wochen möglicherweise mit SED-Chef Honecker in Ost-Berlin zusammen. Diese Möglichkeit wurde von ihm kürzlich in kleinem Kreis mitgeteilt. Unterdessen werden die davon unabhängigen Kontakte führender Berliner SPD-Politiker wie Harry Ristock mit SED-Politbüromitgliedern wie Häber in Kürze fortgesetzt. Über Termine und Inhalte werden Senatskanzlei und Alliierte informiert.

USA: Neue Warnung an Managua

Erwerb von MiG 21 würde Nachbarländer bedrohen / Junta-Chef bestätigt Kaufabsicht

DW. Washington/Bonn
Die US-Regierung hat ihre Warnungen an Nicaragua verschärft, so wies die Abfertigung vom Typ MiG 21 zu kaufen. Der Erwerb solcher Flugzeuge würde eine „vermehrte Bedrohung“ für die Nachbarländer darstellen und das Kräfteverhältnis in der Region stören, erklärte der Sprecher des amerikanischen Außenministeriums, John Hughes, in Washington.

Hughes betonte, die sandinistische Regierung wisse „sehr wohl“, was Washington von diesem Vorhaben halte. Auch Vizepräsident George Bush hatte einen Erwerb sowjetischer Kampfflugzeuge als ein „beispielloses“ Ereignis für die Region bezeichnet. Zugleich ließ Präsident Reagan bekanntgeben, daß er dieses Thema bei seinem Treffen mit Gromyko ansprechen werde.

Der sandinistische Regierungschef Daniel Ortega hat inzwischen die am Montag von der „Washington Post“ veröffentlichten Äußerungen seines Bruders und Verteidigungsministers Humberto Ortega über den beabsichtigten Kauf der MiG 21 bestätigt. „Wir

haben das Recht, Kampfflugzeuge zu kaufen, um die Angriffe von Flugzeugen abzuwehren, die die CIA gegen uns schickt“, sagte Ortega in Managua. Hätte Nicaragua bei dem jüngsten Luftangriff der „Contras“ auf die Kaserne Santa Clara im Norden des Landes schon Abfangjäger gehabt, so hätten die drei Maschinen vom Typ „Cessna“ abgeschossen werden können, und „noch mehr Nordamerikaner wären möglicherweise getötet worden“, meinte der Sandinistenführer. Bei dem genannten Luftangriff auf Santa Clara hatte die nicaraguanische Armee einen Hubschrauber abgeschossen, wobei zwei US-Soldaten getötet wurden.

Humberto Ortega hatte in Mexiko angekündigt, Nicaragua wolle sich um den Ankauf von MiG-21-Kampfflugzeugen für seinen neuen Militärflughafen bemühen. Er gab bekannt, daß einige Dutzend Piloten derzeit ausgebildet würden, sagte aber nicht, wo das geschehe. Nach amerikanischen Angaben soll Bulgarien eines der Ausbilde Länder sein.

Die Vereinigten Staaten hatten in der Vergangenheit Nicaragua mehr-

fach gewarnt, moderne Kampfflugzeuge zu beziehen. Wie die „Washington Post“ schreibt, sei Nicaragua zu verstehen gegeben worden, daß die USA diese Flugzeuge angreifen würden, wenn sie in das Land eingeführt werden.

Der sandinistische Verteidigungsminister zeigte sich in Mexiko zuversichtlich, die Flugzeuge von der Sowjetunion erhalten zu können. Es sei allerdings noch keine Entscheidung gefallen, da Nicaragua noch über keinen entsprechenden Militärflughafen verfüge. Dieser solle jedoch noch Ende dieses Jahres oder Anfang 1985 fertiggestellt sein. Ortega gab bekannt, daß der Flughafen durch ein Luftabwehrsystem geschützt werde.

Durch den Kauf von MiG 21 würde es nach Einschätzung der „Washington Post“ Nicaragua gelingen, die Schlagkraft seiner Luftwaffe gegenüber Honduras bedeutend zu verstärken. Die Ausrüstung des Nachbarstaates mit modernen amerikanischen und französischen Kampfflugzeugen hatte bislang die Unterlegenheit seiner Bodentruppen gegenüber Nicaragua ausgleichen helfen.

„Sieg über Managua auch ohne Hilfe Dritter“

A. GRAF KAGENECK, Paris

Ohne von Präsident Mitterrand oder einem seiner Minister empfangen worden zu sein, hält sich angeblich eine Delegation der Vereinigten Nicaraguanischen Opposition (UNIR) unter Führung ihrer drei Vorsitzenden Adolfo Calero (FDN), Alfonso Robelo (ARDE) und Roger Hermann (Misura) in Frankreich auf.

In einer Pressekonferenz gaben die drei Sprecher ihrer Überzeugung Ausdruck, die Sandinisten militärisch „allein und ohne Hilfe Dritter“ besiegen zu können. Trotzdem werde man augenblicklich die Waffen niederlegen, wenn die Sandinisten zu ihren Versprechungen bei ihrem Regierungsantritt 1979 von demokratischer Toleranz und Vielfalt zurückkehren würden. Augenblicklich jedoch werde Nicaragua zu drei Vierteln des Landes von den Truppen der Opposition kontrolliert.

Länder haben Einnahmen zu niedrig veranschlagt

Finanzentwicklung der Gebietskörperschaften

cd. Frankfurt

Mit einer weiterhin günstigen Finanzentwicklung der Gebietskörperschaften in diesem Jahr rechnet die Bundesbank. Die Ausgabenansätze würden aller Voraussicht nach nicht voll ausgeschöpft, der Bundesbankgewinn sei um zweieinhalb Milliarden Mark höher als im Haushalt eingeplant und die Länder hätten ihre Einnahmen - wie üblich - zu niedrig veranschlagt. Dagegen werde das Steueraufkommen die Haushaltsansätze nicht übersteigen, vermutet die Bundesbank in ihrem Monatsbericht.

Einschließlich der Sozialversicherungen zeichneten sich in diesem Jahr Defizite in der Größenordnung von 45 Milliarden Mark ab nach 55 Milliarden im Vorjahr. Sie gingen damit von 34 auf 24 Prozent des nominalen Sozialprodukts zurück, ein Erfolg der Ausgabenbeschränkung, nicht zuletzt im Besoldungsbereich. Mit diesen Fortschritten sei der

Prozess der Konsolidierung jedoch noch nicht beendet. Die auch nach Auffassung des Finanzplanungsrats noch immer zu hohe Neuverschuldung müsse deshalb weiter reduziert werden, fordert die Bundesbank und zwar vor allem durch Begrenzung des Ausgabenwachstums. Auf diese Weise würde die private Investitionstätigkeit erleichtert.

In den Haushaltsplanungen für 1985 sieht die Bundesbank allerdings noch Risiken, vor allem wegen etwaiger Mehrbelastungen durch die EG; schwer voraussehbar sei auch die Inanspruchnahme des Bundes aus Bürgerschaftsverpflichtungen. Immerhin könnten, wenn alles nach Plan verläuft, die Defizite der öffentlichen Haushalte einschließlich Sozialversicherungen 1985 weiter auf etwa 35 Milliarden Mark oder zwei Prozent des Sozialprodukts reduziert werden gegenüber fast fünf Prozent im Jahre 1981.

„DDR“: Einflug ist zunächst Grenzverletzung

dpa/DW. Berlin

Die Anwendung von „Zwangsmitteln“ gegenüber Flugzeugen, die den Luftraum der „DDR“ verletzen, hat die Ostberliner Zeitschrift „Neue Justiz“ gerechtfertigt. Das Fachblatt bezeichnet die von westlichen Völkern rechtlich vorgebrachten Zweifel, ob im Fall von Grenzverletzung durch Linien- oder Privatflugzeuge Zwangsmittel geboten seien, als „nicht stichhaltig“.

Besonders aktuell war diese Frage durch den sowjetischen Abschluß einer südkoreanischen Linienmaschine über Kamtschatka geworden, der internationale Empörung ausgelöst hatte. Unter deutlicher Anspielung auf diesen Vorfall führt die „DDR“-Zeitschrift an, es bestehe zunächst keine andere Möglichkeit, den Grund eines rechtswidrigen Einfluges festzustellen, als durch die Überprüfung des Flugzeugs nach dessen Landung. Man könne auch die Nichtbefolgung der Landeaufforderung durch das betreffende Flugzeug nicht als „harmlos“ bezeichnen, weil „erstens bei versehentlichem Einflug kein Grund vorliegt, sich der Landeaufforderung zu entziehen und weil zweitens die erwiesene Praxis der USA und ihrer Verbündeten. Zivilflugzeuge unter anderem für Spionagezwecke einzusetzen, alles andere als harmlos ist“. Nach „DDR“-Recht gelte deshalb jeder ungenehmigte Einflug „zunächst als Grenzverletzung“.

Wenn Eger plötzlich „Cheb“ heißt

rr. München

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft hat heftige Kritik daran geübt, daß in der Bundesrepublik Deutschland an der Grenze zur CSSR Straßenschilder aufgestellt worden sind, auf denen die Namen ehemals deutscher Städte nur noch in tschechisch aufgeführt sind. Man halte diese Praxis für „anständig und unzweckmäßig“, erklärte der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft.

Wer heute Karlsbad als „Karlowy Vary“, Eger als „Cheb“ und Marienbad als „Marianske Lazne“ bezeichne, trage dazu bei, die Sudetendeutschen vier Jahrzehnte nach ihrer Vertreibung aus der Heimat „auch noch aus ihrer Geschichte zu verdrängen“.

Buchen Sie Pan Am", sagte ich, während der Geschäftszeit will ich endlich gut schlafen." Lesen

Sie warum.

Die neue Pan Am Clipper Class/ Businessman's 1st.

Wir sagen's Ihnen. Wenn Sie die neue Clipper Class mit all ihren Vorteilen buchen, fliegen wir Sie nur in 747-Jumbos über den Atlantik. Und nun zu den neuen Clipper Class-Vorteilen. Neue komfortablere Sessel in 6er-Reihe. Neue über große Gepäckabteile über den Sitzen. Neues Video-

System. Neue superleichte Sony-Kopfhörer. Neue Menüs in 2 Gängen und ausgewählte französische Weine. Dazu demnächst mehr. Buchungen direkt bei Pan Am. Oder bei Ihrem Pan Am-Vertragsreisende.



Pan Am. Erleben, was Erfahrung heißt.



Handwritten signature or mark.

Anschluß halten

Mit - Das leidige Thema des Seehafenverkehrs soll jetzt also doch dem Gesetzgeber beschaffen. Die Küstenländer gehen sich mit dem, was in den Verhandlungen mit den Rhein-Mündungshäfen erreicht wurde, nicht zufrieden. Und das, obwohl es mehr ist, als sich in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten bewegt hat. Aber es reicht nicht.

Es ist zunächst verständlich, daß die Küstenländer den Gesetzgeber bemühen wollen, wobei es in erster Linie um die Sonderabmachungen, also um das freie Ausbilden von Tarifen in der Binnenschifffahrt und auf der Straße geht. Nach den bisherigen Erfahrungen ist dieses Vorgehen nicht ungefährlich. Denn jetzt entwickeln auch falsche Argumente ihr Eigenleben; wird versucht werden, den Abgeordneten weiszumachen, es solle der Ordnungszustand insgesamt aus den Augen gehoben werden. Bislang arbeitete die Lobby des Gewerbes noch stets erfolgreich.

Der Bundesverkehrsminister wollte daher weiter mit dem Gewerbe sprechen, um es zu Konzessionen beim Tarifniveau und bei den Märgen zu bewegen, was auf eine faktische Gleichstellung mit dem grenzüberschreitenden Verkehr hinauslaufen sollte. Und auch jetzt

noch wäre das Gewerbe gut beraten, wenn es über seinen Schatten springen würde. Durchhalten 1985 sich der bisherige Kurs ohnehin nicht mehr lange. Spätestens 1988 erzwingt die EG Veränderungen.

Flexibel

J. Sch. (Paris) - Die 35-Stunden-Woche, das große Wahlversprechen der französischen Sozialisten zur Überwindung der Arbeitslosigkeit, ist zwar noch nicht offiziell begraben. Aber nach den schlechten Erfahrungen, die die Regierung mit der Verkürzung der Arbeitszeit von 40 auf 39 Wochenstunden bei vollem Lohnausgleich gemacht hat, sollen weitere Schritte in diese Richtung nur noch zwischen den Sozialpartnern auf freiwilliger Basis ausgehandelt werden. Das von Premierminister Fabius dazu ausgesagte Stichwort heißt Flexibilität. Darunter ist nicht nur die der Arbeitszeit mit entsprechender Lohnanpassung zu verstehen. Auch die Arbeitsverträge selbst sollen flexibler gestaltet werden. Einstellungen auf Zeit, wie sie die Patronat schon seit langem fordert, gelten nicht mehr als Tabu. Außerdem will man die Entlassungsbestimmungen weniger strikt handhaben. Als Gegenleistung wird den Gewerkschaften Verstärkung ihrer Rechte in den Unternehmen angeboten. So, zeigt die Regierung auf breiter Front Flexibilität. Aber wird sich die in starker Opposition stehende kommunistische CGT von solchen Lockerungen verführen lassen?

Tauziehen um Lohnskala

Von GÜNTHER DEPAS, Mailand

Den Beziehungen der italienischen Sozialpartner droht neue Belastung durch eine Volksabstimmungs-Initiative, die die kommunistische Partei angestrengt hat und die den Index-Mechanismus der gleitenden Lohnskala so wiederherstellen soll wie er bis Mitte Februar dieses Jahres funktionierte.

Mit der Reformvereinbarung hatten die Sozialpartner mit Ausnahme der kommunistischen Gewerkschaft CGIL der Abkühlung des Lohnindex-Mechanismus um etwa 15 Prozent zugestimmt, wodurch sich die Dekkung des Kaufkraftschwundes nach der bereits Anfang 1983 eingeleiteten Abschwächung des automatisierten Index-Mechanismus auf etwa zwei Drittel verminderte.

Auf Grund der Abmachung werden die Lohnempfänger 1984 pro Kopf 285 000 Lire verlieren. Real wird das Einkommen der Lohnempfänger trotzdem erhalten bleiben, weil die Regierung die Steuerprogression reduziert und die Inflationsrate gesenkt werden konnte. Sollte dagegen die Volksabstimmungs-Initiative Erfolg haben, würden nicht nur die allgemeinen Inflationserwartungen wieder erhöht werden, sondern auch die Gefahr bestehen, daß die Lohnstückkosten explodieren.

Die Arbeitgeberverbände haben ausgerechnet, daß auf Grund der Lohnindex-Mechanismen und der bestehenden Tarifabkommen die Arbeitskosten im kommenden Jahr um mindestens zwölf Prozent steigen werden, das heißt um fünf Prozentpunkte mehr, als in den Lohnkosten-Abkommen von Anfang dieses Jahres ins Auge gefaßt wurde. Im Falle einer Wiederherstellung der gleitenden Lohnskala ist also damit zu rechnen, daß die Lohnkosten weit über 20 Prozent steigen.

Um eine solche Explosion zu verhindern, wollen sich die Sozialpartner einschließlich der größten italienischen Gewerkschaft, der CGIL, noch im Herbst an den Tisch setzen, um eine umfassende Reform der Lohnkostenstruktur auszuarbeiten. Ziel der Arbeitnehmerorganisationen ist die Erhaltung der realen Kaufkraft der Lohnempfänger, das Einfrieren des Lohnkostenanstiegs in Höhe der erwarteten Inflationsrate. Vom Staat verlangen die Sozialpartner eine Neuordnung der Sozialabgaben. Die ita-

lienischen Arbeitgeber zahlen pro Lohnempfänger die höchsten Sozialabgabensätze, während die italienischen Arbeitnehmer von allen Lohnempfängern der EG netto am wenigsten ausgezahlt erhalten.

Das Ausbalancieren aller Elemente wird durch den drohenden Volksentscheid wesentlich schwieriger. Zwar deuten Erklärungen von CGIL-Gewerkschaftsführern darauf hin, daß die Volksabstimmungs-Initiative in Kreisen der kommunistischen Arbeitnehmer-Organisation und der kommunistischen Partei mehr als auf die Arbeitgeber gerichtete Waffe aufgeföhrt wird. Unter Erpressungsdrohungen verhandeln zu müssen, behagt aber immer weniger Unternehmern. Ihre Sprecher haben bereits zu verstehen gegeben, daß die Arbeitgeberverbände die Kündigung der Lohnskala-Verträge beschließen könnten, falls die kommunistische Partei bei ihrer Initiative bleibt.

Die Kündigung dieses Vertrages haben die Arbeitgeberverbände schon zweimal wirkungsvoll in den Dienst ihrer Tarifpolitik gestellt. Weder beim ersten noch beim zweiten Anlauf kam es zwar zu dieser Kündigung. Jedesmal waren aber die Gewerkschaften gezwungen, diese Absichten durch eigene Konzessionen zunichte zu machen. Noch prekärer dürfte die Lage der Gewerkschaften in Zukunft werden. Während nämlich in den vergangenen Jahren die Regierung aktiv dabei mitwirkte, die Kündigungsabsichten abzurufen, und sowohl bei dem ersten Lohnkosten-Abkommen von Anfang 1983 als auch beim zweiten von Mitte Februar dieses Jahres als Vertragspartner mitbeteiligt war, hat diesmal die Regierung Craxi offiziell verlaun lassen, daß sie in Lohndingen nicht mehr intervenieren und sich auch im Falle einer Kündigung des Lohnskala-Vertrages neutral verhalten werde.

Das bedeutet, daß die Gewerkschaften nicht mehr damit rechnen können, daß sich die Regierung auf ihre Seite schlägt. Schon gar nicht, wenn eine Volksabstimmungs-Initiative auf dem Tisch liegt, die sich ausdrücklich die Wiederherstellung von Lohnkosten-Mechanismen zum Ziel gesetzt hat, die zu entschärften die Koalitionsparolen als eine ihrer wichtigsten Aufgaben ansehen.

WÄHRUNGSTAGUNG / Dritte Welt fordert Schaffung neuer Sonderziehungsrechte

Bonn und Washington sehen keinen Bedarf für zusätzliche Liquidität

HORST-ALEXANDER SIEBERT, Washington
Nicht zustimmen werden die USA auf der Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank, die in Washington mit den Sitzungen der Entwicklungsländer schon angelaufen ist, einer Ausweitung der globalen Liquidität durch die Ausgabe neuer Sonderziehungsrechte (SZR, "Papiergold"). Sie lehnen auch die Fortsetzung der Politik des erweiterten Zugangs zu den Kreditfenstern des IWF ab.

In der Frage der SZR-Zuteilung, die allen 147 Mitgliedstaaten automatisch Kaufrechte in eigener Währung auf harte Devisen verschaffen würde, ziehen die USA und die Bundesrepublik Deutschland an einem Strang. Außer Frankreich und einigen kleineren Industriestaaten ist naturgemäß die Dritte Welt dafür. Im Gespräch mit Journalisten begründete Finanzminister Donald Regan die amerikanische Position damit, daß "die Länder, die das Geld am nötigsten brauchen, am wenigsten erhalten".

Unter den Mitgliedern ist zweifellos die Erwartung, daß der IWF Kunstgeld produziert, gewachsen. Aber das Fondsabkommen nennt klar die Bedingung: Längerfristig muß ein globaler Liquiditätsbedarf nachzuweisen sein. Das ist offensichtlich nicht der Fall, zumal die Währungsreserven auch in Entwicklungsländern gestiegen sind. Jedes Land, das kreditwürdig ist, kann sich über die Mittel auf dem Kapitalmarkt beschaffen. Kleine Staaten bekommen nur ein paar Millionen SZR, für sie wäre es besser, sich an den IWF zu wenden und Anpassungsauflagen zu akzeptieren. Abgesehen von den Inflationsge-

fahren muß auch die ökonomische Begründung stimmen: Eine politische Währungspolitik darf es nicht geben, das Statut muß eingehalten werden - auch wenn das Wort von der Ausweitung der Liquidität durch die Ausgabe neuer Sonderziehungsrechte durch die USA umgeht. Neue SZR sind zudem für die Aufstockung der Währungsreserven bestimmt. Sie würden jedoch sofort verwendet. Vermutlich wird die Entscheidung noch einmal verschoben.

Laut Regan ist es zwingend, den 1983 gefaßten Beschluß über das Auslaufen des erweiterten Zugangs zur IWF-Kasse durchzuführen. Auch mit Blick auf die Ressourcen des Fonds sei eine Rückkehr zu normalen Ziehungen notwendig, betonte er. Die 1981 getroffenen Rettungsmaßnahmen dürften nicht ewig gelten; es sei klüger, sich rechtzeitig auf den nächsten Konjunkturschwung vorzubereiten.

Nach der Stimmung unter den Mitgliedern zu urteilen, werden sich die USA hier kaum durchsetzen. Vielmehr sieht es so aus, daß dieses Kriseninstrument mit gleichzeitigen Herumschrauben der Zugangsregeln um ein Jahr verlängert wird. Der IWF muß vorläufig noch in der

EG-SÜDERWEITERUNG

Verhandlungen mit Portugal und Spanien in Sackgasse

WILHELM HADLER, Brüssel

Die Beitrittsverhandlungen der EG mit Spanien und Portugal kommen nicht voran. Zum wiederholten Male trat die Gemeinschaft gestern den Iberischen Ländern mit leeren Händen gegenüber, da es den Außenministern der Zehn nicht gelungen war, wenigstens für einige der noch umstrittenen Verhandlungsbereiche eine gemeinsame Position zu finden.

Dabei wurde erkennbar, daß die EG-Regierungen, die bei der Formulierung eines Angebots erforderlichen Opfer nur im Rahmen eines politischen Gesamtpaketes bringen werden, das vorerst noch nicht entschieden ist. So machte Bonn gegenüber den Partnern geltend, daß es bei der Kindergeldregelung für spanische und portugiesische Gastarbeiter nur dann zu Zugeständnissen bereit ist, wenn sich die Gemeinschaft auf die Einführung einer Garantie-schwelle für Olivenöl verständigt.

Die Bundesregierung tritt seit langem für die Berechnung der Kindergeldes nach dem sogenannten Wohnsitzprinzip ein. Im Gegensatz zu den zur Zeit in fast allen Gemeinschaftsländern geltenden Bestimmungen soll der Familienlastenausgleich für Arbeiter, deren Angehörige im Heimatland verbleiben sind, künftig nach den in diesem Land gültigen Bestimmungen bemessen werden, die für den Bundeshaushalt erheblich günstiger sind. Andere Mitgliedsstaaten widersprechen dieser Forderung. Die beitragswilligen Länder sprechen

von einer Diskriminierung gegenüber anderen EG-Ländern.

Sicher ist offenbar, daß Spanien und Portugal zumindest für die Übergangszeit des Beitrittsvertrages eine Erstattung nach dem Wohnsitzprinzip angeboten erhalten; für die Zeit danach soll die Regelung möglichst offengehalten werden, um die Harmonisierungsbemühungen innerhalb der EG nicht zu präjudizieren.

Die Herstellung der Freizügigkeit soll nach Meinung der EG den Iberischen Staaten innerhalb einer Übergangszeit von sieben Jahren angeboten werden, während Spanien zumindest eine Überprüfung der Zugangsbedingungen für Arbeitnehmer nach fünf Jahren verlangt. Die Frage ist, wie bindend diese Zugeständnisse über die Überprüfung formuliert wird. Besonders die EG-Staaten, die mit einem Zustrom von Gastarbeitern rechnen müssen (Frankreich, Bundesrepublik und Luxemburg) wollen derzeit möglichst eine Verpflichtung zum Handeln ausschließen.

Die Verhandlungen über die Beitrittsbedingungen im Agrarbereich treten nach wie vor auf der Stelle, da sie bei einigen Erzeugnissen (vor allem beim Olivenöl) eine Einigung über eine Veränderung des gegenwärtigen Preissystems der EG voraussetzen. Ohne Opfer der Erzeugerländer Italien, Frankreich und Griechenland ist der Beitritt nicht zu verwirklichen, da die Marktkordnungsmaßnahmen schon jetzt das EG-Budget sprengen.



AUF EIN WORT

Die Bereitstellung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen ist eine Investition für die Zukunft, denn in absehbarer Zeit wird die Nachfrage nach Lehrstellen wieder knapp werden. Wir müssen daher im eigenen Interesse jetzt auch über den eigenen Bedarf hinaus jungen Menschen eine Ausbildungschance geben.

Silvia Fiedler, Leiterin Aus- und Weiterbildung, AVA Allgemeine Handelsgesellschaft der Verbraucher AG, Elmstedt. FOTO: DIE WELT

Röhren: EG will Gespräche

dpa/VWD, Brüssel
Die Europäische Gemeinschaft hat den USA wenige Tage vor der Entscheidung von Präsident Reagan über eine Drosselung der Einfuhren von EG-Massenstahl ihre Gesprächsbereitschaft über die Lieferung von Röhren in die USA signalisiert. Die EG-Außenminister gaben der Kommission grünes Licht für solche Gespräche, die zu Verhandlungen über eine Selbstbeschränkung bei den Röhreneinfuhren führen könnten. Reagan muß bis 24. September endgültig zu der Empfehlung der US-Handelsbehörde ITC Stellung nehmen, die sich für Quoten und Zölle bei Masseneinfuhren für die Dauer von fünf Jahren ausgesprochen hat.

AUTOINDUSTRIE

Aufholjagd geht weiter - Exporte im August höher

dpa/VWD, Frankfurt
Bei der Aufholjagd zum Ausgleich der streikbedingten Produktionsausfälle ist die deutsche Autoindustrie weiter vorangekommen. Im Ferienmonat August wurden die Fließbänder stärker als in den zurückliegenden Jahren ausgelastet, und die Fertigung von Pkw/Kombi-Fahrzeugen steigerte sich auf 282 000 Einheiten. Das Vorjahresniveau wurde damit um 14 Prozent überschritten, teilte der Verband der Automobilindustrie (VDA) gestern in Frankfurt mit. In den ersten acht Monaten dieses Jahres sind damit 2 314 800 Pkw/Kombi von den Fließbändern gerollt. Gegenüber Januar/August 1983 liegt das Produktionsniveau allerdings noch um acht Prozent zurück. Bei der Fertigung von Nutzfahrzeugen wurde mit 158 100 Einheiten das Vorjahresniveau um zwölf Prozent unterschritten.

US-LEISTUNGSBILANZ

Defizit erreicht dieses Jahr nahezu 100 Milliarden Dollar

H.A. SIEBERT, Washington
Das Defizit in der US-Leistungsbilanz hat sich stärker als erwartet verschlechtert und wird im Gesamtjahr 1984 an 100 Mrd. Dollar heranreichen. Wie das Handelsministerium in Washington mitteilte, betrug das Minus im zweiten Quartal 24,4 Mrd. Dollar, verglichen mit 19,7 Mrd. Dollar in der vorausgegangenen Januar-März-Periode. Der halbjährliche Passivsaldo in Höhe von 44,1 Mrd. Dollar liegt bereits über dem Gesamtdefizit von 1983 (41,7 Mrd. Dollar). Das Handelsdefizit trug zu dem Minus im zweiten Quartal mit 25,9 Mrd. Dollar bei. Zugleich verringerte sich das Nettoeinkommen aus Investitionen und Dienstleistungen von 8,3 auf 3,4 Mrd. Dollar. Die Ausländer erwarben Schatztitel des US-Finanzministeriums im Wert von 6,5 Mrd. Dollar. Damit haben sich die vor drei Jahren registrierten Rekordkäufe ver-

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Investitionen stützen die Konjunktur

Frankfurt (VWD) - Für den Herbst 1984, ganz besonders aber für das kommende Jahr ist nach Einschätzung der Commerzbank AG, Frankfurt, in der Belebung der Investitionstätigkeit - speziell bei Ausrichtungen im privaten wie auch im öffentlichen Bereich - eine wichtige Wachstumsstütze zu sehen. Stetig, aber noch ohne allzu große Dynamik stütze nun auch die Investitionstätigkeit die deutsche Konjunktur, schreibt die Bank in ihren jüngsten Wirtschaftsnotizen.

Weltbank tagt in Berlin

Bonn (DW) - Zum ersten Mal findet 1984 die Jahrestagung der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds in der Bundesrepublik Deutschland statt. Nach offizieller Einladung durch die Bundesregierung erhält Berlin jetzt den Zuschlag. Erwartet werden vom 27. bis 30. September 1984 insgesamt zwischen 8 000 und 10 000 Teilnehmer aus 146 Mitgliedsländern.

Bleibhüte wird verkauft

Hannover (dos) - Die Preussag AG, Hannover, hat ihre kanadische Tochter Preussag Metal Inc. (PMCI) an die Nova PB Inc., Montreal, veräußert. Der Vertrag, der am 28. September wirksam wird, sieht vor, daß Nova das gesamte Vermögen der PMCI übernimmt und den Betrieb weiterführt. Die Preussag beendet damit das vor sechs Jahren eingegangene Engagement in der Bleiverhüttung in Kanada, das Kosten von über 100 Mill. DM verursacht hat.

Neue Vermögenspolitik

Bonn (Mk) - Bessere Rahmenbedingungen für die Vermögensbildung fordert das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) von der Bundesregierung, damit das Ziel einer breit gestreuten Beteiligung von Arbeitnehmern am Produktivkapital der Wirtschaft erreicht werden könne. Zwar habe sich das Vierte Vermögensbildungsgesetz (936-Mark-Gesetz), das seit 1. Januar in Kraft ist, positiv auf die betrieblichen Beteiligungsaktivitäten ausgewirkt. Trotzdem sei eine

„Vermögenspolitik auf neuem Kurs“ notwendig. Vor allem der Umstand, daß es nicht zu Tarifabschlüssen mit einer vermögenswirksamen Komponente auf der Basis des neuen Gesetzes gekommen ist und dadurch Haushaltsmittel gespart wurden, eröffne neuen Spielraum.

Hypothekenzinsen sinken

Hamburg (dpa/VWD) - Die Hypothekenzinsen sinken. Die Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG (Hamburg/Berlin) ermäßigt mit sofortiger Wirkung ihre Zinsen für Hypotheken. Darlehen mit fünfjähriger Laufzeit kosten jetzt 8,30 (bisher: 8,55) Prozent Zinsen im Jahr und mit zehnjähriger Festschreibung 8,50 (8,70) Prozent, bei jeweils 100 Prozent Auszahlung.

Bauvorhaben realisieren

Bonn (rtv) - Das Bundeswirtschaftsministerium bat die Gemeinden aufzufordern, ihre Bauvorhaben zügig zu realisieren. Im September-Bericht des Ministeriums zur wirtschaftlichen Lage heißt es, bei den öffentlichen Bauinvestitionen zeichnen sich derzeit etwas positivere Aussichten ab. Besonders die Gemeinden, die mit rund zwei Drittel an allen öffentlichen Bauinvestitionen beteiligt seien und ihre Neuverschuldung am weitesten abgebaut hätten, sollten jetzt investieren, fordert das Ministerium.

Neue Staatsanleihe

Paris (J.Sch.) - Das französische Schatzamt legt eine neue Anleihe auf, deren Betrag auf (zunächst) 15 Milliarden Franc festgesetzt worden ist. Wie schon bei den vorangegangenen Staatsanleihen, so wurden die Zinssätze weiter leicht ermäßigt. Sie betragen entsprechend den unterschiedlichen Branchenbedingungen 12,2 und 11,6 Prozent. Wenn die neue Anleihe voll gezeichnet werden sollte, hätte sich die Regierung zur Finanzierung des Budgetdefizits, das in diesem Jahr nach neuesten Schätzungen auf 140 Milliarden Franc erreichte, bereits 60 Milliarden Franc auf dem Anleihewege beschafft. Im letzten Jahr war das Defizit zu 40 Prozent durch Anleihen finanziert worden.



Kunde pleite - selbst k.o.?

Da meldet ein Unternehmen Konkurs an. Sie sind nicht betroffen, wohl aber einer Ihrer besten Kunden. Angeschlagen muß der seinerseits die Zahlung einstellen. Sind nun Sie dran? Keineswegs. Mit einer Warenkreditversicherung können Sie solche Rückschläge unbeschadet wegstecken und trotzdem im Ring bleiben. Ständig prüfen wir für Sie die Bonität Ihrer Kunden, um Forderungsverlusten vorzubeugen. Und reagieren rechtzeitig, wenn sich bei einem

Ihrer Kunden Schwierigkeiten abzeichnen. Kommt es dennoch zu einem Ausfall, zahlen wir. Allein im Inland überwachen wir die Kreditwürdigkeit von über 200.000 Firmen. - Nutzen Sie unsere Erfahrung. Wir sind der führende Kreditversicherer Deutschlands - seit 1918.

Fordern Sie unsere Zuverlässigkeit und Kompetenz. Rufen Sie uns einfach an: 040 / 88 70 oder senden Sie den Coupon ein.

Hermes
Kreditversicherungs-AG

Hermes - die beste Idee seit Erfindung des Kredits.

Aktuelle Informationen für Ihre Arbeit:

(Bitte ankreuzen, abschicken - wir reagieren sofort!)

☐ Ich benötige Informationen über die Warenkreditversicherung (Hermes). ☐ Ich benötige Informationen über die Vermögensbildung (Hermes).

☐ Ich benötige Informationen über die Hypothekendarlehen (Hermes). ☐ Ich benötige Informationen über die Bausparung (Hermes).

☐ Ich benötige Informationen über die Lebensversicherung (Hermes). ☐ Ich benötige Informationen über die Unfallversicherung (Hermes).

☐ Ich benötige Informationen über die Krankenversicherung (Hermes). ☐ Ich benötige Informationen über die Altersversicherung (Hermes).

Name _____

Abt. _____

Firma _____

Straße _____

Ort _____

Telefon _____

Hermes Kreditversicherungs-AG, Direktion
Friedrichstraße 254, 1. Aufg. 5, 1000 Hamburg 30

FORSCHUNG

Kooperation vereinbart

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die europäischen Wissenschaftler sollen enger zusammenarbeiten und sich ihre Forschungsergebnisse gegenseitig zugänglich machen. Dafür haben sich die Wissenschaftsminister der 12 Mitgliedsstaaten des Europarats auf einer Tagung in Paris ausgesprochen. Die Initiative dazu ging von Staatspräsident Mitterrand persönlich aus, der schon auf dem letzten EG-Gipfel in Fontainebleau für die Schaffung eines „europäischen Wissenschaftsraums“ plädiert hatte.

Um ihre Europabeziehungen zu konkretisieren, wollen die Wissenschaftsminister ihren Regierungen vorschlagen, den Austausch von wissenschaftlichem Material und Geräten von allen direkten und indirekten Handelsbeschränkungen zu befreien. Gleichzeitig soll eine Art Forscherpaß geschaffen werden, der seinem Inhaber den Zugang zu allen wissenschaftlichen Instituten der Partnerländer erlaubt.

Als Kooperationsbereiche, in denen die neue europäische Forschungspolitik vor allem praktiziert werden soll, nannten die Minister: fortgeschrittene Technologie, Energie, Biologie und Gesundheit, Landwirtschaft und Ernährung sowie die mit der Nutzung der Erde und des menschlichen Potentials zusammenhängenden Fragen. Nähere Vorschläge dazu soll die Europäische Stiftung der Wissenschaften innerhalb der nächsten fünf Monate ausarbeiten.

Konkrete Kooperationsprojekte standen nicht zur Debatte. Frankreichs Premier und früherer Wissenschaftsminister Laurent Fabius hatte zu Beginn der Tagung die europäischen Gemeinschaftsvorhaben Airbus, Ariane, Eurodif (Urananreicherung) und Phoenix (Brutreaktor) als Vorbilder der europäischen Zusammenarbeit bezeichnet.

VEREIN FÜR SOCIALPOLITIK / Jahrestagung zu den Perspektiven der weltwirtschaftlichen Entwicklung

Liberalisierung wichtigste Zukunftsaufgabe

HANS-J. MARINKE, Travemünde
Die Liberalisierung des Handels ist Europas wichtigste Zukunftsaufgabe. Eine Fortsetzung der protektionistischen Politik bedroht nicht nur die Einheit der Europäischen Gemeinschaft, sondern ist auch ein schlechtes Beispiel für die Entwicklungsländer. Dies erklärte Jan Tumilr vom Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen Gatt auf der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik in Travemünde, die sich mit „Problemen und Perspektiven der weltwirtschaftlichen Entwicklung“ beschäftigt.

Tumilr beklagte, daß die Politik der westlichen Wirtschaftsmächte heute von Verteilungs- und umverteilungspolitischen Gesichtspunkten dominiert werde und sich zunehmend der Einfluß von Gruppen- und Verbandsinteressen durchsetze. Unter dem Einfluß der Verteilungspolitik seien auch die außenwirtschaftlichen Beziehungen durch

Einfuhrbeschränkungen, Subventionen und administrative Marktaufteilungen entscheidend dem freien Spiel der Kräfte entzogen worden.

Daß die Möglichkeiten der Subventionierung, die der EG-Vertrag bietet, in so hohem Maße genutzt werden, liegt nach Ansicht Tumilrs primär am Machtzuwachs der EG-Kommission. In der politischen Praxis sei ihr Handlungsspielraum so stark gewachsen, daß von einer „ohne parlamentarische Kontrolle arbeitenden Exekutive“ gesprochen werden könne, die ihre politische Unterstützung vor allem bei jenen Gruppen suche, die von ihren Entscheidungen direkt betroffen sind. Den Schlüssel zum Protektionsabbau sieht Tumilr in der Stärkung der Meistbegünstigungsklausel.

Auch der Handel mit Dienstleistungen, der in den vergangenen Jahren sehr viel stärker als der Warenhandel gewachsen ist und auf den

bereits mehr als 20 Prozent aller Weltexporte entfallen, unterliege in erheblichem Maße nationalen Regulierungen. Darauf wies Siegfried Schult von Deutschem Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin hin. Vor allem bilaterale Regelungen und die Diskriminierungen einzelner Handelspartner böten Anlaß zu erhöhter Sorge.

Die Möglichkeiten, rasch Hemmnisse in diesem Bereich zu beseitigen, veranschlagt Schult nicht sehr hoch. Durchgreifende Verhandlungslösungen scheiterten zur Zeit an divergierenden Interessen. Für wahrscheinlich hält er nur partielle Lösungen in einigen Dienstleistungssektoren zwischen einigen Entwicklungsländern.

Stefan Tangermann von der Universität Göttingen prangerte die Verzerrungen des internationalen Agrarhandels durch staatliche Eingriffe an. Die Dauerhaftigkeit des Agrarprotektionismus, gegen den das Gatt sich als

weitgehend wirkungslos erwiesen hat, habe das Vertrauen in die internationale Handelsordnung vermindert. Liberalisierungsfortschritte in anderen Bereichen behindert und immer wieder zu handelspolitischen Auseinandersetzungen geführt.

Mehr Freiraum für Klein- und Mittelbetriebe forderte Erich Staudt von der Universität Duisburg. Anders als Großunternehmen und Staatsbetriebe richteten sie ihre Betriebsführung nicht planmäßig auf die Vermeidung von Risiken aus. Dadurch würden sie oft Neuland betreten.

Die amerikanische Zinsentwicklung habe zwar einen signifikanten Einfluß auf die europäische Entwicklung, so dominiere diese aber „bei weitem nicht vollständig“. Inländische Faktoren haben nach einer Untersuchung von Gerhard Kirchgässner aus Zürich und Jürgen Wolters aus Berlin einen ganz erheblichen Einfluß.

NAMEN

Herwig Baumann (40), Geschäftsführer der Augburger NCR GmbH, wurde per 1. Januar 1985 Generalmanager der NCR Schweiz.

Wilhelm Winterstein, Finanzvorstand der Dunlop AG, Hanau, geht am 1. Oktober als Sprecher der Geschäftsführung zur Conti-Gummi-Tochter Vergoelst GmbH, Bad Nauheim. Sein Vorgänger, Dr. Hans-Joachim Klages, übernimmt bei Conti in Hannover die Leitung des Bereichs „Strategische Planung“.

Hermann Bahlens, persönlich haftender Gesellschafter der H. Bahlens Keksfabrik KG, ist in den Aufsichtsrat des Haftpflichtverbandes der Deutschen Industrie a. G., Hannover, gewählt worden.

Wolfgang Eickmeier (41), wurde zum Leiter der Niederlassung Dietzenbach der Spedition United-WF, Köln, bestellt.

Fast 60 000 Arbeiter sind im Ausstand

dpa, Detroit

Fast 59 000 Arbeiter in zwölf ausgewählten Betrieben des US-Auto-Herstellers General Motors haben einen Streik begonnen, um ihren Forderungen nach Lohnerhöhungen und einer besseren Arbeitsplatzsicherung Nachdruck zu verleihen. Die Gewerkschaft der Automobilarbeiter (UAW) hatte die Angehörigen dieser Betriebe, in denen vor allem die Spitzenmodelle des Konzerns produziert werden, bereits am Wochenende für diese Aktion ausgerufen. Am Montag waren die Verhandlungen zwischen Gewerkschaftsvertretern und der Firmeneleitung von General Motors unterbrochen worden. Es ist das erste Mal seit 14 Jahren, daß bei General Motors wieder gestreikt wird. Der letzte Ausstand im Jahre 1970 hatte 67 Tage gedauert.

Anpassung an EG-Regelungen

Mk. Bonn

Durch eine Änderung der entsprechenden Gesetze sollen die Bedingungen für den Seehafenhinterlandverkehr an die EG-Regelungen angeglichen werden. Eine gemeinsame Gesetzesinitiative der vier Küstenländer im Bundesrat kündigte der Hamburger Senator Volker Lange an, nachdem am Tag zuvor in einem Spitzengespräch beim Bundesverkehrsminister keine Einigung über das weitere Vorgehen erreicht werden konnte. Während sich Bundesverkehrsminister Dollinger für Lösungen unterhalb der Gesetzesschwelle, zum Beispiel für die Erweiterung der Tarifmengen entsprechend den EG-Regelungen, aussprach, verlangten die Küstenländer sofortige gesetzliche Regelungen für den Straßengüterverkehr und die Binnenschifffahrt.

Banken weiter gegen fiktives Eigenkapital

dpa/VWD, Bonn

In einer marktwirtschaftlichen Ordnung hat fiktives Eigenkapital keinen Platz. Nur tatsächlich vorhandenes Kapital kann Grundlage und Risikoträger wirtschaftlichen Handelns sein. Diese Auffassung vertritt der Bundesverband deutscher Banken in einer dem Finanzausschuß des Bundestages übermittelten Stellungnahme zur Kreditwesengesetz-Novelle (KWG).

Danach erkennen die Banken das wesentliche Ziel der Novelle, nämlich die Einführung eines bankaufsichtlichen Konsolidierungsverfahrens, im Interesse der Transparenz und der Risikobegrenzung an. „Eine unabdingbare Voraussetzung ist jedoch, daß den öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten kein Haftungszuschlag zugestanden und insoweit dem Regierungsentwurf gefolgt wird.“

Nach Überzeugung des Bankenverbandes würde eine Entscheidung zugunsten des Haftungszuschlags noch mehr staatliche Kreditwirtschaft bedeuten. Bei der Novellierung des KWG geht es unter anderem um die Abgrenzung des Eigenkapitals der Kreditinstitute. Da Banken und Sparkassen Kredite nur bis zum 18fachen ihres Eigenkapitals vergeben dürfen, ist die Frage, was als Eigenkapital anzurechnen ist, von übertragender Bedeutung. Bei den Genossenschaftsbanken erkennt das KWG bislang einen Haftsummenzuschlag von maximal 50 Prozent auf die Geschäftsguthaben an. Dieser Zuschlag beruht auf einer vertraglichen Haftungsübernahme des Genossen über seinen Genossenschaftsanteil hinaus.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Achim: Claus Böckmann, Zimmermeister, Fischerhude/Krs. Verden/Aller; Amberg: 1. EBS Holzkraft GmbH & Co. KG, Walkeford; 2. EBS Holzkraft GmbH, Regensburg; Bad Homburg: Monent-Bau Hoch- u. Tiefbau GmbH, Oberursel/Ts.; Licht + Leuchte GmbH, Friedrichsdorf/Ts.; Berlin: Charlottenburg: Vacht & Radolf Film; Gessler: Ise Kraft, Gostvitz; Vahlberg, Hannu AS-Bau Vertriebsges. f. Bauprodukte mbH, Umma; Mainz: Otto Berger Angelporger GmbH, Nordoststadt; Frankfurt: Hansbau GmbH, Nordheim; Josef Fickens, Maschinen- u. Fahrzeugbau, Neuenhaus; Peltz: Alfred Ueber, Fahrschullehrer, Hohenhameln; Westel: Dieter Hillesheim, Tischlerei, Ellenz; Ellenz: 1. Auschul-Konkurs eröffnet: Bruchsal: SRE Spezial-Bauelemente GmbH, Dautenbach; „Wendland-Haus“ Massivhaus GmbH, Verdel; 1. Konkurs eröffnet: Berlin: Charlottenburg: Paul Schaefer, Inh. d. Jürgen Gerberd u. Ursula Hummel Leinen u. Wäcker; Meppen: Hermann Stiefens, Bauntemnehmer, Haren (Ems); Vöhringen: Heinrich Braunschwager KG, L.W. Eisinger Betrieb f. Oberflächenvorverteilung GmbH & Co. KG.

HANDEL / Exporte der Dritten Welt erleichtern

Markttöffnung gefordert

dpa, Rio de Janeiro

Die Märkte der Industriestaaten sollen für Produkte der Entwicklungsländer leichter zugänglich gemacht werden. Auf einer Konferenz in Rio de Janeiro kamen die für den Außenhandel verantwortlichen Minister aus 15 Staaten überein, daß der verschuldeten Staaten der Dritten Welt verstärkt die Möglichkeit gegeben werden müsse, ihre Schulden durch Exporte in die Industrieländer abzubauen.

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann erklärte nach Abschluß der zweitägigen Konferenz in Rio, bisher hätten die Schuldnerländer ihre Zahlungsbilanzen vor allem durch Importbeschränkungen verbessert. Was nicht im Interesse der Industriestaaten liege. Deshalb sei dafür zu sorgen, daß die Exportmöglichkeiten der Entwicklungsländer gestärkt werden. Besonderes Gewicht solle auf Textilien, tropische Früchte und

andere Landwirtschaftsprodukte gelegt werden.

Die Konferenz mit Vertretern aus Europa, Nord- und Südamerika, Asien und Australien war sich außerdem einig, daß der Protektionismus mit Entschiedenheit bekämpft werden müsse. „Der Protektionismus schadet allen“, betonte Bangemann. Seine Kollegen und er stimmten überein, daß Handel und Konkurrenz so frei wie möglich sein müßten.

Die Ministerrunde diskutierte die Reformbestrebungen innerhalb des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt). Dabei spielte vor allem die Frage eine Rolle, wie die Regeln des Gatt strenger angewendet werden können. Bei einem Gatt-Treffen im November soll die Diskussion über die Reform der Organisation fortgesetzt werden. Bangemann setzte sich für eine neue große Gatt-Verhandlungsrunde über die Weiterentwicklung des Welthandels ein.

SELBSTÄNDIGE / Kienbaum: Frappierende Chancen

Für den Sprung nie zu früh

PETER GILLIES, Bonn

Trotz jahrelanger Demotivierung des Leistungswillens und staatlicher Gängelung bieten sich auch heute den Selbständigen und Existenzgründern „frappierende Chancen“. Diese Einschätzung gab der Unternehmensberater Gerhard Kienbaum gestern vor einem Symposium der Ludwig-Erhard-Stiftung in Bonn ab. Die Zielgruppe, der man Mut machen müsse, sei praktisch die gesamte Bevölkerung.

Die Szene der Selbständigen ändere sich „rasant“, meinte Kienbaum. Es sei zwar zu beklagen, daß die Teilung zwischen „Leistern“, die ständig mehr arbeiten und „Versorgen“, die immer weniger für ihre Versorgung bezahlen, tiefer werde. Aber das Innovationsangebot in Produktion, Handel und Dienstleistungen sei derart „überreichlich“, daß jeder seine Chance finde, der sie suche. Auch gebe es genug flüssiges Kapital und Führungspersönlichkeiten, um eine neue Welle von Selbständigkeit auszulösen.

Dieser Einschätzung widerspreche es nicht, wenn man von einer Krise

der Selbständigen rede, sagte Kienbaum. Eine Politik, die die Belastbarkeit der Wirtschaft prüfen wollte, ausufernde Staatstätigkeit und die Abwertung von Leistungsbereitschaft und Gewinnstreben hätten viele Selbstständige derart gebeutelt, daß sie leidet den Kampf aufgegeben hätten. Auch heute sei die Ansicht unausrottbar, daß der Staat Aufgaben besser zu lösen imstande sei. Tatsächlich arbeite jede öffentliche Verwaltung unteroptimal, und weil sie nicht unter Wettbewerb stehe.

Auch die neue Regierung Kohl habe dieses Klima nicht entscheidend gewandelt, sondern sich nur mit „übervorsichtigen Kursänderungen“ zufriedengegeben, bemängelte Kienbaum. Aber da der Erdölpreisanstieg Grenzen kenne und „es immer ein noch besserer Weg gibt“, sei es für den Sprung in die Selbständigkeit nie zu früh oder zu spät. Zum Mitmachen gehörten Gewinnorientierung, Motivation und Ertragsbeteiligung der Mitarbeiter sowie eine Dezentralisierung der Entscheidungsprozesse, meinte der Unternehmensberater.

ENERGIEPOLITIK / Paris setzt weiter auf Kernkraft

Gedämpfte Tarifierhöhungen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Angesichts der Dollarhaussse will die französische Regierung den Mineralölverbrauch dämpfen und dafür den Stromverbrauch begünstigen. Zu diesem Zweck hat sie letzte Woche die Ölproduzentensteuer erhöht. Dadurch wird sich insbesondere das Benzin um zwei Punkte über die Inflationsrate hinaus verteuern. Die Strompreise dagegen sollen um mindestens einen Punkt hinter dieser Rate zurückbleiben. Zur Unterstützung dieser neuen Energiepolitik wird eine Aufwertung des Kernenergieprogramms erwartet.

Ende letzten Jahres waren in Frankreich Kernkraftwerke mit einer Leistung von 27 000 Megawatt in Betrieb, die 48,4 Prozent des gesamten Stromverbrauchs deckten. Im Bau befinden sich gegenwärtig 27 Kernkraftwerksblöcke mit 35 000 Megawatt.

Wegen drohender Überkapazitäten hat die Electricité de France (EDF) inzwischen aber die Vergabe neuer Aufträge eingestellt. Nunnmehr ist die Rede davon, daß im nächsten Jahr wieder ein bis zwei neue Kernkraftwerke bestellt werden sollen.

Bei der hohen Verschuldung der EDF von über 200 Mrd. Franc bei einem Umsatz von 123 Mrd. Franc wirft das einige Probleme auf. Auch droht die EDF durch die restriktive Tarifpolitik wieder tiefer in die roten Zahlen zu geraten. Schon nach dem bisherigen Voranschlag war für 1984 mit einem Defizit von 1,5 Mrd. Franc gerechnet worden.

Im bisherigen Verlauf dieses Jahres wurden die französischen Stromtarife entsprechend dem Preisanstieg um fünf Prozent angehoben. Außerdem hat sich der Stromverbrauch über die Erwartungen hinaus erhöht. Für 1984 rechnet die EDF mit einem Verbrauchszuwachs von mindestens sieben Prozent gegenüber fünf Prozent 1983 und einer Stagnation 1982.

Bis 1990 wird bei einer realen Verbilligung der Stromtarife mit einer Verdröpfung des Stromverbrauchs im 10-Jahres-Rhythmus gerechnet, wie dies vor dem ersten Ölpreisschock der Fall gewesen war. Der Kernstromanteil an diesem Verbrauch soll dabei auf 75 Prozent steigen. Damit könnte die Elektrizität insgesamt 40 bis 45 Prozent der gesamten Energiebedarfs decken, gegenüber gegenwärtig 33 Prozent.

Im vergangenen Jahr habe Frankreich 169 Mrd. Franc für seinen Energieimport ausgeben müssen. In diesem Jahr sind mindestens so viel allein für die Einfuhr von Mineralöl aufzuwenden.

Das liegt allerdings nicht nur an der Dollarhaussse. Auch der Ölproduzentenverbrauch, insbesondere der Benzinverbrauch, zeigt neundings wieder steigende Tendenz.

HANSESTADT BREMEN / Streit zwischen dem Senat und der Bundesregierung

Gleichstellung mit der Saar abgelehnt

W. WESSENDORF, Bremen

Die Wellen im Streit zwischen dem Senat der Freien Hansestadt Bremen und der Bundesregierung um die Gleichstellung des kleinsten Bundeslandes mit dem Saarland schlagen hoch. Es geht um die Zuwendung von Finanzmitteln des Bundes für „besonders bedeutsame Investitionen zur Stärkung der Wirtschaftskraft“, die Bremen für sich beansprucht.

Die Bundesregierung hat nun erklärt, daß der Westerstaat finanziell stärker sei als das Saarland. Vor der Bundespressekonferenz sagte Regierungssprecher Peter Boenisch, im Gegensatz zum Saarland habe Bremen als Hanse- und Hafenstadt einen festen traditionellen Platz im Wirtschaftsgefüge der Bundesrepublik.

Die Bremer Landesregierung fühlt sich mit ihren großen finanziellen Schwierigkeiten von der Bundesregierung allein gelassen. Bürgermeister Hans Koschik will nun den Anspruch vor dem Bundesverfassungsgericht durchsetzen. Das wäre der zweite Gang vor höchste Gericht; dort läuft ein Normenkontrollverfahren zur Zuteilung von Bundes-

ergänzungszuweisungen. Das Saarland kassiert zwischen 1985 und 1987 insgesamt 300 Millionen Mark Grundlage für solche Hilfen des Bundes ist Artikel 104 a Absatz 4 des Grundgesetzes. Entscheidende Ursache für die ungünstige Wirtschaftslage des Saarlandes ist, wie der Regierungssprecher sagte, der „mehrfache Wechsel des Staats- und Wirtschaftsverbundes und vor allem der Zeitpunkt der Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik“.

Die Wirtschaftsstruktur an der Saar sei durch eine Monstruktur von Kohle und Stahl geprägt, meinte der Regierungssprecher. In beiden Bereichen gebe es lang anhaltende Branchenrisiken. Zu Bremen sagte Boenisch: „Bremen hat zwar auch einige Sorgenkinder, ein Stahlwerk und den Hafen, aber die diversifizierte Wirtschaft Bremens hat auch viele gut dastehende Bereiche wie Handel und Luftfahrt.“ Das Bruttoinlandsprodukt liege in Bremen mit 35 092 Mark pro Kopf viel höher als im Saarland mit 24 188 Mark (für 1983).

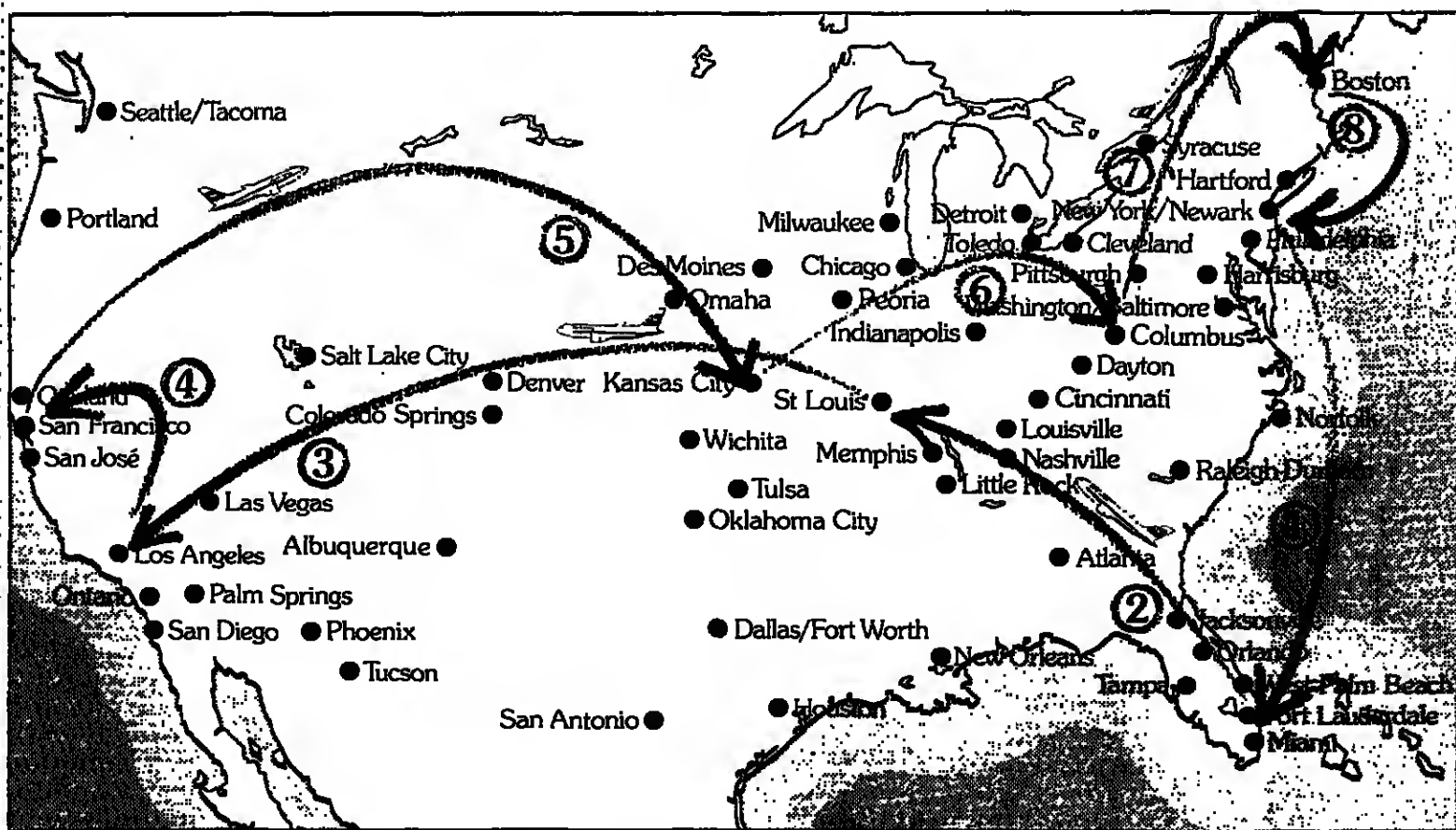
Der Bremer Senat begründete die beantragte Bundeshilfe mit der im

Vergleich zum übrigen Bundesgebiet sich ständig verschärfenden strukturellen Schwäche der bremischen Wirtschaft. Ursache für die ungünstige Wirtschaftslage sei die einmalige Zusammenballung von Problembranchen, wie Schiffbau, Eisen- und Stahlgewinnung, Fischwirtschaft sowie der Nahrungsmittel- und Genussmittelindustrie.

Finanzsenator Moritz Thage: „Die gewaltigen Anstrengungen Bremens, hauptsächlich durch Kürzungen auf der Ausgabenseite, reichen nicht aus, um die Lücken im Haushalt zu schließen.“ Die wachsenden Haushaltsentwürfe für 1985 weisen beispielsweise einen Ausgabenüberschuß von 77,5 Millionen Mark im 4,6-Milliarden-Etat aus.

„Aus diesen Gründen, so meinte der Finanzsenator, sei die hohe Verschuldung Bremens zu erklären. Bremen verzeichnet gegenüber den übrigen Bundesländern die höchsten Zinsen je Einwohner (12 690 DM). Die höchste Zinslastquote (14,7 Prozent) gleichzeitig aber die geringste Investitionsquote (12,6 Prozent).

Nur bei TWA: achtmal die freie Auswahl in USA. Für 349 Mark.



Bei TWA, der größten Transatlantik-Fluglinie, wird auch das Fliegen und Sparen großgeschrieben. Da kommen Sie mit einem Satz über den Teich, ohne große Sprünge zu machen. Frankfurt - New York und zurück beispielsweise gibt's zum Holiday-Tarif für 1.228 Mark*.

Wenn Sie noch 349 Mark drauflegen und sich ein Entdecker-Ticket in die Reisetasche stecken, dann können Sie zwischen dem 15. Oktober und dem 27. März bis

zu 8 Orte anfliegen. Ohne einen Pfennig mehr zu zahlen. Zugabe, die Wahl wird Ihnen nicht leichtfallen, bei den über 60 Städten, die wir in den USA auf dem Flugplan haben.

Wie wär's mit der Olympia-Stadt Los Angeles, New Orleans, der Wiege des Jazz, Denver, Dallas ... Wir möchten Ihnen nicht vorgreifen. Ein bißchen Zeit sollten Sie schon noch investieren, um in Ihrem Reisebüro einen traumhaften Amerikatrip zusammenzustellen.

Mit uns können Sie immer rechnen: Auch wenn's weniger als 8 Flüge sind, kommt man mit diesem Angebot günstig weg.

Also, am besten die ganze Reise gleich buchen: bei Ihrem Reisebüro, TWA Frankfurt 069/77 06 01 oder den Generalagenturen in Hamburg 040/37 24 91, Düsseldorf 02 11/8 48 14, München 089/59 76 43.

* Bei Reiseantritt zwischen dem 15. und 24. 12. 1984. Buchung 30 Tage vorher. Mindestaufenthalt 14 Tage, maximal 3 Monate.

Sie sollen sich bei uns wohlfühlen



Handwritten signature: J. W. Wessendorf

BRAUNSCHWEIGER ZUCKER / Neue Probleme

Ertrag unbefriedigend

DOMINIK SCHMIDT, Wietze
Die Braunschweiger Zucker-AG, Wietze, die Anfang 1985 mit der Zuckerfabrik Uelzen-AG fusionieren wird, rechnet im laufenden Jahr nur mit einem durchschnittlichen Rübenanbau. Dies, so erklärte der Vorstand vor der Hauptversammlung, zeichne sich nach den Proberodungen ab. Als unbefriedigend werden die Ertragsaussichten für das Geschäftsjahr 1984/85 bezeichnet. Der Abbau des deutschen Währungsungleichs und die damit verbundene Senkung des Zuckerinterventionspreises um 5,15 Prozent oder rund 7 DM je Dezentonne (dt) Zucker sowie gestiegene Energie- und Personalkosten werde die Branche vor bisher nicht gekannte Probleme stellen.

Bereits bei der Begründung des Zusammenschlusses zwischen Uelzen und Braunschweig Anfang 1984 habe der Vorstand auf die agrarpolitische Entwicklung innerhalb der EG

und deren negativen Einfluß auf die Zuckerindustrie hingewiesen. Der Beschluß zur Verschmelzung der beiden Unternehmen sei so gesehen „noch zum rechten Zeitpunkt erfolgt“. Die neue Gesellschaft verfüge über genügend wirtschaftliche Kraft, um den schlechten Zukunftsaussichten standhalten zu können.

Im Geschäftsjahr 1983/84 (31.3.) gingen die Rübenanlieferungen um 36,2 Prozent zurück. Verarbeitet wurden fünf (7,9) Mill. dt Rüben. Die Zuckererzeugung verringerte sich auf 0,76 (1,24) Mill. dt. Gleichzeitig sanken die Umsatzerlöse um 15,3 Prozent auf 147 (178) Mill. DM. Nach Übernahme von Abschreibungen bei Sachanlagen in Höhe von 14,9 (9,7) Mill. DM ergibt sich ein Jahresüberschuß von 2,45 (3,09) Mill. DM. Die Aktionäre erhalten eine unveränderte Dividende von sechs Prozent. Der freien Rücklage wurden insgesamt 1,8 Mill. DM zugewiesen.

BASLER-VERSICHERUNGEN / Hohes Wachstum

Stärker im Privatgeschäft

HARALD POSNY, Düsseldorf

Bei der deutschen Direktion der Basler Versicherungsgesellschaft, Bad Homburg v.d.H., haben Prämienvolumen und Ertragsentwicklung 1983 voll den Erwartungen entsprochen. Die Beitragsentnahmen stiegen um 6,2 (4,3) Prozent auf (brutto) 205 Mill. DM, im Gleichklang wuchs auch das selbst abgeschlossene Geschäft um 6,1 (4,2) Prozent auf 300 Mill. DM. Dieses Wachstum geht überwiegend auf das Privatkundengeschäft zurück, was nicht ohne Wirkung auf den Selbstbehalt von 82,5 (80,7) Prozent blieb, da hier geringerer Rückversicherungsbedarf besteht als bei kommerziellen Risiken.

Freilich ließen die Erfolge im Privatkundengeschäft über höhere Abschlusskosten damit auch die Verwaltungskostenquote auf 29,6 (28,8) Prozent der Bruttobeiträge steigen. Einige Großbrände verursachten einen Anstieg der Schadenbelastung auf brutto 77 (84,9) Prozent. Netto fiel sie mit 63,7 (68,7) Prozent günstiger aus. Am Prämienaufkommen sind Transport (42 Mill. DM), Kraftfahrt (36), Feuer (30), Unfall (21) und Technische Versicherung mit 20 Mill. DM beteiligt. Versicherungstechnisch blieb

ein Überschuß, höhere Erträge an Kapitalanlagen brachten „ein insgesamt zufriedenstellendes Betriebsergebnis“.

Bei der Basler Lebensversicherungsgesellschaft in Deutschland war die Zunahme im Neugeschäft 1983 mit 300 Mill. DM (plus 14,8 Prozent) etwas höher als im Jahr zuvor. Der Bestand erreichte 2,52 (2,44) Mrd. DM Versicherungssumme. Am Neugeschäft haben Einzel-Kapitalversicherungen mit 88 Prozent den größten Anteil.

Aus 657 Mill. DM Kapitalanlagen (plus 9,3 Prozent) gingen die Erträge mit 55 Mill. DM um 11,5 Prozent über das Vorjahr hinaus. Der Rohüberschuß von 36 Mill. DM (plus 12 Prozent) ging mit 36,1 Mill. DM in die Rückstellung für Beitragsrückerstattung.

Die Basler Gruppe weist für 1983 ein Prämienvolumen von 1,85 (1,72) Mrd. sfr bei 23,7 (22,4) Mill. sfr Reingewinn aus. Der Kompositversicherungserlös erstmals über 1 Mrd. sfr Prämienaufkommen, die Lebensversicherung wuchs um 13 Prozent auf 740 Mill. sfr. Bei 3,9 (3,3) Mrd. sfr Neugeschäft wurde ein Bestand von knapp 18 (16,9) Mrd. sfr erreicht.

SEL / Noch ein bedeutendes Investitions-Potential in der Rationalisierung

Bürokommunikation wächst kräftig

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Für das Gebiet der Bürokommunikation wird der bundesdeutsche Markt (ohne Groß-EDV-Anlagen) auf gegenwärtig 8 bis 10 Mrd. DM Jahresumsatz geschätzt. Bei geschätzten 8 Mill. Büro-Arbeitern in der Bundesrepublik ergibt sich somit ein Investitionsaufwand von etwa 1000 DM pro Arbeitsplatz und Jahr. Hermann Chlopka, Vorstandsmitglied der Standard Elektrik Lorenz AG (SEL), Stuttgart, der den Gruppenbereich Private Kommunikationssysteme leitet, sieht auf jenem Felde ein noch schimmerndes erhebliches Produktivitätspotential. Denn im Vergleich zur Fertigung in den Fabriken ist der Automatisierungsgrad der Büroarbeit noch recht gering.

Bei SEL rechnet man damit, daß sich die Investitionen pro Arbeitsplatz in allen drei Bereichen der Bürokommunikation (Sprache, Text, Daten) bis 1993 mehr als verdoppeln. Der Geschäftsumfang der SEL auf diesem Gebiet soll sich in etwa fünf Jahren verdoppelt haben, was heißt, daß jährliche Zuwachsraten von rund 15 Prozent angestrebt werden.

Im Geschäftsjahr 1983 hatte SEL in der Sparte der Privaten Kommunikationssysteme den Umsatz um fast 15 Prozent auf 916 Mill. DM gesteigert und auch schwarze Zahlen geschrieben. 1982 war noch mit Verlust gearbeitet worden. Der Auslandsanteil am Umsatz lag bei 20 Prozent. In der ersten Jahreshälfte 1984 belief sich das Wachstum im Auftragseingang aus dem Inland auf über 12 Prozent, aus dem Ausland kamen 7 Prozent mehr Aufträge. Zur Zeit fährt das Unternehmen vor allem im Werk Gunzenhausen (600 Beschäftigte), wo Nebenstellenanlagen hergestellt werden, ein „Aufholprogramm“, um arbeitskampfbedingte Produktionsausfälle wieder hereinzuholen. Das ganze Jahr werde für den Gruppenbereich erneut ein Umsatzzuwachs bringen. Insgesamt beschäftigt SEL in dieser Sparte 6000 Mitarbeiter.

Am Markt, auf dem zunehmend die Vernetzung bereits installierter Anlagen, sowie die Grundausstattung kleiner und mittlerer Betriebe anstehen, will SEL stärker in die Rolle eines „Gesamtsystemanbieters“ hineinwachsen. In diesem Zusammenhang ist auch

die beabsichtigte Beteiligung (angepeilt werden 39 Prozent) an der im Bereich der Mittleren Datentechnik tätigen und zur Diehl-Gruppe gehörenden Firma Computertechnik Müller GmbH (CTM), Konstanz, zu sehen. Die Beteiligungsverhandlungen wollen man noch in diesem Monat erfolgreich abschließen.

Bei Telefon-Nebenstellenanlagen liegt SEL in der Spitzengruppe der Branche, in der Textkommunikation auf Platz zwei. In der „gehobenen Textverarbeitung“ wurde in Kooperation mit Wang der Markteintritt erst unlängst vollzogen. Bei Mikrocomputern (ITT 3030) beträgt der Marktanteil 7 Prozent.

Schwerpunkte des weiteren Ausbaus sind neue Produkte (Bildschirmtextsystem-Familie ITT 9000, ein neuer Personalcomputer), Verbreiterung der Aktivitäten bei der Software, sowie Fertigungs- und vertriebspolitische Maßnahmen. Dazu zählt auch die Übernahme der Produktion des Bildschirmtextsystems ITT 3167 für den europäischen Markt von den USA in das Berliner SEL-Werk.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

VDM schließt Werk

Frankfurt (dpa/VWD) - Die Vereinigte Deutsche Metallwerke AG (VDM), Frankfurt, wird ihr Rohrwerk in Duisburg schließen. Einem großen Teil der betroffenen Arbeitnehmer, derzeit sind in Duisburg rund 600 Mitarbeiter beschäftigt, können voraussichtlich Arbeitsplätze im Raum Duisburg angeboten werden. VDM beabsichtigt, wesentliche Teile des Produktionsprogramms des Rohrwerks Duisburg an die Mannesmann-Röhren-Werke abzugeben. Das VDM-Rohrwerk in Duisburg werde im laufenden Geschäftsjahr 1983/84 (30.9.) einen Umsatz von 120 Mill. DM erreichen. Dabei wird ein Verlust von über 20 Mill. DM erwartet.

Wolfgang Krauss wird 60

Düsseldorf (DW) - Am 20. September wird Flugkapitän Wolfgang Krauss, seit Februar 1958 als Flugzeugführer bei LTU und seit 1960 Mitgeschäftsführer, 60 Jahre alt. Der Flugbetrieb und technische Bereich wurde entscheidend durch ihn beeinflusst. Besonders in der Flottenpolitik

setzte er neue Maßstäbe. So verfügte LTU 1969 als erstes deutsches Charterflugunternehmen über eine reine fabrikneue Düsenflotte. Nach dem völlig unerwarteten Tod seines



Freundes und LTU-Gründers Ernst-Jürgen Ahrens im Dezember 1980 wurde Wolfgang Krauss zum geschäftsführenden Gesellschafter der LTU berufen. Seinen letzten großen

Erfolg durfte er am 7. Juni 1984 feiern: Die Inbetriebnahme der neuen Fluggesellschaft LTS - Lufttransport Süd AG & Co. Fluggesellschaft in München. Vorstand der AG ist Wolfgang Krauss.

Brose im Vergleich

Stuttgart (dpa/VWD) - Die Brose Werkzeugmaschinen GmbH & Co. KG, Püttlingen, hat Vergleich beantragt. Wie der Stuttgarter Rechtsanwalt Volker Grub als vorläufiger Vergleichsverwalter mitteilte, wurde der Antrag notwendig, nachdem sich die Mehrheitsgesellschafter Christine Volkmann und Michael Stoschek aus dem Unternehmen zurückgezogen haben. Beide sind Inhaber der Firma Brose Fahrzeugteile GmbH & Co. KG, Coburg, und hatten im Jahr 1981 die Firma Werkzeugmaschinenfabrik Hag GmbH & Co. KG erworben, die Anfang 1982 in Brose Werkzeugmaschinen GmbH & Co. KG umbenannt wurde. Zur Zeit beschäftigt das Unternehmen 370 Mitarbeiter und erzielte 1983 einen Jahresumsatz von 40 Mill. DM.

DRALLE / Mitarbeiterbeteiligung wird ausgebaut

Ryf-Gruppe übernommen

DIETER F. HERTEL, Hamburg

Der Hamburger Haarpflegespezialist Dralle hat die Schweizer Firmen Ryf übernommen. Die Gruppe besteht aus drei Firmen: Die Ryf AG, Zürich, mit 13 Friseursalons in der Schweiz, die Ryf GmbH, Zürich, die hochwertige Haarpflegemittel (preislich oberhalb des von Dralle besetzten Konsumbereichs) herstellt und vertreibt, sowie die Ryf GmbH, Lörach, die in Deutschland Ryf-Erzeugnisse sowie in Lizenz die Parfüm-Linien „Pierre Cardin“ und „Grey Flannel“ sowie die Kosmetik-Linie „Jeanne Gattineau“ vertreibt.

Die Übernahme der Gruppe (100 Mitarbeiter, Jahresumsatz etwa 10 Mill. DM) wurde von einer Schweizer Großbank finanziert. Die Ryf-Inhaber haben bereits seit zwei Jahren mit Dralle kooperiert. Dabei gelang es ihnen, die von ihnen 1980 übernommene Gruppe aus den roten Zahlen herauszuführen. Die bisherigen Inhaber erhielten langfristige Geschäftsführerverträge. Ryf soll als selbständige Unternehmensentität neben Dralle weitergeführt werden, um alle Marktchancen zu nutzen.

Wie Frank G. Breckwoldt, der zusammen mit zwei Brüdern das 1852 gegründete Familienunternehmen in vierter Generation leitet, gestern sagte, rechnet Dralle für 1984 mit einem Umsatzwachstum von 8 bis 12 Prozent. 1983 waren etwa 110 Mill. DM umgesetzt worden, davon 40 Prozent im Ausland, zum Großteil mit Lizenznehmern. In den ersten Monaten dieses Jahres betrug das Umsatzwachstum im Inland nominal wie real 5,3 Prozent, im Ausland mehr als 20 Prozent. Dabei setzte sich besonders die positive Tendenz bei der hundertprozentigen Tochtergesellschaft in Japan fort. Wie im Vorjahr rechnet die Unternehmensgruppe mit einem zufriedenstellenden Ergebnis.

Im nächsten Jahr will Dralle die 1983 eingeführte Mitarbeiterbeteiligung (bisher 0,8 Mill. DM in Form von stillen Beteiligungen) ausbauen. Im ersten Beteiligungsjahr wurde an 120 (von insgesamt 350) Mitarbeiter die erzielbare Höchstverzinsung von 15 Prozent auf ihre Einlage bar ausbezahlt. Für Forschung und Entwicklung wendet Dralle 4 bis 6 Prozent des Inlandsumsatzes auf.

MD-Papier weiter optimistisch

dpa/VWD, München

Die MD Papierfabriken gehen optimistisch ins zweite Halbjahr 1984. Das teilte Karl Heinz Nicolaus, der geschäftsführende Gesellschafter der MD Verwaltungsgesellschaft Nicolaus GmbH & Co. KG, München, mit. Insgesamt hoffe die Gruppe, 1984 weltweit einen Umsatz von rund 1 (0,75) Mrd. DM zu erzielen. Auch für 1985 werde mit einer positiven Entwicklung gerechnet. 1983 ist nach Angaben von Nicolaus der Umsatz der Gruppe weltweit um 5,6 Prozent gestiegen, während die deutschen Gesellschaften sogar eine Umsatzsteigerung von 9,5 Prozent erzielten. Der Absatz im Konzern wuchs um 12,9 Prozent auf 441 400 Tonnen Papier.

Die Zahl der Mitarbeiter im Konzern fiel 1983 von 2049 auf 1707 Beschäftigte. Das Jahresergebnis der deutschen MD-Gesellschaften reduzierte sich von 15 auf 8,3 Mill. DM. Die Investitionen sanken von 88 auf 10,7 Mill. DM. Die Verwaltungsgesellschaft gehört zu 72 Prozent der Familie Nicolaus, den Rest hält der Verlag Burda GmbH, Offenburg.

Spielwaren im „leichten Aufwind“

dpa/VWD, Nürnberg

Von einem „leichten Aufwind“ berichtet die Vereinigung der Spielwaren-Fachgeschäfte eG - Vedes -, Nürnberg, der über 500 Spielwarengeschäfte in der Bundesrepublik, Holland, der Schweiz und Österreich angeschlossen sind. Als positiv wird dabei gewertet, daß diese Entwicklung eingetreten sei, obwohl Bevölkerung und Reallohn kommen stagnierten. Insgesamt betrug das Plus bis Ende August 1984 rund drei Prozent. Immerhin ein deutliches Zeichen für die Umkehr der Entwicklung 1983“, betonte der Vorstand. Das Ergebnis wurde weitgehend mit dem traditionellen Sortiment erzielt: Puppen und Zubehör, Gesellschaftsspiele, Bücher, Spielzeugfiguren und Eisenbahnen mit Zubehör. Bedauernd wurde vom Verband, daß sich der Spielwarenhandel nicht in größerem Umfang am Heimcomputergeschäft beteiligt habe. Für 1983 wird der Gruppenumsatz mit 917 Mill. DM (plus ein Prozent) angegeben. Der gesamtstaatliche Umsatz betrug 392 (388) Mill. DM.



Ein Arbeitsplatz, der Platz für Arbeit schafft.

Die Mühe, die wir uns geben, um eine optimale Finanzierung auf die Beine zu stellen, hat vordergründig damit zu tun, daß wir Geld verdienen wollen. Erstaunt?

Wahrscheinlich nicht. Denn dadurch unterscheiden wir uns in keiner Weise von anderen, die sich

Mühe geben. Aber unsere Absicht als Landesbank und Sparkassen-Zentralinstitut von Nordrhein-Westfalen geht weiter. Wir wollen mehr, als Geld verdienen.

Den wichtigsten Teil unseres Verdienstes sehen wir darin, den Kreislauf in Gang zu halten.

Beispiel: Finanzierung einer Industrieanlage.

Dadurch helfen wir mit, einen Arbeitsplatz zu schaffen, der seinerseits Platz für Arbeit schafft.

Das ist die Voraussetzung zum Geldverdienen, zum Geldausgeben und zum Geldanlegen. Woraus

wiederum Arbeitsplätze entstehen, die Platz für Arbeit schaffen.

Das ist zwar nicht immer ganz einfach, aber es bleibt die Art, wie es am besten funktioniert, um Geld zu verdienen. Im einen Jahr weniger, im anderen mehr. Nicht nur als Bank.

WestLB Die Bank Ihrer Initiativen.

Westdeutsche Landesbank Girozentrale

STELLENANGEBOTE

Wir sind ein bekanntes Handelshaus mit Hauptsitz in Nordrhein-Westfalen.

Seit Jahrzehnten kaufen und verkaufen wir im In- und Ausland Stahl, Röhren, Anlagen, Metalle und Rohstoffe. Wir erzielen 10stellige Umsätze und erarbeiten solide Bilanzen.

Wir suchen einen Kaufmann mit technischem Gespür oder einen Techniker mit Freude am Handel in den mehrköpfigen

Vorstand

Er ist zuständig für Marketing und sollte wenigstens eine der vorgenannten Sparten fachlich beherrschen. Die Qualifikation für diese Position muß den Ansprüchen an ein Vorstandsmitglied in jeder Beziehung genügen.

Wir bieten einen Vorstandsvertrag, in welchem die Dotierung entsprechend der Aufgabe großzügig geregelt ist.

Bitte bewerben Sie sich bei folgender Adresse:

Persönlich Herrn Dr. Helmut Brodauf, Notar, Leisewitzstraße 26, 3000 Hannover 1.

Der Notar stellt sicher, daß Ihre Sperrvermerke strikt berücksichtigt werden und jeder Wunsch nach Diskretion respektiert wird.

Wir sind ein Unternehmen der Energiewirtschaft mit Sitz in einer norddeutschen Großstadt. Unser Firmenzweck ist die Planung, Projektierung und der Bau von komplexen Großanlagen.

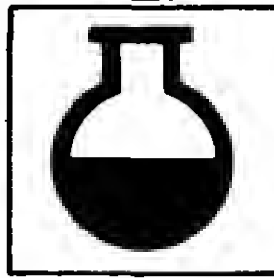
Für unsere Abteilung Revision, als deren Zielsetzung wir die Erarbeitung konzeptioneller Empfehlungen im Rahmen der durchgeführten Prüfungen sehen, suchen wir einen jüngeren, berufserfahrenen

Wirtschaftsingenieur

Die weitgehend selbständige Wahrnehmung der Revisionsaufgaben in allen Unternehmensbereichen und in unseren Beteiligungsgesellschaften verlangt neben guten Kenntnissen auf kaufmännischem, technischem und organisatorischem Gebiet ein hohes Maß an objektivem, analytischem Denkvermögen, an Einsatzfreude und die Fähigkeit, im Team zu arbeiten. Kenntnisse in der Verfahrenstechnik und Bautechnik würden Ihre Akzeptanz als Gesprächspartner unserer qualifizierten Ingenieure erleichtern.

Die Dotierung und alle sonstigen Bedingungen entsprechen den Anforderungen und sind attraktiv.

Wenn Sie an einer Mitarbeit in unserem Unternehmen interessiert sind, senden Sie Ihre kompletten Bewerbungsunterlagen an die von uns beauftragte Agentur MM Media Marketing GmbH, Postfach 51 04 07, 3000 Hannover 51.

Berufs-Chancen
in der Pharma-Industrie

... unter diesem Titel erscheint in der WELT am

22. September

eine Vielzahl von Stellenangeboten speziell aus diesem Wirtschaftszweig. Sind Sie in diesem Bereich tätig, vielleicht als Produkt-Manager, Pharmareferent, Vertriebsleiter, Mediziner, Klinikreferent o. ä.? Dann sollten Sie diese Ausgabe der WELT unbedingt durchsehen - einerlei, ob Sie konkrete Veränderungsabsichten haben, oder sich einfach nur mal über die Angebote der Pharma-Industrie informieren wollen.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Für den Vertrieb von Sportlernahrung
freie Handelsvertreter
gesucht. Alternative auch für
beliebige Sportler.
Tel. 0 22 41 / 33 32 43

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer
die Chiffre-Nummer auf dem Umschlag vermerken!

STELLENGESUCHE



Im- und Exportkaufmann

54. langjährig als Prokurist und Geschäftsführer in größeren Firmen tätig gewesen, große Erfahrungen in Ein- und Verkauf, Organisation, Finanzierungen/Transaktionen, umfangreiche Warenkenntnisse: englische und spanische Sprachkenntnisse, seit 1957 regelmäßige Reisen nach Nahost/Fernost, Afrika, Südamerika; sucht eine Tätigkeit im Export/Import, Industrie, Großhandel.

Auskünfte erteilt: Frau Rudolph
Fachvermittlungsdienst Bremen, Außen der Schleifmühle 4
2800 Bremen 1, ☎ 0421/3077-593, -595

Dipl.-Ing. (TH) Hoch- und Tiefbau

35. verh., 1 Kind, Spätaussiedler aus Polen, mit 6jähriger Erfahrung im Industriebau (Bauleitung und Überwachung); sucht neuen Wirkungskreis (auch im Ausland).

Auskünfte erteilt: Herr Fenger
Fachvermittlungsdienst Kiel, Mühlenstraße 38
2300 Kiel 1, ☎ 0431/907-343, FS 292673

Vertriebsleiter

38 Jahre, techn. Kfm., verh., 10jährige erfolgreiche Vertriebsstätigkeit, derzeit Distriktleiter Nord eines bedeutenden EDV-Herstellers, sucht neue vertriebsorientierte Führungsaufgabe. Kontaktaufnahme erbeten unter G 9679 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

SPANIEN-EXPERTE

Viele dt. Ind.-Kfm., langj. Spanienerfahrung in führender Position, & neue ortsumgebende Aufgabe in der BRD o. Spanien, evtl. auch Beteiligung, Permiso residencia y trabajo y beste Referenzen vorhanden. Angebote unter S 9621 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Führungskraft Bau

im Bereich Finanz- und Rechnungswesen. Schwerpunkte: Finanz- u. Reo., Vertragswesen, Kfm. Koord. der techn. Abteilung, Finanzplanung, Engagement und Durchsetzungsvermögen, techn. Verständnis für Baustellenablauf. 35 J., verh., sucht zum 1. 10. 84 neue Aufg. Angeb. erb. u. V 9668 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Fremdsprachensekretärin

Abitur, Französisch/Spanisch, Englisch perfekt, verantwortungsbewusst, selbständig, loyal, einsatzfähig, flexibel, neuen Technologien gegenüber aufgeschlossen, gute Umgangsformen, z. Zt. tätig als Sekretärin in ungekündigter Stellung, sucht Vertrauensposition bei größeren Unternehmen im Raum Hamburg. Angeb. erb. u. G 9657 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing.
Gesamt-Vertriebsleiter

für Investitionsgüter u. techn. Seriengeräte, 50. profunde Erfahrung in Marketing, Vertrieb, Service, einschl. Reorganisations u. Führung entspr. Bereiche (Schwerpunkt: Export), mit modernen Führungs-, Controlling- und Berichtssystemen vertraut, Konzernverantwortung, erfolgreich im Aufbau neuer Produktlinien, Aufspüren profitabler Marktmöglichkeiten u. Erschließen neuer Absatzwege, Initiativ und belastbar, fließend Englisch, sucht entspr. neue Führungsposition in Marketing, Vertrieb oder Geschäftsführung.

Zuschriften erbeten unter M 9683 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Geschäftsführer
Marketing + Vertrieb
KONSUMGÜTER

Dipl.-Kfm., 51 Jahre; Lebensmittel, Genussmittel, Körper-/Haushaltspflege; klassische Marketing- und Vertriebskarriere in Konzern- und Familienunternehmen; In- und Ausland; nachweisbare Umsatz- und Gewinnerfolge; Teamarbeiter; sucht ab 1. April 1985 (evtl. früher) neue fordernde Aufgabe.

Angebote erbeten unter P 9663 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Geschaftsleitungsmitglied

Beteiligungs- u. Controlling-Management
Dipl.-Betriebswirt, Steuerberater, Praktiker, 43 Jahre, Führungserfahrung im Finanz- u. Rechnungswesen u. Kfm. Verw., kontaktfreudig, motivationsstark, USA-Erfahrung, sucht neue Aufgabe, bevorzugt im Großraum Düsseldorf.

Zuschr. unter Y 9627 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kiel, Meeresanalyzer, Rostocker, Nordrand Hamburg

Exportkaufmann, Alter 48, sucht nach mehrjährigen stationären Auslandseinsätzen in Saudi-Arabien, Irak, Ägypten, Südamerika und afrikanischen Ländern, verantwortungsvolle und leitende Position in deutscher Industrie.

Projektbezogene Reisen verbunden mit aktiver Akquisition gern gesehen.

Direkte Angebote erbeten unter W 9660 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Langjährig erfahrener

Geschäftsführer Vertrieb

aus mittlerem Industriebetrieb, mit guten technischen Kenntnissen, frei für neue Aufgabe

Gegebenenfalls Kapital für Beteiligung oder Übernahme von seriösem Unternehmen vorhanden.

Angeb. erb. u. R 9664 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Rastwerk, Fernseh-, Video-Branche

Selbst. Kaufmann, seit 1949 in der Branche, alt. Handelsbetrieb, erfolgreich bis heute, Mitbegründer einer Einkaufskooperation, genaue Kenntnisse der Branche u. ihrer Persönlichkeiten, fühlt sich noch nicht zu alt u. möchte noch aktiv als freier Mitarbeiter tätig sein, um seine vielfältigen Verbindungen zum Handel u. zur Industrie zu nutzen.

Zuschr. u. Y 9734 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Pharmareferent

34 J., ohne Berufserfahrung, sehr gute medizinische Vorkenntnisse, u. aktives, langjähriges Arbeitsverhältnis in Schenke-Winkel (Großraum Köln), ab 1. 10. 84 od. später.

Angeb. erb. u. X 9670 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Wirtsch.-Ing. (FH)

Vertriebs- u. Fertigung, sucht. auch Ausland, Fachbereich: Maschinenbau, Fachbereich: Elektrotechnik, Fachbereich: Bauwesen.

Angeb. erb. u. S 9665 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Welches Krankenhaus sucht:

MTA?

Tel. 0 50 / 8 54 15 65

Dipl.-Ing. (Unl) Maschinenbau

30 J., led., sucht Anfangsstellung in der Motoren- bzw. Automobilindustrie, Bereich: Forschung, Entwicklung, Konstruktion, Versuch. Kenntnisse in Elektronik und EDV.

Zuschriften unter R 9642 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Techn. Außenb'kfm.

45 J., verh., 21. Engl., span. Kenntn., ungekündigter, in leitender Position, sucht neuen Wirkungskreis in Norddeutschland. Angeb. erb. u. H 9658 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Gebäude- und Anlagenbau

46 J., z. Zt. als Geschäftsführer in ungel. Stellung tätig mit langj. Bet. in allen Sparten der mod. Gebäude- u. Industrietechnik, möchte sich zum 1. 1. 85, evtl. auch früher, verändern. Günstig wird eine gleichwertige leitende Tätigkeit in einer renom. (Gebäude-)Industrie oder Verwaltung.

Raum NRW bzw. SKO gesucht. Zuschriften unter S 9668 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kienbaum Veränderungsberatung informiert.

Leitender Schiffs-Ingenieur

47 Jahre, Diplom-Ingenieur (Schiffsbauingenieur), langjährige Erfahrungen in Betrieb, Wartung und Instandhaltung von Dieselmotoren, Generatoren, Kompressoren, Kühl- und Klimaanlagen, Ausbildung von techn. Offizieren, anwärtend zur Zulassung zum Ingenieurstudium, theoretische und praktische Unterweisung von Auszubildenden für den Deckdienst in der Metallverarbeitung, sucht vorzugsweise in Norddeutschland neue Position als

Betriebs-Ingenieur

Stärken liegen in den Kenntnissen der unterschiedlichsten Motoren- und Antriebsanlagen, in der Menscheneinrichtung, in der Einsatzbereitschaft und Loyalität. Gute Englischkenntnisse.

Zuschriften erbeten unter der Kennziffer 68 79 43 an Ferdinandsstraße 28-30, 2000 Hamburg 1.

Kienbaum Chefberatung

Bankkaufmann / Prakt. Betriebswirt

32 J., 12 J. Kreditreferent, sucht zum 1. 1. 1985 oder später anspruchsvolle Aufgabengebiet im Kreditbereich einer Bank oder in der freien Wirtschaft mit der Möglichkeit, mittelfristig in eine verantwortungsvolle Position hineinzuwachsen. Bereitschaft zur gezielten Weiterbildung vorhanden. Großraum HH bevorzugt.

Angebote erbeten unter PE 48407 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Exportkaufmann - frankophone - und BGW-Länder

42 J., verh., kaufm./techn. Ausbildung, mehrsprachig, verhandlungssicher, 11 Jahre Auslandserfahrung (mehr. Stationierung in Nordafrika, intensive Reisebetätigung in BGW-Ländern), z. Zt. Büroleiter für deutschen Konzern in Nordafrika, überdurchschnittliche Verkaufserfolge, sucht aus ungel. Position zum 1. 2. 85 verantwortungsv. Aufgabe in der Exportabteilung einer internationalen Firma. Bevorzugt: Referat - frankophone - oder BGW-Länder. Bereitschaft zu Reisebetätigung (30-50%) oder auch Stationierung im europ. Ausland. Angebote erb. unter L 9682 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Sie suchen

DEN MANN AUS DER ZWEITEN REIHE

für eine Führungsposition in Ihrem Food Ein-/Verkauf.

Abitur - eine qualifizierte kaufm. Ausbildung - Betriebsw. Kenntnisse - Detailkenntnisse des Lebensmittelhandels durch mehrjährige Tätigkeit im Ein-/Verkauf u. Verantwortung über 100 Mio. DM Umsatz - Belastbarkeit - Arbeitswille - Dynamik - Kreativität - ein gepflegtes Äußeres.

Er ist 30 Jahre alt, verheiratet und ab 1. 7. 1985 verfügbar. Angeb. bitte unter E 9743 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Führungskraft

46 J., Prokurist in ungel. Position, langj. Erfahrung in der Lebensmittelindustrie, z. Zt. in der Exportabteilung, sucht verantwortungsvolle Tätigkeit im Raum Frankfurt/Hessen. Schwerpunkte: Konzeptions- u. Entwicklungsarbeit, Vertrieb, Unternehmensentwicklung, EDV-Rechnetechnik.

Zuschr. erbeten unter C 9676 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Techn. Führungskraft

Dipl.-Chem., Dr.-Ing., kaufm., Ambitionen, Ende 40, leitende ungel. Stellung, sucht verantwortungsvolle Tätigkeit im Raum Frankfurt/Hessen. Schwerpunkte: Konzeptions- u. Entwicklungsarbeit, Vertrieb, Unternehmensentwicklung, EDV-Rechnetechnik.

Zuschr. erbeten unter C 9676 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Oberbauleiter

sucht neues Aufgabengebiet bei Generalübernehmer oder Baugewerkschaft

Guter Organisator, versiert in finanztechnischen Fragen und verkaufsorientiertem Handeln, dynamisch, stark belastbar, erbringt harte Aufzuchtung zu einem Co-Präsidenten unter S 9721 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Führungskraft Handel

34 J., lange Erfahrung in Ein- und Verkauf, Vertrieb (Food, Non-Food), Personalführung, Planung und Sortimentsgestaltung, flexibel, kostenbewusster Praktiker, sucht neues Aufgabengebiet im vergleichbaren Position. Zuschr. u. X 9669 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Kfm. Assistent

Schwerp. Finanz- u. Rechnungswesen - Finanzplanung - Kostenkontrolle - Alle Verwaltung - 32 J., verh., erfahrungsbasiert und kostenbewusst. Eigeninitiative und Führungskompetenz sowie allem Neuen zugewandt, sucht zum 1. 10. 84 neue Aufg. im nord. Raum. Angeb. erb. u. V 9671 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Chauffeur, Diener und Freund

ig. Mann, 39 J., 1,83 m groß, Tag und Nacht dienstbereit m. medizinischen Kenntnissen (Diplom, Massage, Pilates), gastr. Geschäftsführung u. Kontrollen mögl., geringe Sprachkenntnisse in Engl., Span., Franz. u. Italienisch, Ausland angenehme Erlebnisse, freundl. Angebote m. Gehaltsangabe unter X 9660 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Stabschef

45 J., Diplomchemiker, beste Beurteilungen, erfahren in Organisation und Verhandlungsführung, verantwortungsvoll und entscheidungsfreudig, z. Zt. im Ruhestand, sucht zum 1. 1. 85, oder später, neue verantwortungsvolle Aufgabe in der Wirtschaft oder Industrie. Angeb. erb. u. F 9686 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Korrespondentin

(23), als Redakteurin kleinerer Objekte tätig, in ungel. Stellung, gute Englischkenntnisse, Franz. u. Italienisch, auch selbstständig, sucht neue verantwortungsvolle Aufgabengebiet. Zuschr. u. T 9670 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

SAUDI-ARABIEN

Ing., Profi mit langjährig. Erfahrung und besten Kontakten vor Ort übernimmt Vertretung erklärungsbedürftiger Produkte u. Anlagen. Angeb. unter V 9634 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Nordland

Gel. Ind.-Kfm., seit 20 J. in d. Post- u. Seefachgeschäft, langj. Erfahrung, nicht ind. St. in d. Post- u. Seefachgeschäft, evtl. auch Marketing Sales, Zuschr. erb. unter D 9670 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Exportkaufmann

40 J., flexibel u. diskret, gepfl., frei f. Sonderaufgaben (auch Kurier/Begleitung etc.). Zuschr. unter H 9670 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Gewerkschafter

Mathematik, 54 J., langjährige Erfahrungen in der log. und techn. Ausbildung, Mitglied der Freiw. Polizeibereitschaft, langj. Erfahrung in der Berechnung, ehemals WELA, sucht solide Dauerstellung, Zuschr. erb. unter H 9680 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Eisen-/Stahl-Exp.-Kfm.

48 J., engl. Wort & Schrift, versiert auf alle Gebiete der Stahlindustrie wie Stahl- u. Formstahl, Röhren, Bleche, Drahtseile, u. NE-Metalle, ab 1. R. 1985 per 1. 1. 85 neue verantwortungsvolle Aufgabe, evtl. auch andere Produktbereiche akzeptabel. Zuschr. unter U 9670 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Betriebswirtin

u. ausgeb. Verw.-Kaufmann, 34 J., mit wirtschaftswiss. Fachhochschulabschluss (Feb. 84) mit dem Schwerpunkt Rechn.-Wiss. u. Organisationsentwicklung, (Prüf.-Zs.), räuml. ungel., sucht interess. Aufst.-Stellg. im Controlling/Revisionswesen, auch in der Wirtschaftsprüfung. Zuschr. u. W 9625 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Junge Korrespondentin

Engl./Franz./Span. Übersetzerin (Prüf.), ungel., sucht z. Zt. eine Stellung in international tätigen Unternehmen, Raum Hamburg. Angebote unter U 9623 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kfz.-Kaufmann

36 J., z. Zt. Disponent in ungel. Stellung, sucht neues Betätigungsfeld. Zuschr. erb. u. B 9674 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Langjähriger erfahrener

Sanitär-/Heizung

+ Armaturen-Reisender

41 J., sucht zum 1. 10. neuen Wirkungskreis im nord. Raum, ggf. Übernahme einer Werkvertragsstelle. Zuschr. u. B 9623 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Chemiker

Dr. rer. nat., 35, anorgan. Festkörpertechnik, Analytik, EDV-Kenntnisse, Industrieerfahrung, sucht interessanten Aufgabebereich. Zuschr. erb. u. K 9681 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Volljurist

32 J., flexibel u. belastbar, a. Anfangsstellung bei Unternehm. in d. Bauwirtschaft od. BA; nord. Raum bevorzugt. Angeb. erb. u. F 9676 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

HÖRZU

...was denn sonst!

Börzensäulen ist man fest ent-
bunden. Dollar als Hauptfaktor

AEG	195-2-5, 5-9-3-2	198-1	70885	104-2-1-3, 4-0-5
BASF	786-4-3, 7-8-7-5G	77-37	73737	156-5-6-7, 7-3-5
Boyer	170-1, 70-3-1-3	171-5	59785	172-9-5-1, 8-1-3
Boyer, Hypo	220-3-1-2-5G	172-5	12-3	285-4
Boyer, Visk	337-1-1-2-5G	337-1	102-2-5-3-3	
BMW	588-7-5, 5-9-3-5G	588-5G	16115	330-7-1-4-3-578
Camomoro	143-2-5-3-5	143-3	25154	168-6-8-6-7
Carti Gummi	127-4-5-3-5	127-4	15400	172-5-3-4-5-5
Daimler	52-5-3-90-90G	52-5	16683	571-8-70-4-4-5
Dr. Bank	338-5-1-1-4-4	340	67198	152-5-5-5-5-9
Dreschner Bk.	168-3-3-5-5-5	160-5G	87549	160-3-5-5-6-7

[illegible][illegible][illegible][illegible][illegible][illegible][illegible][illegible][illegible][illegible]

10/1/74

gen in Prozent: 22,67, 20,00, 10,00

1000

1998, 1999, 2000, 2001, 2002, 2003, 2004, 2005, 2006, 2007, 2008, 2009, 2010, 2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016, 2017, 2018, 2019, 2020, 2021, 2022, 2023, 2024, 2025, 2026, 2027, 2028, 2029, 2030, 2031, 2032, 2033, 2034, 2035, 2036, 2037, 2038, 2039, 2040, 2041, 2042, 2043, 2044, 2045, 2046, 2047, 2048, 2049, 2050, 2051, 2052, 2053, 2054, 2055, 2056, 2057, 2058, 2059, 2060, 2061, 2062, 2063, 2064, 2065, 2066, 2067, 2068, 2069, 2070, 2071, 2072, 2073, 2074, 2075, 2076, 2077, 2078, 2079, 2080, 2081, 2082, 2083, 2084, 2085, 2086, 2087, 2088, 2089, 2090, 2091, 2092, 2093, 2094, 2095, 2096, 2097, 2098, 2099, 2100, 2101, 2102, 2103, 2104, 2105, 2106, 2107, 2108, 2109, 2110, 2111, 2112, 2113, 2114, 2115, 2116, 2117, 2118, 2119, 2120, 2121, 2122, 2123, 2124, 2125, 2126, 2127, 2128, 2129, 2130, 2131, 2132, 2133, 2134, 2135, 2136, 2137, 2138, 2139, 2140, 2141, 2142, 2143, 2144, 2145, 2146, 2147, 2148, 2149, 2150, 2151, 2152, 2153, 2154, 2155, 2156, 2157, 2158, 2159, 2160, 2161, 2162, 2163, 2164, 2165, 2166, 2167, 2168, 2169, 2170, 2171, 2172, 2173, 2174, 2175, 2176, 2177, 2178, 2179, 2180, 2181, 2182, 2183, 2184, 2185, 2186, 2187, 2188, 2189, 2190, 2191, 2192, 2193, 2194, 2195, 2196, 2197, 2198, 2199, 2200, 2201, 2202, 2203, 2204, 2205, 2206, 2207, 2208, 2209, 2210, 2211, 2212, 2213, 2214, 2215, 2216, 2217, 2218, 2219, 2220, 2221, 2222, 2223, 2224, 2225, 2226, 2227, 2228, 2229, 2230, 2231, 2232, 2233, 2234, 2235, 2236, 2237, 2238, 2239, 2240, 2241, 2242, 2243, 2244, 2245, 2246, 2247, 2248, 2249, 2250, 2251, 2252, 2253, 2254, 2255, 2256, 2257, 2258, 2259, 2260, 2261, 2262, 2263, 2264, 2265, 2266, 2267, 2268, 2269, 2270, 2271, 2272, 2273, 2274, 2275, 2276, 2277, 2278, 2279, 2280, 2281, 2282, 2283, 2284, 2285, 2286, 2287, 2288, 2289, 2290, 2291, 2292, 2293, 2294, 2295, 2296, 2297, 2298, 2299, 2300, 2301, 2302, 2303, 2304, 2305, 2306, 2307, 2308, 2309, 2310, 2311, 2312, 2313, 2314, 2315, 2316, 2317, 2318, 2319, 2320, 2321, 2322, 2323, 2324, 2325, 2326, 2327, 2328, 2329, 2330, 2331, 2332, 2333, 2334, 2335, 2336, 2337, 2338, 2339, 2340, 2341, 2342, 2343, 2344, 2345, 2346, 2347, 2348, 2349, 2350, 2351, 2352, 2353, 2354, 2355, 2356, 2357, 2358, 2359, 2360, 2361, 2362, 2363, 2364, 2365, 2366, 2367, 2368, 2369, 2370, 2371, 2372, 2373, 2374, 2375, 2376, 2377, 2378, 2379, 2380, 2381, 2382, 2383, 2384, 2385, 2386, 2387, 2388, 2389, 2390, 2391, 2392, 2393, 2394, 2395, 2396, 2397, 2398, 2399, 2400, 2401, 2402, 2403, 2404, 2405, 2406, 2407, 2408, 2409, 2410, 2411, 2412, 2413, 2414, 2415, 2416, 2417, 2418, 2419, 2420, 2421, 2422, 2423, 2424, 2425, 2426, 2427, 2428, 2429, 2430, 2431, 2432, 2433, 2434, 2435, 2436, 2437, 2438, 2439, 2440, 2441, 2442, 2443, 2444, 2445, 2446, 2447, 2448, 2449, 2450, 2451, 2452, 2453, 2454, 2455, 2456, 2457, 2458, 2459, 2460, 2461, 2462, 2463, 2464, 2465, 2466, 2467, 2468, 2469, 2470, 2471, 2472, 2473, 2474, 2475, 2476, 2477, 2478, 2479, 2480, 2481, 2482, 2483, 2484, 2485, 2486, 2487, 2488, 2489, 2490, 2491, 2492, 2493, 2494, 2495, 2496, 2497, 2498, 2499, 2500, 2501, 2502, 2503, 2504, 2505, 2506, 2507, 2508, 2509, 2510, 2511, 2512, 2513, 2514, 2515, 2516, 2517, 2518, 2519, 2520, 2521, 2522, 2523, 2524, 2525, 2526, 2527, 2528, 2529, 2530, 2531, 2532, 2533, 2534, 2535, 2536, 2537, 2538, 2539, 2540, 2541, 2542, 2543, 2544, 2545, 2546, 2547, 2548, 2549, 2550, 2551, 2552, 2553, 2554, 2555, 2556, 2557, 2558, 2559, 2560, 2561, 2562, 2563, 2564, 2565, 2566, 2567, 2568, 2569, 2570, 2571, 2572, 2573, 2574, 2575, 2576, 2577, 2578, 2579, 2580, 2581, 2582, 2583, 2584, 2585, 2586, 2587, 2588, 2589, 2590, 2591, 2592, 2593, 2594, 2595, 2596, 2597, 2598, 2599, 2600, 2601, 2602, 2603, 2604, 2605, 2606, 2607, 2608, 2609, 2610, 2611, 2612, 2613, 2614, 2615, 2616, 2617, 2618, 2619, 2620, 2621, 2622, 2623, 2624, 2625, 2626, 2627, 2628, 2629, 2630, 2631, 2632, 2633, 2634, 2635, 2636, 2637, 2638, 2639, 2640, 2641, 2642, 2643, 2644, 2645, 2646, 2647, 2648, 2649, 2650, 2651, 2652, 2653, 2654, 2655, 2656, 2657, 2658, 2659, 2660, 2661, 2662, 2663, 2664, 2665, 2666, 2667, 2668, 2669, 2670, 2671, 2672, 2673, 2674, 2675, 2676, 2677, 2678, 2679, 26

Warenpreise - Termine

Schwächer schlossen am Montag die Gold-, Silber- und Kupfermärkte an der New Yorker Comex. Mit Abschlüssen gingen auch Kaffee und Kakao aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte		Kaffee	
Weizen Chicago (Frucht)	17. 9. 14. 9.	New York (S)	17. 9. 14. 9.
Sept.	244,00 240,00	Terminmarkt Sept.	2271 2262
Dez.	244,00 240,00	Dez.	2262 2253
Mar.	244,00 240,00	Mar.	2253 2244
Jun.	244,00 240,00	Jun.	2244 2235
Sept.	244,00 240,00	Sept.	2235 2226
Dez.	244,00 240,00	Dez.	2226 2217
Mar.	244,00 240,00	Mar.	2217 2208
Jun.	244,00 240,00	Jun.	2208 2199
Sept.	244,00 240,00	Sept.	2199 2190
Dez.	244,00 240,00	Dez.	2190 2181
Mar.	244,00 240,00	Mar.	2181 2172
Jun.	244,00 240,00	Jun.	2172 2163
Sept.	244,00 240,00	Sept.	2163 2154
Dez.	244,00 240,00	Dez.	2154 2145
Mar.	244,00 240,00	Mar.	2145 2136
Jun.	244,00 240,00	Jun.	2136 2127
Sept.	244,00 240,00	Sept.	2127 2118
Dez.	244,00 240,00	Dez.	2118 2109
Mar.	244,00 240,00	Mar.	2109 2100
Jun.	244,00 240,00	Jun.	2100 2091
Sept.	244,00 240,00	Sept.	2091 2082
Dez.	244,00 240,00	Dez.	2082 2073
Mar.	244,00 240,00	Mar.	2073 2064
Jun.	244,00 240,00	Jun.	2064 2055
Sept.	244,00 240,00	Sept.	2055 2046
Dez.	244,00 240,00	Dez.	2046 2037
Mar.	244,00 240,00	Mar.	2037 2028
Jun.	244,00 240,00	Jun.	2028 2019
Sept.	244,00 240,00	Sept.	2019 2010
Dez.	244,00 240,00	Dez.	2010 2001
Mar.	244,00 240,00	Mar.	2001 1992
Jun.	244,00 240,00	Jun.	1992 1983
Sept.	244,00 240,00	Sept.	1983 1974
Dez.	244,00 240,00	Dez.	1974 1965
Mar.	244,00 240,00	Mar.	1965 1956
Jun.	244,00 240,00	Jun.	1956 1947
Sept.	244,00 240,00	Sept.	1947 1938
Dez.	244,00 240,00	Dez.	1938 1929
Mar.	244,00 240,00	Mar.	1929 1920
Jun.	244,00 240,00	Jun.	1920 1911
Sept.	244,00 240,00	Sept.	1911 1902
Dez.	244,00 240,00	Dez.	1902 1893
Mar.	244,00 240,00	Mar.	1893 1884
Jun.	244,00 240,00	Jun.	1884 1875
Sept.	244,00 240,00	Sept.	1875 1866
Dez.	244,00 240,00	Dez.	1866 1857
Mar.	244,00 240,00	Mar.	1857 1848
Jun.	244,00 240,00	Jun.	1848 1839
Sept.	244,00 240,00	Sept.	1839 1830
Dez.	244,00 240,00	Dez.	1830 1821
Mar.	244,00 240,00	Mar.	1821 1812
Jun.	244,00 240,00	Jun.	1812 1803
Sept.	244,00 240,00	Sept.	1803 1794
Dez.	244,00 240,00	Dez.	1794 1785
Mar.	244,00 240,00	Mar.	1785 1776
Jun.	244,00 240,00	Jun.	1776 1767
Sept.	244,00 240,00	Sept.	1767 1758
Dez.	244,00 240,00	Dez.	1758 1749
Mar.	244,00 240,00	Mar.	1749 1740
Jun.	244,00 240,00	Jun.	1740 1731
Sept.	244,00 240,00	Sept.	1731 1722
Dez.	244,00 240,00	Dez.	1722 1713
Mar.	244,00 240,00	Mar.	1713 1704
Jun.	244,00 240,00	Jun.	1704 1695
Sept.	244,00 240,00	Sept.	1695 1686
Dez.	244,00 240,00	Dez.	1686 1677
Mar.	244,00 240,00	Mar.	1677 1668
Jun.	244,00 240,00	Jun.	1668 1659
Sept.	244,00 240,00	Sept.	1659 1650
Dez.	244,00 240,00	Dez.	1650 1641
Mar.	244,00 240,00	Mar.	1641 1632
Jun.	244,00 240,00	Jun.	1632 1623
Sept.	244,00 240,00	Sept.	1623 1614
Dez.	244,00 240,00	Dez.	1614 1605
Mar.	244,00 240,00	Mar.	1605 1596
Jun.	244,00 240,00	Jun.	1596 1587
Sept.	244,00 240,00	Sept.	1587 1578
Dez.	244,00 240,00	Dez.	1578 1569
Mar.	244,00 240,00	Mar.	1569 1560
Jun.	244,00 240,00	Jun.	1560 1551
Sept.	244,00 240,00	Sept.	1551 1542
Dez.	244,00 240,00	Dez.	1542 1533
Mar.	244,00 240,00	Mar.	1533 1524
Jun.	244,00 240,00	Jun.	1524 1515
Sept.	244,00 240,00	Sept.	1515 1506
Dez.	244,00 240,00	Dez.	1506 1497
Mar.	244,00 240,00	Mar.	1497 1488
Jun.	244,00 240,00	Jun.	1488 1479
Sept.	244,00 240,00	Sept.	1479 1470
Dez.	244,00 240,00	Dez.	1470 1461
Mar.	244,00 240,00	Mar.	1461 1452
Jun.	244,00 240,00	Jun.	1452 1443
Sept.	244,00 240,00	Sept.	1443 1434
Dez.	244,00 240,00	Dez.	1434 1425
Mar.	244,00 240,00	Mar.	1425 1416
Jun.	244,00 240,00	Jun.	1416 1407
Sept.	244,00 240,00	Sept.	1407 1398
Dez.	244,00 240,00	Dez.	1398 1389
Mar.	244,00 240,00	Mar.	1389 1380
Jun.	244,00 240,00	Jun.	1380 1371
Sept.	244,00 240,00	Sept.	1371 1362
Dez.	244,00 240,00	Dez.	1362 1353
Mar.	244,00 240,00	Mar.	1353 1344
Jun.	244,00 240,00	Jun.	1344 1335
Sept.	244,00 240,00	Sept.	1335 1326
Dez.	244,00 240,00	Dez.	1326 1317
Mar.	244,00 240,00	Mar.	1317 1308
Jun.	244,00 240,00	Jun.	1308 1299
Sept.	244,00 240,00	Sept.	1299 1290
Dez.	244,00 240,00	Dez.	1290 1281
Mar.	244,00 240,00	Mar.	1281 1272
Jun.	244,00 240,00	Jun.	1272 1263
Sept.	244,00 240,00	Sept.	1263 1254
Dez.	244,00 240,00	Dez.	1254 1245
Mar.	244,00 240,00	Mar.	1245 1236
Jun.	244,00 240,00	Jun.	1236 1227
Sept.	244,00 240,00	Sept.	1227 1218
Dez.	244,00 240,00	Dez.	1218 1209
Mar.	244,00 240,00	Mar.	1209 1200
Jun.	244,00 240,00	Jun.	1200 1191
Sept.	244,00 240,00	Sept.	1191 1182
Dez.	244,00 240,00	Dez.	1182 1173
Mar.	244,00 240,00	Mar.	1173 1164
Jun.	244,00 240,00	Jun.	1164 1155
Sept.	244,00 240,00	Sept.	1155 1146
Dez.	244,00 240,00	Dez.	1146 1137
Mar.	244,00 240,00	Mar.	1137 1128
Jun.	244,00 240,00	Jun.	1128 1119
Sept.	244,00 240,00	Sept.	1119 1110
Dez.	244,00 240,00	Dez.	1110 1101
Mar.	244,00 240,00	Mar.	1101 1092
Jun.	244,00 240,00	Jun.	1092 1083
Sept.	244,00 240,00	Sept.	1083 1074
Dez.	244,00 240,00	Dez.	1074 1065
Mar.	244,00 240,00	Mar.	1065 1056
Jun.	244,00 240,00	Jun.	1056 1047
Sept.	244,00 240,00	Sept.	1047 1038
Dez.	244,00 240,00	Dez.	1038 1029
Mar.	244,00 240,00	Mar.	1029 1020
Jun.	244,00 240,00	Jun.	1020 1011
Sept.	244,00 240,00	Sept.	1011 1002
Dez.	244,00 240,00	Dez.	1002 993
Mar.	244,00 240,00	Mar.	993 984
Jun.	244,00 240,00	Jun.	984 975
Sept.	244,00 240,00	Sept.	975 966
Dez.	244,00 240,00	Dez.	966 957
Mar.	244,00 240,00	Mar.	957 948
Jun.	244,00 240,00	Jun.	948 939
Sept.	244,00 240,00	Sept.	939 930
Dez.	244,00 240,00	Dez.	930 921
Mar.	244,00 240,00	Mar.	921 912
Jun.	244,00 240,00	Jun.	912 903
Sept.	244,00 240,00	Sept.	903 894
Dez.	244,00 240,00	Dez.	894 885
Mar.	244,00 240,00	Mar.	885 876
Jun.	244,00 240,00	Jun.	876 867
Sept.	244,00 240,00	Sept.	867 858
Dez.	244,00 240,00	Dez.	858 849
Mar.	244,00 240,00	Mar.	849 840
Jun.	244,00 240,00	Jun.	840 831
Sept.	244,00 240,00	Sept.	831 822
Dez.	244,00 240,00	Dez.	822 813
Mar.	244,00 240,00	Mar.	813 804
Jun.	244,00 240,00	Jun.	804 795
Sept.	244,00 240,00	Sept.	795 786
Dez.	244,00 240,00	Dez.	786 777
Mar.	244,00 240,00	Mar.	777 768
Jun.	244,00 240,00	Jun.	768 759
Sept.	244,00 240,00	Sept.	759 750
Dez.	244,00 240,00	Dez.	750 741
Mar.	244,00 240,00	Mar.	741 732
Jun.	244,00 240,00	Jun.	732 723
Sept.	244,00 240,00	Sept.	723 714
Dez.	244,00 240,00	Dez.	714 705
Mar.	244,00 240,00	Mar.	705 696
Jun.	244,00 240,00	Jun.	696 687
Sept.	244,00 240,00	Sept.	687 678
Dez.	244,00 240,00	Dez.	678 669
Mar.	244,00 240,00	Mar.	669 660
Jun.	244,00 240,00	Jun.	660 651
Sept.	244,00 240,00	Sept.	651 642
Dez.	244,00 240,00	Dez.	642 633
Mar.	244,00 240,00	Mar.	633 624
Jun.	244,00 240,00	Jun.	624 615
Sept.	244,00 240,00	Sept.	615 606
Dez.	244,00 240,00	Dez.	606 597
Mar.	244,00 240,00	Mar.	597 588
Jun.	244,00 240,00	Jun.	588 579
Sept.	244,00 240,00	Sept.	579 570
Dez.	244,00 240,00	Dez.	570 561
Mar.	244,00 240,00	Mar.	561 552
Jun.	244,00 240,00	Jun.	552 543
Sept.	244,00 240,00	Sept.	543 534
Dez.	244,00 240,00	Dez.	534 525
Mar.	244,00 240,00	Mar.	525 516
Jun.	244,00 240,00	Jun.	516 507
Sept.	244,00 240,00	Sept.	507 498
Dez.	244,00 240,00	Dez.	498 489
Mar.	244,00 240,00	Mar.	489 480
Jun.	244,00 240,00	Jun.	480 471
Sept.	244,00 240,00	Sept.	471 462
Dez.	244,00 240,00	Dez.	462 453
Mar.	244,00 240,00	Mar.	453 444
Jun.	244,00 240,00	Jun.	444 435
Sept.	244,00 240,00	Sept.	435 426
Dez.	244,00 240,00	Dez.	426 417
Mar.	244,00 240,00	Mar.	417 408
Jun.	244,00 240,00	Jun.	408 399
Sept.	244,00 240,00	Sept.	399 390
Dez.	244,00 240,00	Dez.	390 381
Mar.	244,00 240,00	Mar.	381 372
Jun.	244,00 240,00	Jun.	372 363
Sept.	244,00 240,00	Sept.	363 354
Dez.	244,00 240,00	Dez.	354 345
Mar.	244,00 240,00	Mar.	345 336
Jun.	244,00 240,00	Jun.	336 327
Sept.	244,00 240,00	Sept.	327 318
Dez.	244,00 240,00	Dez.	318 309
Mar.	244,00 240,00	Mar.	309 300
Jun.	244,00 240,00	Jun.	300 291
Sept.	244,00 240,00	Sept.	291 282
Dez.	244,00 240,00	Dez.	282 273
Mar.	244,00 240,00	Mar.	273 264
Jun.	244,00 240,00	Jun.	264 255
Sept.	244,00 240,00	Sept.	255 246
Dez.	244,00 240,00	Dez.	246 237
Mar.	244,00 240,00	Mar.	237 228
Jun.	244,00 240,00	Jun.	228 219
Sept.	244,00 240,00	Sept.	219 210
Dez.	244,00 240,00	Dez.	210 201
Mar.	244,00 240,00	Mar.	201 192
Jun.	244,00 240,00	Jun.	192 183
Sept.	244,00 240,00	Sept.	183 174
Dez.	244,00 240,00	Dez.	174 165
Mar.	244,00 240,00	Mar.	165 156
Jun.	244,00 240,00	Jun.	156 147
Sept.	244,00 240,00	Sept.	147 138
Dez.	244,00 240,00	Dez.	138 129
Mar.	244,00 240,00	Mar.	129 120
Jun.	244,00 240,00	Jun.	120 111
Sept.	244,00 240,00	Sept.	111 102
Dez.	244,00 240,00		

Schilda in Bonn

L.S.M. - In Schilda versuchte man bekanntlich einst, das Licht mit Säcken ins Rathaus zu tragen. In Bonn hat man seit Jahren ähnliches mit der Kultur vor. Rund 70 Prozent der Kosten „hauptstädtischer Kulturaufgaben“ trägt der Bund. Da läßt sich's gut wirtschaften, da lassen sich vor allem leicht große Töne spucken.

Was aber, wenn schon die Esel, die die Säcke schleppen sollen, lahm an Haupt und Gliedern sind? Der Kulturschuß des Bonner Stadtrates und die Spitzen der Kulturverwaltung (im Gestalt des Kulturdezernenten und des Generalmusikdirektors) haben soeben mal wieder unter Beweis gestellt, daß dies die Gretchenfrage der geistigen Wirklichkeit Bonns ist.

Im Alleingang teilten GMD Kuhn und Dezernent von Uslar dem renommierten französischen Komponisten Olivier Messiaen mit, daß ihm die Stadt Bonn den Beethovenpreis zu verleihen gedenke. Der solchmaßen Geehrte bedankte sich artig, und bedeutende Orchester aus aller Welt wurden gebeten, zum nächsten Beethovenfest Werke des Meisters in der Bundeshauptstadt aufzuführen. Danach erst wurde der Kulturschuß informiert und aufgefordert zuzustimmen.

Der aber dachte gar nicht daran. Er reagierte, wie das eben kleinkarierte Spießer tun, wenn sie sich übergeben fühlen: beleidigt wie Rumpelstilzchen. Man schrieb einfach einen Nachschußpreis aus, für den der 70jährige Messiaen leider zu alt ist. Da man das Geld für einen Hauptpreis durchaus im Säckel hatte, beschloß man, den verstorbenen Franzosen noch ein wenig mehr zu belohnen: Wenigstens arbeiten sollte er für sein gutes Geld, weswegen man ihm einen Kompositionsauftrag erteilte. Ein Preis jedoch sollte es partout nicht sein.

Nein, meine Suppe eß' ich nicht. Statt GMD und Kulturdezernent für ihr Fehlverhalten nur mit einer kräftigen internen Ohrfeige zu strafen, nahm man lieber einen öffentlichen Skandal in Kauf. Bonn ist ja so groß. Bonn kann sich das leisten. Meint man in Bonn.

Die Angelsachsen ausgestochen: Ein neues deutsches Handbuch des Islam

Ist Khadhafi ein Ketzer?

Dieser Tage, bei einem Gespräch mit einem gläubigen Muslim aus Arabien: Es herrsche große Verwirrung in der Welt des Islams, sagt der Araber. Er zitiert ein Wort des Propheten der Muslime, Mohammed, von Drangsalen, die über die Gläubigen des Islams kommen würden, von Tagen, in denen es nur noch wenige wahrhaft Gläubige geben werde. Für den Gast aus Arabien ist dies ein prophetischer Vorausblick Mohammeds auf unsere Zeit.

Aber ist es nicht, wenigstens aus westlicher Sicht, heutzutage gerade umgekehrt? Spricht man nicht in Europa von einem Wiederaufstieg des Islams, von seinem Siegeszug in Afrika und in Asien, der auch vor den ehemals nur von Christen bewohnten Ländern Europas längst nicht mehr halt macht? Die Verwirrung der Begriffe ist groß. Um welche Muslime, welche Staaten, welche theologischen Strömungen geht es, wenn in Europa von einem siegreichen Wiederaufstieg des Islams die Rede ist? Welches sind die wichtigsten Strömungen im modernen Islam? Wo sind die Rechtgläubigen und wo sind die Ketzer?

Auf solche Fragen gibt das soeben im Münchner Verlag C.H. Beck erschienene Handbuch „Der Islam in der Gegenwart“ ausführlich Auskunft. Und was gerade in der Flut neuer Bücher über den Islam eine Seltenheit ist: Die wichtigsten Aussagen werden auch die Zustimmung kritischer westlicher Beobachter finden, die Besorgnis über die heute in Europa gängige Beweisaufbereitung radikaler Muslime empfinden. Die Herausgeber des gewichtigen Handbuchs, Werner Ende und Udo Steinbach, haben nicht nur hervorragend sachkundige Mitarbeiter gewonnen. Sie haben es auch verstanden, diese Mitarbeiter dort im Zaume zu halten, wo persönliche Leidenschaft sonst vielleicht das Urteil getrübt hätte.

Die in vergangenen Jahrzehnten nicht unbegründete Klage, wichtige Bücher über den Islam würden heute fast nur noch in der angelsächsischen Welt auf Englisch geschrieben, wird durch das Handbuch von Ende und Steinbach widerlegt. Hier sind auf 774 Seiten Informationen zusammengetragen, die man auch in angelsäch-

sischen Veröffentlichungen bisher nicht antreffen konnte.

Einige Kostproben: In dem Kapitel über Libyen und Saudi-Arabien wird aufgrund arabischer Quellen erläutert, warum der Islam des Diktators Khadhafi von strenggläubigen traditionellen Muslimen als „Ketzer“ eingestuft wird. Zum Anspruch des saudiarabischen Staats, dort könne der Glaube der Muslime noch in der gleichen Strenge wie zur Zeit der frühen Kalifen ausgeübt werden, bemerkt abschließend der Referent, die Entwicklungstendenzen des Landes zeigten, „daß dies gerade nicht der Fall ist“. Mit anderen Worten: Inmitten von all dem technischen Fortschritt, den die Erdölwirtschaft ins Land gebracht hat, läßt sich die Rückkehr zu mittelalterlichen Formen islamischer Frömmigkeit auch von einem absolutistischen Staat nicht erzwingen.

Besonders hilfreich ist die Übersicht über das heutige islamische Recht. Hier erfährt man exakt, was auch Orientalisten sonst nur allzu oft bloßem Hörsagen entnehmen. Zu den vom Islam für Ehebruch geforderten Strafen wird beispielsweise der Leser präzise belehrt: „Täter, die einmal in legaler Ehe Geschlechtsverkehr hatten, sind nach der Tradition (sunna) wie im Judentum mit Steinigung zu bestrafen. Täter, die niemals verheiratet waren, haben nach koranischer Weisung nur hundert Geißelstriche zu erwarten.“

Über den Islam in Europa und Amerika berichtet der deutsche Muslim Duran Khalid, der noch vor wenigen Jahren unter dem Namen Detlev Khalid schrieb, unter dem Stichwort „Der Islam als Moderscheinung – das Sufismus im Verhältnis zu den Jugendreligionen“. Duran Khalid, der man (falls es so etwas überhaupt gibt) wohl am ehesten als „progressiven Muslim“ einstufen kann, wundert sich mit Recht darüber, daß bei den Diskussionen über die Jugendreligionen „der islamische Aspekt bisher fast gar nicht mit einbezogen“ wurde.

„Dabei dürfte der Islam letztlich sogar der Hauptgewinnmächte dieser Lösung vom Christentum sein“, bemerkt Khalid. Denn zu den Konvertiten zum Islam geselle sich „eine fast doppelt so hohe Zahl von

Sufis“ (Anhänger islamischer Mystik), die zwar nicht offiziell konvertiert sind, aber immerhin einen entscheidenden Schritt hin zum Islam unternommen haben.

Khalid weist auf den in England gegründeten „Beshara Trust“ hin, der in intensiver esoterischer Erziehung eine Einführung in die Lehren des arabischen Mystikers Ibn Arabi bietet. Noch aktiver sei das nach einer nordafrikanischen mystischen Bruderschaft benannte Darqawi-Institut mit seiner „Diwan Press“ in England. Als einflussreiche Vorbilder innerhalb dieser Bewegung nennt Khalid die „großen europäischen Sufi-Meister“ René Guénon, Frithjof Schuon und Titus Burckhardt.

Der islamische Sufismus ist mindestens ein ebenso großes Problem wie die christlich oder buddhistisch geglaubten Sektarien. Wohl mancher der mystischen Orientromantiker hingeebne Schöngelst – vor allem Damen dürften hierfür anfällig sein – ahnt zunächst nicht, worauf er sich einläßt, wenn er sich unter dem Einfluß der Darqawi-Anhänger oder von Schriften des Franzosen Guénon und des jüngst verstorbenen Titus Burckhardt in den heißen, verzehrenden Schatten eines mystisch interpretierten Islam begibt.

In unserer Zeit ist der Glaube der Muslime nicht nur geographisch eine ungeheure vielfältige Welt. Solide Darstellungen seiner Hauptströmungen sind rar. Ende und Steinbach haben vor allem Islam-Forscher der jungen Generation um sich versammelt. Ihr Werk bietet nicht nur der Fachwissenschaftler einen wertvollen Dienst. Auch Politiker, Erzieher und Männer der katholischen und protestantischen Kirche, die für die Beziehungen zu den Nicht-Christen verantwortlich sind, finden hier ausführliche und – jedenfalls in der weit überwiegenden Mehrzahl der Fälle – sachliche Informationen. Es ist gut, daß es dieses Handbuch über den heutigen Islam gibt. Es sollte in keiner zuständigen Bibliothek fehlen.

Werner Ende/Udo Steinbach (Hrsg.): Der Islam in der Gegenwart. Verlag C.H. Beck, München, 774 S. mit 8 Abb. und 2 Karten, 138 Mark.



Magie des Alltags: „Sitzender Mann“ (1947) FOTO: KATALOG

Der Maler Jean Hélion in München und Berlin

Slalom durch die Stile

Er war immer ein Wanderer zwischen den Stilen, zwischen dem Welten. Deshalb wurde er von deutschen Kunstmarkt lange Zeit recht stiefmütterlich behandelt. Nun aber hat die Städtische Galerie im Lenbachhaus Jean Hélion mit 200 Werken eine umfassende Retrospektive eingerichtet, assistiert von der Berliner Galerie Poll, die derzeit ebenfalls Bilder und Zeichnungen des französischen Malers anbietet.

Die Münchner Werkauswahl stellt erstmals das Schaffen Hélions auf breiter Basis vor. Die Geschichte der Kunst des 20. Jahrhunderts spiegelt durch Hélion passiert Revue. Denn der Maler hat sich von vielen beeinflussten lassen, von Torres Garcia über Mondrian und Léger bis zu Calder. Es sind Bilder der Anlehnung und versuchten neuer Wege, Abbilder von Zeitströmungen. Allerdings werden in München nicht alle Perioden in gleicher Weise berücksichtigt; das Schwerpunkt liegt auf der Zeit bis 1933 und den Jahren seit 1975.

Hélions künstlerischer Slalom beginnt in den 30er Jahren, als er in Frankreich zu den Bahnbrechern einer strengen Abstraktion zählt. Damals hatte er sich ganz dem Denken und den Bildsystemen von Deost und Mondrian zugewandt. Bald aber kehrte er jeder Orthodoxie den Rücken und wurde Mitbegründer der Gruppe „abstraction/création“. Seine farbigen Abstraktionen, den Gebrauch von Kreisen, Flächen, Balken und Linien hält Hélion eigenwillig bis zur „Gefahrenzone“ von 1939 durch, die zum Abgang auf Abstrakte-Konstruktive wird.

Am Ende dieses Jahrzehnts bricht er dann erneut zu anderen Ufern auf. „Ich konnte“, so schreibt er in seinem Tagebuch von 1940, „ganz einfach nicht mehr widerstehen, die Wirklichkeit mit ihren neuen Rhythmen, Sequenzen und Qualitäten versuchsweise zu entschlüsseln. An der Kreuzung zwischen Malerei, eigener Erfahrung und Vorstellungsvermögen stehe ich und staune.“ Das Ergebnis dieser Überlegungen sind freischwebende Formen und Figuren aus

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

Andersen auf amerikanisch: Der Film „Splash“

Meerjungfrau mit Beinen

Die Rührung war groß. Papienträger, schillernde Masken, Tränen wurden getrocknet. Ähnliches hatte es zuletzt wohl nur bei Steven Spielbergs „E.T.“ gegeben. Aber erinnert das Schicksal der tapferen kleinen Meerjungfrau Madison in Ron Howards Film „Splash“ – Jungfrau am Haken – nicht auch wirklich an die Abenteuer des kleinen E.T.?

Auch Madison stammt nicht von dieser Welt. Sie ist ein Fabelwesen, im tiefen Meer beheimatet, das ein sonderbares Geschick an die kalten Ufer der Großstadt New York geworfen hat. Und wie dem wackeren E.T. wird auch der kleinen Meerjungfrau die brutale Wirklichkeit menschlicher Neugierde fast zum Verhängnis. Aber nur fast. Denn schließlich will Howards Film ja eine Komödie sein.

Wie so oft in guten Komödien, liegen in „Splash“ Lachen und Weinen dicht beieinander. Komisch ist es etwa, wenn der Held der Geschichte, ein junger Geschäftsmann, Allen Bauer (Tom Hanks), der furchtbar wasserscheu ist, sich ausgerechnet in eine Meerjungfrau verliebt. Und komisch ist es, wenn das Meerfräulein (mit zwei richtigen Beinen) über die Fifth Avenue wandelt und wenn dann ein Wasserstrahl sie trifft, so daß sie augenblicklich wieder ihren Schwanz hat. Damit beginnt dann der traurige

MARGARETE v. SCHWARZKOPF

JOURNAL

Weiterer Streit um den Film „Paris, Texas“

Der Münchner Filmverlag der Autoren beabsichtigt die Verleihrechte an dem Wim-Wenders-Film „Paris, Texas“ zu verkaufen. Entsprechende Verhandlungen wurden von dem Hauptgesellschafter des Filmverlages, dem „Spiegel“-Herausgeber Rudolf Augstein, und dem Geschäftsführer des Verleihs, Hansjörg Kopp, beschlossen. Die Verkaufssumme soll zwischen 300 000 und 800 000 Mark liegen. Damit will der Verleih noch vor Beendigung der gerichtlichen Auseinandersetzung am 27. September über die Aufkündigung des Verleihvertrages durch Wenders offenbar vollendete Tatsachen schaffen. Wenders hatte sich zu der Klage entschlossen, weil der Filmverleih seine Meinung nach dem Film, der in Cannes eine „Goldene Palme“ gewann, in Deutschland nicht ausreichend verbreitet.

„Förderungswerk für Spitzenbegabte“

Ein „Förderungswerk für Spitzenbegabte“ ist auf Initiative des Christlichen Jugendwerkes in Stuttgart gegründet worden. Es will besonders talentierten Kindern und Jugendlichen zu einer ihrer Begabung entsprechenden Ausbildung verhelfen.

Internationale Balzan-Preise

Der niederländische Astrophysiker Jan Oort, der amerikanische Genetiker Sewall Wright und der Schweizer Literaturkritiker Jean Starobinski werden mit dem Balzan-Preis 1984 ausgezeichnet. Er ist mit jeweils 250 000 sfr. dotiert und wird für Arbeiten verliehen, die „Menschlichkeit, Frieden und Brüderlichkeit unter den Völkern“ fördern helfen.

Kolloquium über Denis Diderot

Mit der Tagung „Presence de Diderot“ vom 3. bis 5. Oktober will die Universität Dortmund auf die Aktualität des bedeutenden französischen Schriftstellers und Enzyklopädisten aufmerksam machen. Die einzelnen Vorträge beschäftigen sich mit der „Encyclopédie“ wie mit den philosophischen, literarischen und kunsthistorischen Werken Diderots. Anlaß ist der 200. Geburtstag Diderots.

Das Haus der französischen „Encyclopaedia Universalis“ stiftet zu diesem Datum einen Diderot-Preis von 50 000 Francs (etwa 16 000 Mark). Er soll für ein beispielhaftes Werk – Buch, Film oder Fernsehserie – im Bereich der „Verbreitung von Kultur“ verliehen werden.

Hugo-Häring-Preis für elf Bauwerke

Elf Arbeiten werden mit dem Hugo-Häring-Preis für Architektur vom Bund Deutscher Architekten in Karlsruhe ausgezeichnet. Der Preis geht an Bauherren und Architekten für ihr gemeinsames Werk. In diesem Jahr wird er für ein Einfamilienhaus in Rheinfelden, den Ausbau von Lagerhäusern und Büros zu Wohnhäusern in Heidelberg-Weihen, ein Wohn- und Geschäftshaus in Rheinfelden, die Landesgeschäftsstelle des Diakonischen Werkes in Stuttgart, das katholische Gemeindehaus in Konstanz-Litzelstetten, den Umbau der Zeitscheune in Darnheim, das Limes-Museum in Aalen, die Hauptschule auf dem Schöfersfeld in Lorch, die Schickhardt-Sportanlage Stuttgart-Heslach, das Gartenhaus in Faurbach, das Freizeitzentrum in Iffezheim vergeben.

Tagung der Deutschen Dante-Gesellschaft

Dantes Bildung, seine Sprache und sein Nachleben in Italien und Spanien sind die Themen der Jahrestagung der Deutschen Dante-Gesellschaft. Sie findet vom 12. bis 14. Oktober in der Aula der alten Universität in Marburg statt.

Lateinfestival „Ludi latini“

Das internationale Lateinfestival Ludi latini findet im kommenden Jahr als Teil der 2000-Jahr-Feier der Römerstadt Augsburg (Augusta Vindelicorum) statt. Ziel dieses Festivals, das 1983 zum ersten Mal in Ellwangen/Jagst veranstaltet wurde, ist die Pflege des Lateins als lebendig gesprochenes und gesungene Sprache. Latein ist darum die offizielle Sprache der Ludi latini. Man rechnet mit etwa 200 bis 300 Teilnehmern aus aller Welt. Das Programm enthält mehrere Konzerte, Theater-, Film- und Pantomimenaufführungen. Ein lateinischer Talentschuppen geht allen Teilnehmern die Möglichkeit, sich öffentlich vorzustellen.

„Le Comte Ory“ beim Rossini-Festival in Pesaro

Das Fräulein in der Kelter

Das konnte nur Rossini gelingen. Aus den Badegast des Kurorts Plombières, die zur Krönung nach Reims reisen wollen (vgl. die WELT v. 23. 8.), werden unversehens Kastleiane, Vasallen und schmucke Burgfräuleins des frühen Mittelalters in der Touraine. Aus der aufgezputzten Festkantele, die Rossini als Kompositseiner Majestät und Generalinspektor der königlichen Theater in Paris seinem Landesherren schuldig war, rettete er flugs das Gros der Musik für eines der unwiderstehlichsten Zeugnisse einer für ihn neuen Gattung, für die Opéra-Comique „Le Comte Ory“, der nach der Uraufführung 1828 in Paris auch ein Meister dieser Form wie Auber seine Achtung nicht versagen konnte.

Leider hat sich bis heute außerhalb Frankreichs bewahrt, was 1830 ein italienischer Kritiker orakelte: Was den Franzosen gefalle, lasse man den Franzosen gern, denn „die Italiener bevorzugen einen kräftigeren Geschmack“. Das soll heißen: Der sublimen, charmant schmeigsame Ton des „Grafen Ory“ wurde außerhalb Frankreichs seit jeher von der kraftvolleren Verve des „Barbier“ oder der „Italienerin in Algier“ zurückgedrängt.

Der Vergleich zwischen der üppig dekorierten Festorte, als welche „Die Reise nach Reims“ beim fünften Rossini-Festival in Pesaro präsentiert wurde, und dem nun gut zwei Wochen später vorgestellten „Graf Ory“ fällt überraschenderweise zugunsten der drei Jahre jüngeren Opéra-Comique aus. Man kann gegen den Text des Libretto-Großlieferanten Scribe, der eine bekannte Legende erst in einem Vaudeville verwertete und später ein zweiklässige Oper daraus fertigte, einwenden, was man will – Rossini hat eine blendende Farce daraus gemacht, hat Kategorien eines abstrakten, universellen Humors hinzuerobert.

In dem Verführer Ory mit seinem falsettierenden Gebälze – Rockwell Blake macht das ausgezeichnet und sehr gekonnt –, dessen unversiegbare Liebesmühnen nie von Erfolg gekrönt werden, kann man ein Pendant zum Don Giovanni sehen. Hinter der Dreistigkeit verbirgt sich Impotenz. Und, nebenbei, in der Leere, die durch die Schelmereien kaschiert werden soll, wird – gewagte Hypothese – heute oft eine autobiographische Anspielung auf Gioachino Rossini selbst gesehen.

Pier Luigi Pizzi konnte wieder einmal seine Versuchung, das Scribe'sche Märchenmittelalter in Rossinis Gegenwart zu verlegen, nicht widerstehen, auch wenn das hölzerne Einheitsbild ebenfalls Assoziationen an Shakespeare hervorruft. Das lockende, erotische Knistern, das Gerangel um das Keuschheitsgelübde der Gräfin, in dem sich schon das Geklapper

von Feydeaus Schlafzimmertüren ankündigt, erreicht seinen Höhepunkt während des Verwechslungsspiels im Bett der Gräfin.

Pizzi erzeugt einen Strudel witziger, wirklich komischer, wie klamauer Ideen und läßt das Gezapple in einer hinreißend frech-brillanten Revue einmünden. Da tanzen die Fräuleins rückenhebend auf der Kelter, und die Männer des Ory legen, als Nonnen verkleidet, einen Can-Can hin, bei dem bereits Offenbach um die Ecke schleicht.

Alle sind so ungezähmt komisch, so skurril und überdreht. Eine Figur von Herzmansovsky-Orlando ist der schlaksige, spinnenhafte Gouverneur, den Gregory Reinhart mit schwarzen, kernigen Balkoloraturen singt. Cecilia Gasdia macht sich einen Spaß aus ihrer ersten komischen Rolle, Magali Damonte ist eine Haushälterin mit mütterlich pastosen Tiefen. Zartere Farben besitzt Zahava Gals lockerer Page Isolier. Alessandro Corbelli, Orys Lehrmeister, ist die einzige Figur aus dem Buffarozsinal. David Atherton's London Sinfonietta, ansonsten der modernen Musik hörig, reagiert höchst kühnig auf Donato Renzettis nie aufdringliche Geste.

ROLF FATH



Ein Giovanni ohne Erfolg: Rockwell Blake als Graf Ory und Cecilia Gasdia als Gräfin Adele in Rossinis „Le Comte Ory“ in Pesaro FOTO: ANGELOTTI ROBERTO

Das Schostakowitsch-Festival begann in Duisburg

Ein Lächeln für Irina

Mit viel Prominenz wurde in der Mercator-Halle in Duisburg das imposante und umstrittene Schostakowitsch-Festival eröffnet. Mitbestimmung gab es schon im Vorfeld, als bekannt wurde, daß die Witwe des Komponisten, Irina, nicht kommen dürfte. Sie hatte das Projekt einer umfassenden Schostakowitsch-Darstellung von Anfang an aktiv unterstützt. Aber damals hatten ihr Sohn, der Dirigent Maxim Schostakowitsch, und ihr Enkel, der Pianist Dmitri Schostakowitsch, noch nicht der Sowjetunion den Rücken gekehrt.

Enttäuschung löste auch die Tatsache aus, daß keiner der im Westen anerkannten sowjetischen Komponisten bei der feierlichen Eröffnung anwesend sein sollte. Nicht Edisson Dones (von Schostakowitsch nachahmlich gefürdelt), nicht Sofia Gubaidulina (mit bald 53 Jahren noch nie im Westen gewesen) und auch nicht Alfred Schnittke (noch wenige Tage zuvor in Berlin), der sich in deutscher Sprache über Schostakowitsch hätte äußern können. Schostakowitsch ist noch immer ein Stein des politischen Anstoßnehmens. Darüber konnte auch die Demonstration guten Elmsvernehmens zwischen dem Duisburger Oberbürgermeister Krings und dem stellvertretenden sowjetischen Kulturministers Iwanow nicht hinwegtäuschen.

Der Komponist Wolfgang Rihm vermied es in seinem Eröffnungsvortrag über Schostakowitsch, auf dessen unbequeme und in der Sowjetunion durch Schönfärberei verfälschte Biographie einzugehen. Er begnügte sich mit dem Versuch, sich dem kreativen Prozeß von Schostakowitsch zu nähern, was ihm meisterlich gelang. Besonders für das Spätwerk von Schostakowitsch fand Wolfgang Rihm Worte, die den Unterschied von Lobeshymnen und fundierter Wertschätzung deutlich machen. Er hob das 15. Streichquartett mit seinen sechs Adagios hervor, die Vertonung der Gedichte von Michelangelo und die Bratschenkonzerte, die das letzte Werk von Schostakowitsch mit Opus-Bezeichnung ist. Diese Kompositionen werden neben einer großen Anzahl anderer Werke von Schostakowitsch in den nächsten

vier Monaten in vielen Städten Nordrhein-Westfalens zu hören sein. Glanzpunkt der abendlichen Veranstaltung in der Mercator-Halle war die Aufführung der 5. Sinfonie von Schostakowitsch durch die Leningrader Sinfonie unter Jewgeni Mravinskij, „der unachttbare Galkonsfigur der sowjetischen Musikkultur, ja dem letzten Verbleibenen aus der großen, heroischen Phase“, wie es im Programmheft heißt. Was sich darbot, war ein betagter, hagerer Mann, der durch sein bescheidenes Auftreten eindrucksvoll wirkte.

In die Partitur vertieft, mit spärlicher Zeichensprache auskommend, schlen er mit den erlesenen Musikern seines Orchesters magisch verbunden. Man weiß, daß Mravinskij Schostakowitsch auch in Zeiten der Bedrängnis nie im Stich ließ, als es nach der ersten Verteufelung unter Stalin nicht nur um die Karriere, sondern um das Leben des Komponisten ging. Fast fünfzig Jahre danach zeigte sich das Publikum in Duisburg von diesem Werk sichtlich ergriffen und brachte dem großen Dirigenten und seinem exzellenten Musikern stehende Ovationen dar.

Am Nachmittag waren in Duisburg zwei Ausstellungen „Dmitri Schostakowitsch und seine Zeit“ eröffnet worden. Die eine im Wilhelm-Lehmbruck-Museum zeigt vor allem Werke der Bildenden Kunst, die andere im Niederrheinischen Museum der photographischen Dokumentation. Beide Ausstellungen bestehen mit der Qualität ihrer Exponate und der gezielten Präsentation. Man sieht Bilder von Chagall, Kandinsky und Tatlin so, als seien sie jedem Sowjetbürger jederzeit zugänglich.

Auch die Photodokumentation präsentiert nur edle Menschen – allen voran die Dichterin Achmatova –, so daß der Eindruck entsteht, es habe sich unter Stalin um eine Zeit geistiger Blüte, um einen Idealzustand und nicht um ein Martyrium – das Schostakowitsch im Gegensatz zu vielen anderen überlebte – gehandelt. Es ist gewiß kein Zufall, daß man Schostakowitsch nur auf einem einzigen Foto glücklich lächeln sieht: Es ist das Foto, auf dem er auf seine junge Frau Irina blickt.

FRANCESCO TANZER

KULTURNOTIZEN

Das 1. Marionettentheater-Festival mit Puppenbühen aus Italien, Frankreich und der Bundesrepublik findet vom 4. bis 7. Oktober in Saarbrücken statt.

„Die wiedergeborene Metropole“ heißt eine Ausstellung, die elf Künstler des neuen „figurativen Expressionismus“ aus Berlin in Brüssel im Palais des Beaux-Arts bis zum 4. November zeigt.

Historische Kochbücher und Inkunabeln des 15. bis 19. Jahrhunderts sollen zum nächsten Karneval in Venedig ausgestellt werden.

„Der abenteuerliche Simplicissimus Teutsch“ erschien jetzt in der Übersetzung von Julius Hay im Budepester Europa Verlag.

Das 6. Berlin-Festival wurde in Lyon eröffnet. Es dauert bis zum 23. September.

Gaetas letzter Häftling reißt alte Wunden auf

Zwispältiges Echo in Rom auf Reders mögliche Entlassung

KLAUS RÜHE, Rom
Italien beherbergt immer noch einen deutschen Kriegsgefangenen: Walter Reder, 1909 70 Jahre alt, Österreicher, Major der deutschen Wehrmacht. Seit mehr als 35 Jahren sitzt er auf der Festung Gaeta bei Formia (Süditalien).

Reder wurde vom italienischen Militärtribunal wegen des Massakers von Marzabotto zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Auf seinen Befehl hin waren dort als Antwort auf Partisanenangriffe am 5. Oktober 1944 1836 Männer, Frauen und Kinder zusammen geschossen worden. Auf höhere Weisung, wie er zu seiner Verteidigung angab, Marzabotto ist seitdem in Italien zum Inbegriff unmenschlicher Kriegsführung geworden.

Reder, der einen Arm im Krieg verloren hat, ist heute schwer krank. Er leidet unter galoppierender Arterienverkalkung. Zwei Drittel seines Magens ist ihm entfernt worden.

Die Bemühungen der österreichischen Regierung eine Begnadigung zu erwirken, schlugen fehl. Bisher konnten sich die vier zuständigen Ministerien in Rom, Innen-, Außen-, Verteidigungs- und Justizministerium, nie einig werden; darüber hinaus fehlte stets die notwendige Zustimmung des Regierungschefs, des stellvertretenden Ministerpräsidenten sowie des italienischen Staatsoberhauptes.

Was die Annahme des Gnadenstuhls heute verhindert hat, ist im wesentlichen aber die Weigerung der Einwohner von Marzabotto. Dort, in einem rund 40 Kilometer von Bologna entfernten Apennindorf, hat man Reder das Gemetzel nie verziehen.

Freilich ist die lebenslängliche Kerkerhaft durch einen Beschluß des Militärgerichts in Bari vom 4. Juli 1980 in eine „bedingte Freilassung“ umgewandelt worden. Das Tribunal verfügte jedoch zugleich, daß Reder aus Sicherheitsgründen in eigenem Interesse für weitere fünf Jahre auf der Festung Gaeta interniert bleiben müsse, da er keinen Wohnort in Italien besitzt.

Im Juli kommenden Jahres soll er nun endlich in seine österreichische Heimat abgeschoben werden. Das wurde jetzt bekannt.

Aber vielleicht wird die Heimkehr doch früher erfolgen. Reders Rechtsanwalt ist der Meinung, daß die Genfer Konvention vom 12.8.49 endlich auch auf seinen Mandanten Anwendung finden sollte. Danach müssen Kriegsgefangene, sofern sie schwere Verletzungen erlitten haben, in ihre Heimat entlassen werden. Ausgenommen sind freilich Straftäter wie Reder. Das gilt selbst dann, wenn wie hier die Haftstrafe durch den Gerichtsbeschluß von 1980 praktisch als abgeschlossen betrachtet werden kann.

Viele Italiener sind inzwischen aber doch der Meinung, daß die Affäre Reder endlich – wie im übrigen auch der Fall Heß – einen Schlußstrich verdient. Doch da prallen die Meinungen unversöhnlich aufeinander. Andere Teile der öffentlichen Meinung Italiens sehen in dem Namen Marzabotto weiterhin ein finsternes unvergessliches Symbol der Unmenschlichkeit.

Was die Freilassung Reders noch erschwert, ist der Präzedenzfall des inzwischen verstorbenen Herbert Kappler. Der hohe SS-Offizier, wegen ähnlicher Vergeltungsaktion in Rom gleichfalls zu lebenslänglichem Kerker verurteilt, war jahrelang Reders Zellennachbar auf der Festung. Als Kappler wegen seines schlechten Gesundheitszustands in das römische Militärkrankenhaus überführt wurde, befreite ihn seine Frau in einer nächtlichen Aktion. Kappler verschwand auf Nimmerwiedersehen. Die ganze Welt lachte damals über Italien. Kappler ist inzwischen in Deutschland gestorben.

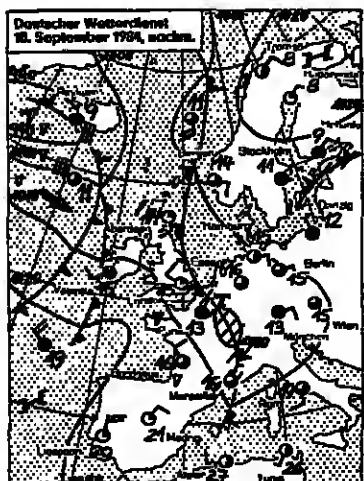
Wie Rudolf Heß ist Walter Reder der einzige Gefangene, für den ein ganzes Gefängnis mit dem dazugehörigen Personal in Schuß gehalten werden muß. Sobald dieser Zweck erfüllt ist, soll die Festung in ein Museum umgewandelt werden.



Herbert Kappler und Walter Reder (rechts) auf der Festung von Gaeta. FOTO: DPA

WETTER: Zeitweise Regen

Wetterlage: Ein Hochkeil erstreckt sich von Finnland nach Norddeutschland. Ein Tief liegt über dem westlichen Mittelmeer.



Stetten: 12 bis 14 Grad, Wind SW, 2 bis 4 m/s, leicht, ab 14 Uhr: 10 bis 12 Grad, Wind SW, 2 bis 4 m/s, leicht, ab 18 Uhr: 10 bis 12 Grad, Wind SW, 2 bis 4 m/s, leicht, ab 21 Uhr: 10 bis 12 Grad, Wind SW, 2 bis 4 m/s, leicht, ab 24 Uhr: 10 bis 12 Grad, Wind SW, 2 bis 4 m/s, leicht.

Vorhersage für Mittwoch:

Im Norden nach Auflösung von Fröhenfeldern wolkig mit Auflockerungen und trocken. Höchsttemperaturen um 17 Grad, Tiefstwerte in der Nacht um 8 Grad. Im übrigen Bundesgebiet gelegentlich auflockernde, meist aber starke Bewölkung und nur vereinzelt etwas Regen. Höchsttemperaturen 14 bis 17 Grad. Nachts Abkühlung auf 13 bis 10 Grad.

Weitere Aussichten:

Zeitweise Regen, wenig Temperaturänderung.

Temperaturen am Dienstag, 18. Uhr:

Berlin	15°	Kairo	27°
Bonn	16°	Kopenhagen	14°
Dresden	15°	Las Palmas	24°
Essen	16°	London	15°
Frankfurt	15°	Madrid	21°
Hamburg	15°	Mallorca	16°
List/Sylt	15°	Mallorca	16°
München	15°	Moskau	12°
Stuttgart	15°	Nizza	18°
Alger	27°	Olo	12°
Amsterdam	16°	Paris	13°
Alben	20°	Paris	13°
Barcelona	20°	Rom	19°
Brüssel	14°	Stockholm	11°
Budapest	18°	Tel Aviv	25°
Bukarest	22°	Tunis	28°
Helsinki	9°	Wien	15°
Istanbul	23°	Zürich	14°

Sonnenaufgang: am Donnerstag: 7.05 Uhr, Untergang: 19.25 Uhr, Monatsaufgang: -- Uhr, Untergang: 17.40 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel



Herbststummel

FOTO: FERN MEHRING

Weltmeister der Uneigennützigkeit

dpa, Bonn

Als „Weltmeister in Dritter-Welt-Hilfe“ haben sich sieben 13- bis 16jährige Jugendliche des Kindermissionswerks stellvertretend für ihre mehr als eine Million Altersgenossen auf der ersten Kinder-Presskonferenz in Bonn zum internationalen Tag des Kindes, der morgen beginnt, vorgestellt. Ungesachtet zahlreicher Kameras erzählten die jungen Leute von ihren Aktionen, die 1983 allein 23 Millionen Mark für die Hilfe in der Dritten Welt einbrachten – so viel, wie die übrigen 89 Kindermissonwerke zusammenbringen. 600 Projekte wurden mit diesen Spenden weltweit finanziert.

Weltweit leben 600 „Retortenbabies“

rt, Frankfurt

Weltweit sind seit 1978 rund 600 Kinder geboren worden, die ihr Leben einer Befruchtung außerhalb des Körpers der Mutter mit einem anschließenden Embryotransfer verdanken. Einer der führenden deutschen Wissenschaftler auf diesem Gebiet, Professor Dieter Krebs von der Universitätsklinik Bonn, teilte gestern weiter mit, in Deutschland seien in den vergangenen vier Jahren 50 „Retortenbabies“ zu Welt gekommen. Am Vortag der 45. Tagung der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe sagte Krebs, diese Methode der Sterilitätsbehandlung gewinne an Bedeutung. Bei der „extracorporalen Befruchtung“ mit anschließendem Embryo-

Bonn pocht in Bern auf einen Vertrag von 1928

Autobahnmaut: Keine Ausnahme für deutsche Autofahrer

WALTER H. RUEB, Bern/Bonn

In der Schweiz wurden jetzt die endgültigen Verordnungen über die Schwerverkehrsabgabe und die Autobahn-Vignette vorgestellt. Der eidgenössische Finanzminister Otto Stich sagte gestern in Bern: „Wir haben alles getan, damit die in der Volksabstimmung vom Februar 1984 beschlossenen Verkehrsabgaben vom 1. Januar 1985 an ohne großen administrativen Aufwand erhoben werden können.“

Je nach Gewicht der Lastwagen beträgt die Schwerverkehrsabgabe zwischen 500 und 3000 Franken, für Busse 500 Franken und die blaue Vignette, die zur Benützung des eidgenössischen Autobahnnetzes berechtigt, kostet pro Jahr 30 Franken. Minister Stich: „Wer nach dem 1. Januar 1985 auf Autobahnen unseres Landes ohne Vignette fährt, muß mit einer Geldbuße von 100 Franken rechnen.“

Eine Ausnahmeregelung für deutsche Kraftfahrer wird es nach Auskunft von Sprechern der Finanz- und Verkehrsministerien beider Länder vorerst nicht geben. In Bonn aber pocht man nach wie vor auf einen mittlerweile 56 Jahre alten Vertrag. Der Bonner Verkehrsminister Werner Dollinger verwies bereits im April 1984 in einem Brief an seinen Schweizer Amtskollegen Leon Schlumpf auf die Vereinbarung zwischen der Schweiz und Deutschland zur Beseitigung von Schwierigkeiten steuerlicher und verkehrsrechtlicher Art auf dem Gebiet des Kraftfahrzeug-Verkehrs vom 20. Juni 1928. Dort heißt es im Protokoll zur Vereinbarung unter Punkt 2: „Es wird davon ausgegangen, daß irgendwelche weiteren Erschwerungen für die von den deutschen Behörden zugelassenen Kraftfahrzeuge in der Schweiz

nicht eingeführt werden. Als Erschwerung gilt die Erhebung irgendwelcher Gebühren vor Ablauf einer Frist von einem Monat seit dem jeweiligen Eintritt des deutschen Kraftfahrzeuges in die Schweiz.“

Ein Sprecher des Verkehrsministeriums in Bern sagte gegenüber der WELT: „Zwischen den beiden Verkehrsministerien fanden Briefwechsel und Gespräche statt und jetzt wurde bei einem Treffen von Bundesfinanzminister Stoltenberg mit Bundesrat Stich vereinbart, die Angelegenheit nicht zu dramatisieren und die Gespräche fortzusetzen. Bonn will sich mit einer diplomatischen Note an die Regierung in Bern wenden und an die Vereinbarung von 1928 erinnern. Diese ist übrigens auch nach unserer Ansicht noch in Kraft, nur ist sie nach Schweizer Meinung nicht auf die heutigen Tatbestände anwendbar. Im übrigen steht die Vereinbarung lediglich in einem sogenannten Unterzeichner-Protokoll.“

In Bonn ist man nach wie vor vorsichtlich. Ein Sprecher des Verkehrsministeriums sagte: „Wir glauben, daß die Gespräche schließlich zu einer vernünftigen und gerechten Regelung für die deutschen Kraftfahrer führen.“

Nach dem augenblicklichen Stand der Angelegenheit ist die eidgenössische Zollverwaltung für die Erhebung der Autobahngebühren im Ausland zuständig. Sie verhandelt unter anderem mit den schweizerischen Verkehrszentralen sowie den deutschen Automobilverbänden über die Abgabe der Vignetten in deren Büros und Verkaufsstellen. An angelegentlich zu hohen Provisionsforderungen der kontaktierten Organisationen seien die Verhandlungen schließlich festgefahren.

Deutsche tranken und rauchten wie nie zuvor

AP, Hamm

Die Deutschen haben im vergangenen Jahr rund 68 Milliarden Mark für alkoholische Getränke und Tabakwaren ausgegeben. Wie die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen in Hamm gestern mitteilte, lagen diese Ausgaben damit höher als die Aufwendungen, die im laufenden Jahr für den Etat des Verteidigungs- und des Familienministeriums zusammen vorgesehen sind. Nach Angaben der Hauptstelle verbrauchte jeder Deutsche statistisch 12,4 Liter reinen Alkohols, 1,4 Prozent mehr als 1982 und doppelt soviel wie 1957. Bei den einzelnen alkoholischen Getränken habe sich ein uneinheitliches Bild ergeben. Während der Bierkonsum in etwa gleich geblieben sei, stieg der Absatz bei Wein um sechs Prozent. Der Zigarettenverbrauch gegenüber 1982 (1816 Stück je Einwohner) um 6,3 Prozent auf 1930 Stück gestiegen. Damit habe sich der Markt für Zigaretten nach dem Rückgang von 1982 wieder auf höherem Niveau eingependelt.

Mitleidlos und intolerant

dpa, Krefeld

Die 68jährige Hausfrau Maria Veltens aus Kempen, die gestanden hat, drei ihrer Männer sowie ihren Vater und ihre Tante mit Gift getötet zu haben, ist vor Gericht als mitleidlos und strafrechtlich voll verantwortlich beschrieben worden. Der Neurologe Martin Albrecht erklärte gestern, die Angeklagte habe sich angemessen über das Wohl und Wehe ihrer Lebenspartner zu entscheiden und dabei praktisch „Todesurteile“ gefällt.

Frauen: wie sind besser

AP, Hamburg

Die meisten Frauen sind davon überzeugt, daß sie vernünftiger Autofahrer als Männer. In einer Umfrage der Frauenzeitschrift „Brigitte“ und dem Zentralverband des Kraftfahrzeuggewerbes, räumte das weibliche Geschlecht außerdem mit dem Vorurteil auf, es verhalte sich im Straßenverkehr ungeschickt und ängstlich. Jede zweite Frau der 10 000 befragten Frauen fühlt sich vom männlichen Beifahrer gekränkt, genervt oder kontrolliert und ärgert sich über seine Besserwisserei. Trotzdem geben die allermeisten Frauen das Steuer aber nicht aus der Hand. Nur jede vierte setzt sich bei gemeinsamen Fahrten automatisch auf den Beifahrersitz.

Diebische Professora?

pol, Wien

Die Linzer Kunstprofessorin Lydia R. (64) wird beschuldigt, aus dem Hause des Schauspielers Paul Dahlke (80) Schmuck im Werte von 150 000 Mark gestohlen zu haben. Die Frau hat schon ein Teilgeständnis abgelegt, das sie allerdings gestern widerrufen hat. Sie will von der Polizei „unter Druck gesetzt worden sein.“ Bei einer Durchsuchung ihrer Linzer Wohnung fand die Polizei Schmuck im Wert von 65 000 Mark. Lydia R. ging bei den Dahlkes aus und ein.

Ein Schnellschreiber plädiert für die Kurzschrift

60 Jahre wird die Kurzschrift morgen alt. 1924 wurde sie als Deutsche Einheitskurzschrift eingeführt. 1936 und 1968 wurde sie weiter rationalisiert. Zwar sind die Zeiten vorbei, da ein Millionen-Her von Stenotypistinnen von ihr lebte – Diktiergeräte und Computer haben Steno weitgehend verdrängt –, gleichwohl steht die schnelle Schrift noch Expertenmeinung vor einer neuen Blüte. Hans Treschwig, Parlamentarischer Schriftführer im Deutschen Bundestag, hält ein Plädoyer für ihre „Unsterblichkeit“.

Steno wird überleben – auch in der herkömmlichen Form, wenn naturgemäß auch in vermindertem Umfang. Nicht jeder „Boß“ ist willens und in der Lage, seine Formulierung in „Zusammenarbeit“ mit einem seelenlosen Diktiergerät zu entwickeln. Er wird die Steno-Sekretärin also immer brauchen. Aber ein Arbeitsstil wie dieser wird mehr und mehr zur Ausnahme. Ihren neuen Boom wird die blitzschnelle intelligente Schriftsprache in veränderter Anwendungsform als Memo und kurze Mitteilung haben.

Steno – das ist nämlich nicht nur das Kurzschriftanwendungsgebiet, die Stenotypie, so gewichtig es auch

einmal war. Die übrigen Anwendungsgebiete – die hingeworfene Notiz, das Konzipieren – werden sich statt dessen in den Vordergrund schieben. Im Gegensatz zur Stenotypie sind diese Gebiete einer Technisierung nicht unterworfen. Aber als Notiz- und Konzept-beziehungsweise Entwurfschrift wird Steno die Zukunft gehören.

Schon die Verkehrsschrift ist dreimal schneller als die Langschrift, die Eilschrift fünf- bis sechsmal. Die Redeschrift bis zu zwölfmal. Die deutschen Kurzschriftmeister schreiben sogar bis zu 15mal schneller und übertreffen dabei die durchschnittliche Sprechgeschwindigkeit um das 2,2fache.

Auch Mitteilungen in Kurzschrift werden an Bedeutung gewinnen. Überall und ohne Voraussetzungen eignet sich Steno zur schnellen Fixierung von Notizen, Ideen oder Anweisungen auf kleinstem Raum. Je größer der Anteil der Stenografen, desto mehr Bedeutung entwickelt die Kurzschrift auch für die unmittelbare schriftliche Kommunikation.

Man darf die Kurzschrift also voraussagen, daß sich ihrer in Zukunft völlig andere Berufsschichten bedie-

nen: nicht mehr die Stenotypistinnen, Sekretärinnen und mittleren Bürokräten, sondern auch und gerade Schüler, Studenten, Sachbearbeiter, Abteilungsleiter, leitende Angestellte, Beamte aller Dienstgrade, Vorgesetzte und Führungskräfte, Lehrer, Wissenschaftler, Journalisten, Rechtsanwälte, Politiker und Schriftsteller. Noch vollzieht sich dieser Wandel langsam, hemmt eine psychologische Barriere: Was vor kurzem noch als Zeichen mittlerer Büroangestellter galt, wird nicht von heute auf morgen als Statussymbol der Führungskräfte akzeptiert.

Eine besondere Stellung nehmen dabei die Übersetzer ein, würden sie die Steno-Bedeutung nicht erst erkennen. Gerade Übersetzer weigern sich aber am beharrlichsten, die Schriftsprache zu lernen. Das belegt ihr snobistisches Vorurteil: „Ich und Stenografen, wo ich doch später einmal diktieren will.“

Dabei sollten Schüler und Studenten den Nutzen der Kurzschrift nicht etwa darin sehen, alles nur stur mitzuschreiben; der Wert liegt ja nicht in der Ausführlichkeit der Niederschrift. Nicht auf die Quantität des Mitgeschriebenen kommt es an, son-

dern auf das Wichtige, das man eben dank Steno „schwarz auf weiß besetzt“ und – zitierten kann.

Kurzschrift sollte demnach nicht auf die berufsbildenden Schulen beschränkt bleiben, sondern in allen Schulen zum Lehrplan gehören. Pädagogen, die die ohnehin oft überforderten Schüler nicht noch zusätzlich mit der Kurzschrift „belasten“ wollen, übersehen, daß Steno nur in der verhältnismäßig kurzen Lernzeit eine zusätzliche Belastung, danach aber eine gewaltige – lebenslange – Entlastung bringt.

Die Einbeziehung der Kurzschrift in die allgemeinen Lehrpläne als Pflicht- oder Wahlfach würde sich revolutionär auswirken: Steno steigert sowohl die Bildungsökonomie als auch die Arbeitsproduktivität spürbar.

Wann sollte die Schrift gelernt werden? Möglichst früh. Experten halten die Schüler der 7. Klasse für besonders geeignet. Nach der Quarta schlägt die Qualität des Lernens um. Der Schüler ist nicht länger nur der passiv Aufnehmende, er wird zum aktiven Mitgestalter. Von da ab benötigt er die Kurzschrift.

DEKATRESOR, der Sparkassen-Rentenfonds. Für den sicherheitsorientierteren Anleger.



Wenn ein Investmentfonds bereits ein knappes Jahr nach seiner Auflegung so fest im Anlagemarkt etabliert ist wie DEKATRESOR, muß das überzeugende Gründe haben:

Substanzzuwachs durch Ertragsthesaurierung

DEKATRESOR schützt die erwirtschafteten Erträge nicht aus, sondern legt sie automatisch im Fondsvermögen wieder an. Dieser Substanzzuwachs kommt den Anlegern in Form einer verestigten Anteilpreisentwicklung zugute und wirkt sich zudem positiv auf das Anlageergebnis aus.

Sicherheitsorientiertere Anlagepolitik. Möglichst hohe Kursicherheit heißt die Devise der Fonds-Manager. Sie setzen – besonders in turbulenten Zinszeiten am Kapitalmarkt –

die Prioritäten auf Rentenwerte mit kürzeren Laufzeiten, um das Kursrisiko zu begrenzen.

DEKATRESOR eignet sich deshalb besonders für Anleger, die dem Aspekt der Kurssicherheit einen hohen Stellenwert einräumen und dabei Wert auf Substanzzuwachs ihrer Anlage legen.

Mehr über DEKATRESOR erfahren Sie vom Geldberater der Sparkasse.

Sparkassenfonds Die hohe Schule der Geldanlage

